



Mario Candeias (Hrsg.)

RECHTSPOPULISMUS, RADIKALE RECHTE, FASCHISIERUNG

**BESTIMMUNGSVERSUCHE, ERKLÄRUNGS-
MUSTER UND GEGENSTRATEGIEN**

INHALT

Vorwort	3
Gerd Wiegel Die modernisierte radikale Rechte in Europa Ausprägungen und Varianten	5
Horst Kahrs Versuche, uns und anderen die rechtspopulistische Dynamik in Deutschland zu erklären	16
Mario Candeias Den Aufstieg der radikalen Rechten begreifen Wie hängen unterschiedliche Erklärungsmuster zusammen? Dimensionen einer verallgemeinerten Kultur der Unsicherheit	33
Publikationen zum Thema Rechtspopulismus und linke Gegenstrategien	61
Verzeichnis der Autoren	62

VORWORT

Es ist die Zeit der Monster. In der organischen Krise des alten neoliberalen Projekts erleben wir fast überall in Europa den Aufstieg des sogenannten Rechtspopulismus. Die Monster sind jedoch recht unterschiedlich: Da gibt es «starke Männer» wie Donald Trump, Sebastian Kurz oder auch Emmanuel Macron, politische Unternehmer, die aus der Regierung heraus einen neuen Autoritarismus prägen. Teresa May ist ihnen nicht unähnlich, autoritär bis auf die Knochen, aber anders als ihr ehemaliger Außenminister Boris Johnson, weniger politische Unternehmerin als Vertreterin eines etablierten autoritären Rechtskonservatismus. Gemein ist ihnen allen ein rechtspopulistischer Diskurs und das Auftreten als eine Anti-Establishment-Kraft «von oben», gestützt auf mächtige Kapitalfraktionen. Davon abzugrenzen wären die autoritär-nationalistischen Regime in Polen oder Ungarn (oder auch der Türkei). Diese wiederum sind abzugrenzen von einer radikalen Rechten wie dem Front National in Frankreich, der Partei für die Freiheit (PVV) von Geert Wilders in Holland, der Alternative für Deutschland (AfD), der Freiheitlichen Partei (FPÖ) in Österreich oder der Lega Nord in Italien. Ganz anders wieder die italienische Fünf-Sterne-Bewegung, die inzwischen mit der Lega Nord eine Regierungskoalition bildet. Wie verstehen wir diese unterschiedlichen Entwicklungen der Rechten, wie können wir sie benennen? Was unterscheidet sie, was haben sie aber auch gemeinsam?

Und grundsätzlicher: Wie lässt sich der Aufstieg der radikalen Rechten begreifen, was sind die gesellschaftlichen Ursachen? Die radikale Rechte ist ein allgemeines Phänomen in der Bundesrepublik und weiten Teilen Europas. Wie kommt das? Die radikale Rechte ist aber auch ein Phänomen, das in bestimmten Klassenfraktionen und Regionen sowie unter Männern auf besonders große Zustimmung

stößt. Was ist das jeweils Spezifische? Für den Aufstieg der radikalen Rechten gibt es zahlreiche Erklärungsansätze, fast jeder hat seine Berechtigung, erfasst aber meist nur einzelne Aspekte. Mittlerweile liegen zahlreiche Umfragen und Studien zum Thema vor. Es dominieren quantitative Einstellungsuntersuchungen, hie und da sind die Grundlage qualitative Interviews. Jenseits empirischer Einzelstudien gibt es nur selten Versuche einer systematischen subjektwissenschaftlichen Forschung. Noch seltener erfolgt diese explizit mit Rückgriff auf Ansätze einer kritischen Theorie der Gesellschaft oder wird versucht, diese Theorien weiterzuentwickeln.

Das zu begreifende Phänomen ist so heterogen und dynamisch, dass es sich eindeutigen Erklärungen entzieht. Dennoch wäre es wünschenswert, das beliebige Nebeneinander von Forschungsansätzen bzw. die gegenseitige Abgrenzung zu überwinden und das Erstarren der Rechten systematischer vor dem Hintergrund von Transformation und Krise der kapitalistischen Gesellschaften und damit veränderter Produktions- und Lebensweisen zu analysieren. Warum konnte das Phänomen gerade jetzt so bedeutsam werden? Zu prüfen wäre die These von einer verallgemeinerten Kultur der Unsicherheit, die verschiedene gesellschaftliche Dimensionen berücksichtigt und diese in einen Zusammenhang mit der organischen Krise des alten neoliberalen Projektes stellt: Umbrüche und Verunsicherungen, die die Erwerbsarbeit, die Familie, die Nachbarschaft oder die Region, in der man lebt, betreffen, aber auch die eigene Geschichte, die eigene Identität, Geschlechterrollen und damit verbundene Lebensweisen und Perspektiven.

Diese Verunsicherung bietet die Grundlage für subjektive Bewältigungsstrategien, die in Zeiten von Prekarisierung, Deklassierung und

Entsolidarisierung bei mangelnder Erfahrung solidarischer Praxen von rechts ein Angebot zur Erhaltung und Erweiterung eigener, restriktiver Handlungsfähigkeit und reaktionärer Selbstermächtigung erhalten. Auf derselben Grundlage lässt sich aber auch von links anknüpfen, da bei vielen kein geschlossenes Weltbild vorherrscht, sondern ein bizarres Alltagsbewusstsein, bei dem ganz gegensätzliche Impulse nebeneinanderstehen. Zwar ist es schwieriger, die Einzelnen für solidarische Praxen zurückzugewinnen, wenn sie sich in ein radikal rechtes Projekt selbst eingeschrieben haben, welches gerade versucht, den bizarren Alltagsverstand in eine kohärente rechte Weltauffassung und rassistische Lebensweise auszuarbeiten. Dennoch wissen viele, dass auch die AfD ihre alltäglichen Probleme nicht wirklich lösen wird, verspüren ein Unbehagen mit den Rechten. Wie also von links anschließen an die Unsicherheit? Wie er-

reichen wir jene gesellschaftlichen (Teil-)Gruppen, die sich von der Linken ab- und der radikalen Rechten zugewandt haben? Aber auch jene, die keineswegs rechte Einstellungen vertreten, sich aber von «der Politik» verabschiedet haben? Und wie kann ein Ansatz subjektwissenschaftlicher Handlungsforschung in Verbindung mit einer organisierenden Praxis dabei helfen?

«Take back control» – die Rückgewinnung der Kontrolle ist gewissermaßen das Versprechen der radikalen Rechten. Statt autoritär kann dieses Begehren aber auch demokratisch gewendet werden, zur gemeinsamen und solidarischen Zurückgewinnung der Verfügungsgewalt über die eigenen Lebensbedingungen. «Take back control», aber nicht nur für einige wenige, sondern für die Vielen.

Mario Candeias

Berlin, Juni 2018

Gerd Wiegel

DIE MODERNISIERTE RADIKALE RECHTE IN EUROPA

AUSPRÄGUNGEN UND VARIANTEN

In einem Beitrag der Frankreich-Korrespondentin der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, Michaela Wiegel, über die französischen Präsidentschaftswahlen im vergangenen Jahr war in einem einzigen Satz vom «linksextremen Kandidaten Jean-Luc Mélenchon» und der «Rechtspopulistin Marine Le Pen» die Rede (FAZ, 9.11.2017). Das verweist auf den unreflektierten Extremismusbegriff der bürgerlichen Presse in Deutschland, mehr aber noch auf die unreflektierte Verwendung der Bezeichnung Rechtspopulismus, mit der tendenziell unterschiedslos alle Parteien einer modernisierten radikalen Rechten belegt werden. Während also Mélenchon – nach dem bei uns vorherrschenden Extremismusverständnis – außerhalb des französischen Verfassungsbogens stände, wäre Le Pen Teil desselben und würde «nur» einer unterkomplexen, vereinfachenden, eben populistischen Art der politischen Agitation beschuldigt. Der Populismusvorwurf ist kleine Münze beim Angriff auf politische Gegner und trifft reihum alle, wenngleich er zur Kennzeichnung einer ganzen politischen Richtung gegenwärtig nur bei der radikalen Rechten Anwendung findet. Der Extremismusvorwurf hingegen dient zum Ausschluss aus dem definierten politischen Rahmen.

Vor diesem Hintergrund sind die verbreitete Kritik an und die Unzufriedenheit mit dem Begriff Rechtspopulismus verständlich, der zur Charakterisierung einer seit mehr als 20 Jahren erfolgreichen und seit 2016 immer dominanteren Erscheinung der politischen Rechten herangezogen wird, jedoch nichts auszusagen vermag über die Inhalte und vor allem die Differenzen, die weiterhin zwischen rechten Parteien und Bewegungen bestehen.

Der Aufstieg einer modernisierten radikalen Rechten seit Ende der 1990er Jahre und vor allem ihr durchschlagender Erfolg in den letzten zwei Jahren haben die Frage, mit welcher Art von Rechten wir es hier zu tun haben, dringlicher gemacht. Trotz aller Veränderungen und Ausdifferenzierungen dieser Rechten hat sich der Begriff des Rechtspopulismus als Sammelbezeichnung bis heute gehalten, hilft jedoch nicht bzw. nur bedingt bei der inhaltlichen Bestimmung dieser Rechten. Parteien, die einer neofaschistischen Tradition entstammen, wie der Front National (FN), die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) oder die Schwedendemokraten, werden ebenso unter diesen Begriff gefasst wie solche, die aus bürgerlich-liberalen Parteien hervorgegangen sind, wie die Dänische Volkspartei (DF). Neugründungen ganz unterschiedlichen Typs wie die niederländische Partei für die Freiheit (PVV), die AfD, die Lega Nord und die britische UKIP werden so bezeichnet, genauso wie radikalisierte konservative Parteien bzw. Bewegungen wie die Schweizerische Volkspartei (SVP), die polnische Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), Fidesz in Ungarn oder die US-Republikaner unter Donald Trump.

Welche Relevanz diese gemeinsame Kennzeichnung haben kann, die ja mehr einen politischen Stil denn Inhalte beschreibt, soll eingangs geklärt werden. Danach gilt es die Eigenschaften einiger der hier genannten Parteien in den Blick zu nehmen, um von hier aus zu einer genaueren begrifflichen Klärung zu kommen. Dazu gehört die Diskussion, ob die Gemeinsamkeiten oder die Differenzen zwischen diesen Parteien überwiegen und ob es überhaupt sinnvoll ist, sie unter eine Begriff-

lichkeit fassen zu wollen. Schließlich müssen die Gründe für den Aufstieg dieser Parteien erörtert werden.

1 Populismus - Rechtspopulismus

Die Kritik an der inhaltlichen Leere und Beliebigkeit des (Rechts)Populismusbegriffs hat mit der inflationären Nutzung des Begriffs zugenommen. Zurecht wird moniert, dass mit dieser Bezeichnung wenig bis nichts über die politischen Inhalte der jeweiligen Parteien und Bewegungen ausgesagt wird. Felix Korsch und Volkmar Wölk (2015) schlagen deshalb vor, weitgehenden auf ihren Gebrauch zu verzichten und stattdessen die inhaltliche Beschreibung in den Mittelpunkt zu stellen. Demgegenüber warnt Alban Werner (2015: 11 f.) davor, auf die Analyse politischer Organisationen und Techniken, wie sie mit dem Begriff populistisch möglich ist, zu verzichten.¹

Möglicherweise liegen beiden Einschätzungen unterschiedliche Erkenntnisinteressen zugrunde. Während es Korsch/Wölk vor allem um eine inhaltliche Beschreibung und Verortung der AfD geht, deren Positionen mit dem Populismusbegriff eher vernebelt denn aufgeklärt werden, steht hinter Werners Beharren auf eben jenem Begriff der Wunsch, den (Wahl-)Erfolg solcher Parteien erklären zu können. Und in der Tat ergibt sich immer wieder der überraschende Befund, dass viele Menschen Parteien dieses Typs nicht vor allem und hauptsächlich wegen konkreter Inhalte wählen, sondern zumindest auch und manchmal überwiegend wegen ihrer (behaupteten) Außenseiterstellung im politischen Betrieb, wegen ihrer Haltung gegenüber den politischen und kulturellen Eliten und wegen ihres provokanten Auftretens (Tabubrüche). Mithin sind die Inszenierung und das Image dieser Parteien unbedingt in die Analyse einzubeziehen, weshalb das Populismuskonzept nach wie vor von Bedeutung ist. Für die Frage gesellschaft-

licher Kräfteverhältnisse, hegemonialer Verschiebungen und geeigneter Gegenstrategien ist jedoch eine genauere inhaltliche Bestimmung jenseits der Einordnung als rechtspopulistisch unabdingbar. Denn natürlich macht es, wenn es um die Gefährdung der Demokratie, breite Bündnisse gegen die Rechte und die Erosion fundamentaler Werte westlicher Verfassungen geht, einen Unterschied, ob man es mit ethnopluralistisch aufgeladenen Formen eines radikalisierten Neoliberalismus, mit einem bürgerlich-konservativen Nationalchauvinismus mit religiöser Grundierung oder mit einem völkischen Nationalismus mit faschistischer Orientierung zu tun hat.

1.1 Populismus als Stilmittel

Populismus beinhaltet den Bezug auf die Masse der Bevölkerung. Ihre Wünsche, Sehnsüchte, Bedürfnisse sollen zum Ausdruck gebracht werden. Populistische Argumentationen basieren auf einem Freund-Feind-Schema, das eine klare Einteilung in Gut und Böse auch bei verschiedenen komplexen politischen Sachverhalten erlaubt. Weiter kennzeichnet den Populismus eine Gegenüberstellung von oben und unten, von «wir hier unten», die Beherrschten, und «die da oben», die Herrschenden. Dies erlaubt den Anhängern die Selbsteinschätzung als ausschließliches Objekt von Politik. Die populistische Partei oder Bewegung wird somit zur Interessenvertretung der «kleinen Leute» gegen «die da oben». Eine spezifische Mischung aus personalisierten und kollektivistischen Argumentationen ist ein weiteres Kennzeichen des Populismus. Charismatische Persönlichkeiten und kollektive Identitäten (Nation, Volk, «Rasse») ergänzen sich hier. Schließlich greift populistische Agitation Ängste und irrationale Vorstellungen auf und ist selbst weitgehend anti-intellektualistisch.

Für die modernisierte radikale Rechte sind diese Stilelemente politischer Agitation vielfältig nutzbar. Das Freund-Feind-Schema und die

Gegenüberstellung von «wir» und «die da» lässt sich für ganz unterschiedliche Argumentationen nutzen. Im traditionellen Rechtsradikalismus findet der Ein- und Ausschluss von Bevölkerungsgruppen entlang völkisch-rassistischer Kriterien statt. Die homogene rassistisch definierte Nation wird von den nicht Dazugehörigen, den Ausländern, den Fremden und Anderen unterschieden. Die modernisierte Rechte hat den traditionellen Rassismus durch ethnopluralistische Vorstellungen ersetzt, die von einer Unvereinbarkeit von Kulturen, die sie als statisch begreifen, ausgehen.

Diese völkische Argumentation kann durch eine stärker den neoliberalen Leistungsgedanken betonende Argumentation ergänzt werden: Hier sind es dann vor allem die «Schmarotzer», «Leistungsunwilligen» und

Außenseiter der Gesellschaft, die als nicht dazugehörig identifiziert werden. Beide Argumentationen finden sich in unterschiedlicher Ausformung bei allen Parteien der radikalen Rechten.

Der aktuell erfolgreiche Rechtspopulismus knüpft vor allem an das weit verbreitete Misstrauen gegenüber der politischen Klasse an. Er ist dabei durch eine Art Frontstellung gegenüber dem etablierten politischen Parteiensystem der jeweiligen Länder gekennzeichnet. Die Rede von den korrupten und reformunfähigen «Altparteien», vom verknöcherten System, soll den eigenen Standpunkt außerhalb dieses Systems betonen. Glaubwürdigkeit und Attraktivität des Rechtspopulismus ergeben sich dabei nicht allein über Inhalte und Forderungen, die in ähnlicher Form auch von anderen vertreten werden, sondern durch den Ausschluss vom alten System der Volksparteien, das immer weniger Bindungskraft besitzt. Nur durch diese Abgrenzung kann sich der

Der Begriff des Rechtspopulismus bezeichnet also ein wichtiges Erfolgselement dieser Parteien, er sagt jedoch nichts über die von ihnen vertretenen Inhalte aus.

Rechtspopulismus zum Sprachrohr von «denen da unten» machen, die sich selbst als Ausgeschlossene begreifen (Reinfeld 2000).

Die Attraktivität des populistischen Stils lässt sich gegenwärtig auch jenseits des Rechtspopulismus im engeren Sinne ausmachen. Die geradezu handstreichartige Übernahme der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) durch ihren Jungstar Sebastian Kurz, die kurz darauf durch die Übernahme des Kanzleramts gekrönt wurde, ist ein Beispiel dafür. Der medienaffine jugendliche Außenminister ließ sich im Frühjahr 2017 die traditionsreiche

Partei komplett übernehmen, hebelte in einem atemberaubenden Tempo sämtliche innerparteilichen demokratischen Kontrollmechanismen der Kandidatenauswahl aus, änderte Farbe und Logo der Partei

und machte aus ihr eine auf seine Person zugeschnittene Bewegung. Der Erfolg bei den Bundestagswahlen im Oktober 2017 scheint ihm Recht zu geben.

Ausschlaggebend für den Erfolg von Kurz war seine Übernahme der migrationsfeindlichen Positionen der FPÖ, vor allem aber der völlig personalisierte Wahlkampf, mit dem Kurz suggerierte, dass er mit der bisherigen ÖVP-Politik, der ewigen Großen Koalition usw. nichts zu tun habe. Diese Form eines Anti-Establishment-Populismus war auch Grundlage der Wahlerfolge von Donald Trump, Emmanuel Macron und Andrej Babiš (Tschechische Republik). Schon früher hatten Silvio Berlusconi und auch Matteo Renzi in Italien versucht, diesen Reflex gegen die politische Klasse für sich nutzbar zu machen (Revelli 2007 u. 2016). Die Cinque-Stelle-Bewegung (M5S), die sich tatsächlich schwer auf der Rechts-links-Achse verorten lässt, gründet ihre Existenz auf diese Außenseiterstellung (vgl. Caccia 2016) und ist

damit bei den Wahlen im März 2018 zur stärksten Kraft in Italien geworden und bildet seit Juni 2018 mit der Lega eine Regierungskoalition. Populismus als Form der politischen Inszenierung erlaubt unterschiedlichen Akteuren der radikalen Rechten, dieses Stilmittel mit verschieden akzentuierten Inhalten zu verknüpfen. Das begründet die Ähnlichkeit im Auftreten inhaltlich häufig sehr unterschiedlicher Parteien. Der Begriff des Rechtspopulismus bezeichnet also ein wichtiges Erfolgselement dieser Parteien, er sagt jedoch nichts über die von ihnen vertretenen Inhalte aus.

2 Die modernisierte radikale Rechte

Ohne Zweifel gehören alle in diesem Zusammenhang behandelten Parteien zur politischen Rechten, wenngleich einige verkünden, der Rechts-links-Gegensatz sei obsolet geworden. Das prinzipielle Beharren auf unterschiedlich begründeten Formen der Ungleichheit weist sie als Parteien der Rechten aus (Bobbio 1994). Im Unterschied zu den bürgerlich-konservativen Volksparteien zumeist christdemokratischer Orientierung, die alle nach 1945 entscheidend vom Liberalismus beeinflusst wurden, gehören sie einer radikalen Rechten an, die diese Liberalisierung ablehnt und stattdessen an klar definierten «natürlichen» kollektiven Identitäten und einem homogenisierenden Konzept von Nation festhält.² In der Regel haben diese Parteien jedoch eine Modernisierung durchlaufen, mit der sie den historischen Ballast faschistischer und präfaschistischer Vorläufer (weitgehend) über Bord geworfen haben. Das bezieht sich vor allem auf einen biologistischen Rassismus, offenen Antisemitismus (wobei es Ausnahmen gibt), die Propagierung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele und die Haltung zur parlamentarischen Demokratie.

Das formale Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie wird von zahlreichen dieser Parteien in der Praxis jedoch unterminiert. Die

Tendenz zur Personalisierung des Politischen, eine starke Abgrenzung gegenüber anderen Parteien sowie eine offen zur Schau gestellte Verachtung parlamentarischer Verhandlungsformen kennzeichnen zahlreiche dieser Parteien. Die Aushebelung zentraler demokratischer Elemente (Unabhängigkeit der Gerichte und der Medien) in Ländern wie Polen und Ungarn, wo die politische Rechte die Regierung stellt, belegen diese Tendenz, die sich allerdings schon in neoliberalen Formen der «Postdemokratie» (Crouch 2008) gezeigt hat. Insgesamt kann von einer modernisierten radikalen Rechten gesprochen werden.

Aber auch diese Definition überdeckt Unterschiede. Parteien mit einer neofaschistischen Tradition wie etwa die Schwedendemokraten oder der Front National unterscheiden sich hinsichtlich ihres Auftretens, ihrer politischen Positionen und ihrer Verankerung in der Gesellschaft von Parteien wie der Dänischen Volkspartei, die als Abspaltung einer liberal-bürgerlichen Partei entstanden ist, oder von Neugründungen wie der AfD unter Bernd Lucke, der britischen UKIP oder der frühen Partei für die Freiheit (PVV) unter Geert Wilders. Allerdings – und das schränkt den Gebrauchswert spezifischerer inhaltlicher Bezeichnungen in gewisser Weise ein – lässt sich bei zahlreichen der hier behandelten Parteien eine inhaltliche und ideologische Flexibilität beobachten. Dies zeigt unter anderem ein Blick ins Europaparlament: So gab es zwischen Parteien wie der UKIP, der Dänischen Volkspartei, aber auch den Schwedendemokraten und anfangs der AfD zunächst eine deutliche Distanz zum Front National. Wilders, der bis vor wenigen Jahren nicht mit dem Front National zusammenarbeiten wollte, gründete 2015 mit Marine Le Pen dann die Fraktion der radikalen Rechten im Europäischen Parlament. Flüchtlingskrise, islamistischer Terror und wachsender antimuslimischer Konsens haben zu einer Radikalisierung und Annäherung untereinander geführt.

Zu Beginn der 2000er Jahre nahmen viele Parteien dieses Typs Elemente des hegemonialen Neoliberalismus in ihre Programmatik auf und nutzten die über den Sozialdarwinismus gegebene Verbindung zwischen radikal rechten und neoliberalen Ideologiemomenten (Schui et al. 1997). Spätestens seit der Finanzmarktkrise 2008 sind diese Elemente bei den meisten Parteien jedoch zugunsten einer Ethnisierung der sozialen Frage in den Hintergrund getreten.

2.1 Varianten

Trotz dieser inhaltlichen Flexibilität lassen sich Kategorien zur inhaltlichen Kennzeichnung der modernisierten radikalen Rechten finden. Michael Minkenberg (2011: 47 f.) unterscheidet bezogen auf das gesamte Feld der radikalen Rechten zwischen autokratisch-faschistischen, rassistischen oder ethnozentrischen, autoritär-populistischen und religiös-fundamentalistischen Strömungen. Während unter die erste Kategorie (autokratisch-faschistisch) vor allem die Parteien der traditionellen radikalen Rechten, also zum Beispiel die NPD, die British National Party (BNP) oder die Forza Nuova fallen, lässt sich die religiös-fundamentalistische Variante gegenwärtig in Europa allenfalls in Polen mit der PiS ausmachen (wenngleich es fraglich erscheint, ob für diese Partei Nationalismus und Ethnozentrismus nicht stärkere Bedeutung haben). In den USA wäre hier sicherlich auf die Tea-Party-Bewegung und ihren Einfluss auf die Republikaner zu verweisen, wiewohl gerade Präsident Donald Trump nicht der religiösen Rechten entstammt. Diese hat dennoch den Weg für ihn (mit-)bereitet.

Demnach würden rassistisch-ethnozentrisch und autoritär-populistisch als begriffliche und inhaltliche Unterscheidung der meisten Parteien dieses Typs verbleiben, womit allerdings der auch von Minkenberg zur inhaltlichen Beschreibung als untauglich erachtete Populismusbegriff wieder zentral würde. Min-

kenberg ordnete 2011 unter anderem die Dänische Volkspartei, den Front National und die Lega Nord der rassistisch-ethnozentrischen Variante zu, wogegen er die FPÖ zur autoritär-populistischen Variante zählte. Die oben angedeuteten Allianzen zwischen rechten Parteien im Europäischen Parlament haben sich inzwischen entlang anderer Trennlinien verschoben, auch wenn es möglich ist, dass diese nicht vor allem ideologisch begründet sind. Dennoch scheinen mir die Unterscheidungen und Bezeichnungen bei Minkenberg zu unspezifisch zu sein. Ohne Zweifel ist ein unterschiedlich begründeter Nationalismus für alle Parteien der radikalen Rechten wesentlich. Hinzu kommt der positive Bezug auf eine vorgeblich homogene Eigengruppe, die zu meist kulturell definiert wird.

Ethnonationalistische radikale Rechte wäre demnach eine umfassende Bezeichnung für alle gegenwärtigen Formen dieses Parteien- und Bewegungstyps. Ob dieser Ethnonationalismus inklusiv ist, das heißt prinzipiell für Zugewanderte offen ist, oder exklusiv, also im völkischen Sinne auf prinzipieller kultureller Abgrenzung beruht, ist ein weiteres Unterscheidungskriterium. Gegenwärtig dominiert in den meisten rechten Parteien in Europa vor allem mit Blick auf die Zuwanderung aus muslimisch geprägten Ländern eine ethnopluralistische Sichtweise, womit sie stärker zur zweiten Variante neigen.

Auffallend ist, dass sich die erfolgreichen Parteien der modernisierten radikalen Rechten vor allem in den nördlichen EU-Ländern finden, wohingegen «Krisenländer» wie Spanien, Portugal und Griechenland keine erfolgreichen Varianten hervorgebracht haben.³ Das führt zu der berechtigten Annahme, dass eine Funktion dieser Parteien auch in der rabiatischen Abwehr aller Ansprüche auf ökonomischen Ausgleich innerhalb und außerhalb Europas besteht. Vor allem in den skandinavischen Ländern, den Niederlanden, Österreich und Deutschland spielt das eine Rolle. Häufig wird diese Haltung

Ethnonationalistische radikale Rechte wäre demnach eine umfassende Bezeichnung für alle gegenwärtigen Formen dieses Parteien- und Bewegungstyps. Zu unterscheiden ist zudem, ob dieser Ethnonationalismus inklusiv oder exklusiv ausfällt.

mit dem Begriff Wohlstandschauvinismus umschrieben. Zutreffend ist diese Kennzeichnung für den Teil der Wählerschaft von rechten Parteien, deren Motivation vor allem in der Sicherung eigener Vorrechte gegenüber neuen bzw. unterprivilegierten Gruppen (Migranten, sozial Gefährdeten etc.) besteht. Parteien wie der Front National, die Dänische Volkspartei oder die Lega Nord hatten zu Beginn der 2000er Jahre starke Wählerbastionen in den kleinbürgerlichen und bürgerlichen Schichten, die ihre Interessen unter anderem mit der Übernahme neoliberaler Ideologiemomente und deren sozialdarwinistischer Deutung zum Ausdruck brachten (wer nichts zum Reichtum einer Gesellschaft beiträgt, hat auch kein Anrecht auf staatliche Sozialleistungen). In den letzten Jahren hat sich das Elektorat dieser Parteien jedoch vielerorts verändert. Der Freiheitlichen Partei Österreichs, der Lega Nord, der Dänischen Volkspartei und auch dem Front National sind massive Einbrüche in ehemalige Hochburgen der klassischen Arbeiterparteien gelungen, seien sie sozialdemokratischer und/oder kommunistischer Prägung. In zahlreichen Ländern sind Parteien der modernisierten radikalen Rechten inzwischen zu den führenden «Arbeiterparteien» geworden, was manche Beobachter dazu verleitet hat, die «Arbeiterschaft» als Hauptstütze dieser Parteien zu sehen (vgl. z. B. Brumlik 2017). Dies verkennt jedoch, dass die klassische Arbeiterschaft inzwischen zahlenmäßig stark geschrumpft ist, weshalb ihr Anteil am Elektorat dieser Parteien zwar hoch, aber keineswegs immer dominant ist (Wiegel 2017: 94 f.). Insofern ist der Begriff wohlstandschauvinistisch als generelle Bezeichnung zumindest

problematisch, weil die so charakterisierten Parteien gegenwärtig verstärkt von Angehörigen subalternen Klassen gewählt werden, die selbst von der Sorge getrieben sind, ökonomisch nicht mehr mithalten zu können, bzw. sich als gefährdet begreifen. Deshalb geht es aus Sicht dieser Wählerinnen und Wähler häufig nicht um schlichte Wohlstandswahrung, sondern eher um die Abwehr von (drohender) Konkurrenz durch subalterne Klassen aus anderen Regionen und Ländern. Von daher kann deren Motivation vermutlich besser mit den Begriffen Konkurrenzschauvinismus oder Konkurrenzrassismus gefasst werden.

Neben den im weitesten Sinne sozialpolitischen Begründungen des Aufstiegs der modernisierten radikalen Rechten und der Motivation, sie zu wählen, spielt ein zweiter Strang eine ebenso wichtige Rolle: Werte und kulturelle Standards, die sich im Zuge der Globalisierung rasant verändern. Hierzu zählen Familien- und Rollenmuster, religiöse sowie kulturelle Gewohnheiten und Ausdrucksformen, die den Alltag von Menschen prägen. Die Rechte gewinnt Zustimmung daraus, dass mit der zunehmenden Ökonomisierung der Gesellschaft und der allgemeinen Beschleunigung des technischen und sozialen Wandels eine Reihe von Zumutungen und Überforderungen verbunden sind. Die Rechte bietet hier ein Innehalten an, ein Zurück zu tradierten Normen und Mustern und eine Homogenisierung national und ethnisch definierter Gemeinschaften. Der Begriff Kulturalismus wird zumeist synonym zu Ethnopluralismus genutzt, womit Konzepte gemeint sind, die von kulturell bzw. ethnisch homogenen Gruppen, zumeist Nationen, ausgehen. Aber der Begriff

lässt sich ebenso auf das von der modernisierten radikalen Rechten vertretene Verständnis von verbindlichen gesellschaftlichen Konventionen (häufig ist von «Leitkultur» die Rede) anwenden. Anders als beim Ethnopluralismus muss in einem weiteren Sinne des Begriffes damit keine Form der ethnischen Ausschließung verbunden sein. Es geht vielmehr um die Festschreibung vermeintlich tradierter Lebensweisen und Werte, denen sich Minderheiten gefälligst anzupassen haben. In einer auf schneller und ständiger Veränderung basierenden Gesellschaft gewinnen diese Formen des «Widerstands» von rechts an Attraktivität. In allen Ländern, in denen die modernisierte Rechte zurzeit erfolgreich ist, spielt diese Form des Kulturkampfes eine wichtige Rolle. Während Parteien wie der Front National, die FPÖ und die Schwedendemokraten schon immer eindeutig im Sinne des Ethnopluralismus aufgetreten sind, war für die UKIP, die Dänische Volkspartei und auch die frühe AfD diese harte Form der ethnischen Homogenisierung zunächst nicht typisch. Mit dem Erstarren des Antislamismus und der damit verbundenen Radikalisierung aller Parteien dieses Typs ist die Bindung von Kultur an Herkunft im Sinne von Ethnie aber stärker geworden.

3 Gründe für den Aufstieg der Rechten

Damit ist schon die Frage nach den Gründen für den Aufstieg der radikalen modernisierten Rechten gestellt. Trotz ihrer spektakulären Erfolge seit 2016 handelt es sich um kein neues Phänomen, sondern wir erleben gegenwärtig – in Europa verbunden vor allem mit der Flüchtlingskrise – die Beschleunigung einer Entwicklung, die schon Ende der 1990er Jahre begann.⁴ Neben zahlreichen länderspezifischen Gründen gibt es mindestens drei Faktoren, die den Aufstieg von Parteien dieses Typs befördert haben.

1. Als Formen «roher Bürgerlichkeit» bezeichnet Wilhelm Heitmeyer (2002–2011)

die mit dem Aufstieg und der Durchsetzung neoliberaler Wertemuster verbundenen Einstellungs- und Verhaltensweisen, die er über zehn Jahre unter dem Stichwort «gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit» untersucht hat. Ethnozentrismus, Rassismus und zahlreiche weitere Formen der Abwertung sozial schwacher Gruppen werden von ihm als Ausdruck der Verinnerlichung neoliberaler Leistungsanforderungen bewertet, die von den Trägern dieser Ideologie gegen all jene in Stellung gebracht werden, die diesen Anforderungen (vermeintlich) nicht gerecht werden. Die Amalgamierung von Neoliberalismus und Sozialdarwinismus ermöglichte es zahlreichen Parteien der modernisierten radikalen Rechten, neoliberale Elemente in ihre Programmatik aufzunehmen (was ab Beginn der 2000er Jahre geschah). Die Vorwürfe gegen Asylbewerber, Geflüchtete und zahlreiche andere Gruppen sind nicht allein und vor allem rassistisch motiviert. Vorgehalten wird ihnen, «leistungslos» Einkommen und staatliche Unterstützung zu beziehen, während sich die den neoliberalen Leistungsanforderungen unterwerfenden «Normalbürger» um ihren gerechten Anteil am gesellschaftlichen Reichtum betrogen fühlen. Die Bücher von Thilo Sarrazin sind Ausdruck dieses «Rassismus der Leistungsträger» und der «normal arbeitenden Bevölkerung», die vor allem den Mittelklassen entstammen und bis heute das Rückgrat der modernisierten radikalen Rechten bilden.

2. Der Schwenk der europäischen Sozialdemokratie hin zu Grundsätzen neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik hat es der modernisierten Rechten erlaubt, Teile der klassischen Wählerklientel sozialdemokratischer und auch kommunistischer Parteien für sich zu gewinnen. Der mit dem Schröder-Blair-Papier 1999 beschrittene «Dritte Weg» bedeutete eine Abkehr der Sozialdemokratie von der klassischen Aufgabe, einen Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit durch eine gewisse Umverteilung von oben nach unten herzustellen.

len. Damit konnten sich Teile der Rechten zu Anwälten der «kleinen Leute» aufschwingen und Schutz vor den Zumutungen des globalen Kapitalismus – basierend auf nationaler und völkischer Zugehörigkeit – versprechen, was sich vor allem an die «Verlierer» des neoliberalen Kapitalismus und die Abstiegsgefährdeten richtet. Den von der politischen Linken stark gemachten Oben-unten-Gegensatz hat die Rechte in einen Innen-außen-Gegensatz umdefiniert und spielt «Zugehörige» und «Nicht-Zugehörige» gegeneinander aus.

3. Die vom kulturellen Aufbruch 1968 ausgehende und sich mit den massiven Schüben des globalen Kapitalismus seit 1990 verbindende kulturelle Modernisierung westlicher Gesellschaften⁵ hat in Teilen der Bevölkerung zu großen Verunsicherungen geführt. Der Wandel familiärer Rollenmuster, die Hinterfragung geschlechtlicher Normierungen, Erfolge des Feminismus und anderer Bewegungen für die Rechte von sexuellen Minderheiten sind Ausdruck kultureller Veränderungen, die von vielen Anhängerinnen und Anhängern der Rechten als Überforderung und Bedrohung erfahren werden. Dass Teile der Rechten vorgeben, diese Begleiterscheinungen der Modernisierung rückgängig machen zu können, und auf den weit verbreiteten Wunsch eingehen, an Traditionen und Gewohntem festzuhalten, macht des Weiteren einen Teil ihrer Anziehungskraft aus.

3.1 Soziale oder kulturelle Gründe?

In der Debatte über die Gründe ihres Aufstiegs wird immer wieder die Frage gestellt, inwieweit die sozialen Verwerfungen des neoliberalen Kapitalismus für den Erfolg von rechten Bewegungen und Parteien mit verantwortlich sind. Alle bekannten Studien und Daten hierzu kommen zu dem Schluss, dass es keine monokausale Erklärung gibt. Der Erfolg der radi-

kalen modernisierten Rechten beruht gerade auf der Heterogenität ihrer Wählermilieus und der Heterogenität und teilweisen Gegensätzlichkeit ihrer politischen Botschaften. Neoliberale Programmatik lässt sich mit völkischem Antikapitalismus aber nur dann verbinden, wenn sie inhaltlich und formal von etwas anderem zusammengehalten wird. Als Klammer erweisen sich gegenwärtig ein gegen die Eliten gerichteter Populismus sowie ein antimuslimischer Rassismus.

Bezogen auf die AfD lässt sich seit 2016 ei-

Der Erfolg der radikalen modernisierten Rechten beruht gerade auf der Heterogenität ihrer Wählermilieus und der Heterogenität und teilweisen Gegensätzlichkeit ihrer politischen Botschaften.

ne deutliche Verschiebung der Wählerschaft hin zu «Arbeitern» und «Arbeitslosen» ausmachen (Wiegel 2017: 94 ff.). Das hat zu der berechtigten Frage geführt, welche Verantwortung die politische Linke für den Aufstieg der Rechten hat und ob eine stärkere Ausrichtung an klassenpolitischen Fragen den Zustrom zur AfD stoppen könnte. Die fortschreitende Auflösung tradierter Klassenmilieus (Stichwort: Individualisierung) stellt die Linke bei der Formulierung klassenpolitischer Politikangebote jedoch vor erhebliche Herausforderungen. Zudem schrumpft die traditionelle Arbeiterklasse (im Sinne der Industriearbeiterschaft) weiter. Dennis Eversberg (2017: 5) beziffert den Arbeiteranteil der AfD-Wähler auf etwa 14 Prozent, den der Arbeitslosen auf nur 3 Prozent. Angestellte und Rentner machten demgegenüber 36 bzw. 30 Prozent aus. Auch scheinen sich viele AfD-Anhänger nicht vor allem als ökonomische Verlierer zu sehen, sondern es ist die Sorge vor einem möglichen zukünftigen sozialen Abstieg, verbunden mit der Bedrohung kultureller Sicherheiten, die Wäh-

lerinnen und Wähler zur AfD treibt. Dennoch spielt für den Teil der AfD-Wählerinnen und -Wähler, der von der politischen Linken potenziell zu erreichen ist, die soziale Frage in einem umfassenden Sinne eine entscheidende Rolle. Formen des Konkurrenzrassismus finden hier verstärkt Anklang. Wenn die Linke diesen Teil der Wählerschaft ansprechen will, dann muss das in einer Weise geschehen, die der ethnischen und kulturellen Heterogenität der Klasse der abhängig Beschäftigten gerecht wird. Die Linke darf sich nicht auf einzelne Gruppen fixieren und damit etwa die Frontstellung von Migranten vs. Deutsche verstärken. Sonst wird auf der einen Seite das verloren, was auf der anderen Seite vielleicht gewonnen wird. Schließlich gilt die kritische Haltung gegenüber den mit der kapitalistischen Globalisierung einhergehenden gesellschaftlichen Veränderungen als zentrales Erfolgsmerkmal der Rechten. In einer Studie zur Bundestagswahl 2017 hat die Bertelsmann-Stiftung einen Unterschied zwischen den Wählerinnen und Wählern der AfD und denen anderer Parteien festgestellt (Vehrkamp/Wegschaidt 2017). Dieser Konflikt wird pejorativ als Gegensatz zwischen «Modernisierungsbefürwortern» und «Modernisierungsskeptikern»⁶ und als neue gesellschaftspolitische Spaltungslinie beschrieben (ebd.: 29 ff.). Hinter dieser Begrifflichkeit verschwindet die Tatsache, dass die Kosten der kapitalistischen Modernisierung vor allem von den Unter- und Mittelklassen zu tragen sind, weshalb sich hier der größte Teil des Unmuts gegen diese Entwicklung findet. Was als Modernisierung im Rahmen der neoliberal geprägten kapitalistischen Globalisierung ausgegeben wird, erscheint für größere Teile der Bevölkerung als Prekarisierung ihrer Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Diese fundamentalen Verunsicherungen, die die Arbeitswelt, aber auch die Familien- und Geschlechterverhältnisse betreffen, die Form von äußeren Bedrohungen annehmen (etwa durch den Terrorismus) und sich in intranspa-

renten Verhältnissen äußern (Undurchschaubarkeit politischer Entscheidungsmacht und Verantwortung), führen zu unterschiedlichen passiven und aktiven Protestformen, die zum Teil anschlussfähig für autoritäre, auf Abschließung und Ausschluss zielende Bewegungen sind (vgl. hierzu Candeias in diesem Band sowie Heitmeyer 2001). Die radikale modernisierte Rechte profitiert inzwischen stark von dieser Entwicklung.

Während laut Bertelsmann-Studie die Mehrheit der AfD-Wählerinnen und Wähler der Gruppe der Modernisierungsskeptiker angehört, würden alle anderen Parteien mehrheitlich von Menschen unterstützt, die als Modernisierungsbefürworter gelten. Damit hätte die AfD gegenüber allen anderen Parteien ein Alleinstellungsmerkmal. In der Tendenz dürfte sich diese Positionierung der radikalen Rechten (und auch die inhaltliche Abgrenzung zu anderen Parteien) ebenso in anderen Ländern finden. Ob und wie sich dieser Befund begrifflich als Beschreibung für die modernisierte Rechte nutzen lässt, muss diskutiert werden.

Fazit

Die modernisierte radikale Rechte verdankt einen großen Teil ihres Erfolgs der Art, wie sie sich politisch inszeniert: als Außenseiter im politischen System und als Sprachrohr des «Volkes» gegen die herrschende politische Klasse. Insofern handelt es sich um eine populistische radikale Rechte. Nation und Eigengruppe sind zentrale inhaltliche Bezugspunkte dieser Rechten. Populistischer Ethnonationalismus wäre also ein Merkmal, das alle gegenwärtigen Formen gemeinsam haben. Von dieser Basis aus lassen sich verschiedene Varianten ausmachen, die einzelne Parteien weiter kennzeichnen können bzw. die oft heterogenen Inhalte der Parteien charakterisieren. So finden sich wohlstandschauvinistische Elemente genauso wie Formen des Konkurrenzrassismus bei allen Parteien, allerdings in unterschiedlicher Ausprägung und auch

innerhalb der jeweiligen Parteien temporär wechselnd bzw. zeitlich parallel. Kulturalismus und Ethnopluralismus als Zuspitzungen des Ethnonationalismus spielen ebenfalls in allen Parteien eine Rolle.

Wurde früher häufig das Kriterium der charismatischen Persönlichkeit betont und für den Erfolg von rechten Bewegungen und Parteien angeführt, so hat sich dieser Befund relativiert. Marine Le Pen und Geert Wilders sind als schillernde Persönlichkeiten ohne Zweifel wichtig für ihre Parteien. Aber schon Heinz-Christian Strache hat im Vergleich zu Jörg Haider wenig Charisma, obwohl es ihm erneut gelungen ist, die FPÖ zur Regierungspartei zu machen. Alexander Gauland, Alice Weidel oder Jörg Meuthen wird wohl niemand als charismatisch bezeichnen, und Kristian Thulesen Dahl kennt hierzulande niemand, obwohl er mit der Dänischen Volkspartei die seit Jahren erfolgreichste Partei dieses Typs anführt. Allerdings nimmt die Rolle der Personalisierung in der Politik generell deutlich zu: Donald Trump, Sebastian Kurz, aber auch Jeremy Corbyn oder Bernie Sanders sind hierfür Beispiele.

Literatur

Bobbio, Norberto (1994): Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin.

Brumlik, Micha (2017): Vom Proletariat zum Pöbel. Das neue reaktionäre Subjekt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1/2017, S. 56–62, unter: www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2017/januar/vom-proletariat-zum-poebel-das-neue-reaktionaere-subjekt.

Caccia, Beppe (2016): Drei Populismen und kein «Volk». Warum Beppe Grill nun das Spiel macht, in: LuXemburg 3/2016, S. 44–49, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/drei-populismen-und-kein-volk-politische-konstellationen-in-italien/.

Candeias, Mario (2015): Gegenmittel gegen autoritären Neoliberalismus und Rechtspopulismus – Perspektiven einer verbindenden lin-

ken Partei, in: ders. (Hrsg.): Rechtspopulismus in Europa. Linke Gegenstrategien, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Materialien 12, Berlin, S. 55–73, unter: www.rosalux.de/publication/41698/rechtspopulismus-in-europa.html.

Crouch, Collin (2008): Postdemokratie, Frankfurt a. M.

Eversberg, Dennis (2017): Innerimperiale Kämpfe: Der autoritäre Nationalismus der AfD und die imperiale Lebensweise, Working Paper 7, DFG-Kollegforscher_innengruppe Postwachstumsgesellschaften, Jena.

Heitmeyer, Wilhelm (2001): Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus, in: ders./Loch, Dietmar (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung, Frankfurt a. M., S. 497–535.

Heitmeyer, Wilhelm (2002–2011): Deutsche Zustände, 10 Bde., Frankfurt a. M.

Korsch, Felix/Wölk, Volkmar (2015): National-Konservativ und Marktradikal. Eine politische Einordnung der «Alternative für Deutschland», hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Analysen, Berlin, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen13_Nationalkonservativ.pdf.

Laclau, Ernesto (2014): Warum Populismus?, in: LuXemburg 1/2014, S. 6–13, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/warum-populismus/.

Minkenberg, Michael (2011): Die radikale Rechte in Europa heute: Trends und Muster in West und Ost, in: Langenbach, Nora/Schellenberg, Britta (Hrsg.): Ist Europa auf dem «rechten» Weg?, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, S. 39–57.

Reinfeld, Sebastian (2000): Nicht-wir und Die-da. Studien zum rechten Populismus, Wien.

Revelli, Marco (2007): Populismo 2.0, Turin.

Revelli, Marco (2016): Autoritär gewendet. Wie der Abbau von Demokratie als hippestes Modernisierungsprojekt verkauft wurde, in:

LuXemburg 3/2016, S. 38–43, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/autoritaer-gewendet-regierungspopulismus-und-das-modell-renzi/.

Schui, Herbert/Ptak, Ralf/Blankenburg, Stephanie/Bachmann, Günter/Kotzur, Dirk (1997): Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München.

Vehrkamp, Robert/Wegschaider, Klaudia (2017): Populäre Wahlen. Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Werner, Alban (2015): Was ist, was will, wie wirkt die AfD?, Köln/Karlsruhe.

Wiegel, Gerd (2017): Ein aufhaltsamer Aufstieg. Alternativen zu AfD & Co., Köln.

1 Zum Begriff des Populismus und zur Debatte über linken und rechten Populismus vgl. Laclau (2014) und Candeias (2015). **2** Michael Minkenberg (2011: 40) beschreibt Rechtsradikalismus als «eine politische Ideologie oder Strömung, die auf ultranationalistischen Vorstellungen basiert und sich tendenziell – nicht notwendigerweise aktuell direkt und explizit – gegen liberale Demokratie richtet. Der ultranationalistische Kern im rechtsradikalen Denken besteht darin, dass in der Konstruktion nationaler Zugehörigkeiten spezifisch ethnische, kulturelle oder religiöse Kriterien der Inklusion und Exklusion verschärft, zu kollektiven Homogenitätsvorstellungen verdichtet und mit autoritären Politikmodellen verknüpft werden.» **3** Dies gilt nicht für Italien. Candeias (2015) vermutet, die gesellschaftliche Mobilisierung von linken Bewegungen und links-populistischen «verbindenden Parteien» neuen Typs sei Ursache für den mangelnden Erfolg der radikalen Rechten in den südlichen «Krisenländern». Frankreich mit dem starken Front National ist ein Sonderfall, wo sich zudem mit France Insoumise infolge der Bewegung Nuit Debut und den radikalen Arbeitskämpfen gegen die jüngste Arbeitsgesetzgebung eine starke Linke entwickelt hat. **4** Der Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider seit 1986 gilt gemeinhin als Ausgangspunkt dieser Entwicklung. Die erste Regierungsbeteiligung der FPÖ unter Haider war im Jahr 2000. **5** Nancy Fraser hat den Begriff progressiver Neoliberalismus für diese Entwicklung geprägt. **6** Der Begriff Modernisierungsskeptiker verweist darauf, dass es nicht nur um die ökonomischen Verlierer dieser Entwicklung geht. Auch bürgerliche Mittelschichten, die objektiv von der Entwicklung profitieren, können zu solchen Skeptikern gehören.

Horst Kahrs

VERSUCHE, UNS UND ANDEREN DIE RECHTSPOPULISTISCHE DYNAMIK IN DEUTSCHLAND ZU ERKLÄREN

Die populistische Welle in Deutschland (und Europa) hat ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Der Aufstieg populistischer Parteien speist sich nicht bloß aus einer Krise der liberalen repräsentativen Demokratie. Die Lücken in der demokratischen Repräsentation verdanken sich vielmehr einer anhaltenden sozialen Transformation von Klassengesellschaften, die noch keine neue gesellschaftliche Normalität, an der sich Lebensführungsmodelle ausrichten können, hervorgebracht hat. Kennzeichnend für die Umwälzungen sind Gleichzeitigkeit und Nebeneinander von sozialen Auf- und Abstiegen, die nicht nur Individuen, sondern ganze soziale Gruppen und Kollektive erfassen. Diese fallen nicht zwangsläufig mit materiell fassbaren Verschlechterungen oder Verbesserungen zusammen, zeichnen sich jedoch durch eine hohe emotionale Dynamik aus.

Dieser Essay versucht, auf verschiedenen Feldern Eckpunkte für eine noch ausstehende umfassendere Analyse der populistischen Wallungen, die in Deutschland eher mit rechten Inhalten verbunden sind, herauszuarbeiten. Unterschieden werden dabei vor allem das politische, das soziale bzw. sozioökonomische und das ideologische bzw. kulturelle Feld. Zunächst betrachten wir eher politikwissenschaftliche Erklärungen, in einem zweiten Schritt folgt ein Überblick über die Erosion ideologischer Modelle gesellschaftlicher Ordnung. Im dritten Teil geht es um die sozialen Transformationen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, während abschließend mit dem Begriff der sozialen Deklassierung versucht wird, die emotionale politische Dynamik zu fassen, die die Erfolge der rechtspopulisti-

schen Bewegungen und Parteien nicht nur in Deutschland prägt.

1 Exklusiver vs. inklusiver Populismus

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist trotz all ihrer politisch-inhaltlichen Häutungen seit ihrer Gründung im Wahljahr 2013 immer noch eine wahlpolitische Sammlungsbewegung mit einer starken außerparlamentarischen Verankerung. Bei allen parteiinternen inhaltlichen Klärungen, die wertkonservative, völkisch-nationale und protofaschistische Positionen in den Vordergrund rückten, bleibt ihre Anhängerschaft hinsichtlich ihrer politischen Herkunft, ihrer sozialen Lage und ideologischen Traditionen ein vielfältiges und buntes Gemisch. Eindimensionale bzw. eindeutige Charakterisierungen, etwa als Partei der Modernisierungs- oder Globalisierungsverlierer, Partei der Abgehängten, der Autoritären, der Rassisten usw. verbieten sich. Auch Kurzschlüsse, die sich aus einer angeblich überdurchschnittlichen Zustimmung von «Arbeitern» ableiten, es handele sich bei der AfD um die «neue Arbeiterpartei», führen in die Irre, denn unter den AfD-Wählerinnen und Wählern blieben Arbeiterinnen und Arbeiter in allen bisherigen Wahlen eine deutliche Minderheit.

Der «Aufstieg populistischer Politik» kann als Protest und Revolte «gegen die liberale Demokratie» (vgl. hierzu Jörke/Nachtwey 2017 u. ausführlicher Jörke/Selk 2017) verstanden werden und geht regelmäßig mit einem partiellen oder vollständigen Zerfall des etablierten Parteiensystems einher. Die populistischen Mobilisierungen weisen dabei keinen

eindeutigen politischen Inhalt, wohl aber eine gemeinsame Methodik auf: die Behauptung eines Widerspruchs zwischen «Volk» und «Eliten», den Alleinvertretungsanspruch in Bezug auf den «Volkswillen», ein ausgeprägtes Misstrauen gegenüber Institutionen und eine Anti-Establishment-Haltung; darüber hinaus meist auch die Instrumentalisierung von Ängsten, Vorurteilen und Ressentiments.

Eine empirische Studie, die Populismus in den drei Dimensionen Antipluralismus (Vorbehalte gegen Vielfalt und [repräsentativ-] demokratische Orientierungen), Alleinvertretungsanspruch und Anti-Establishment operationalisierte, kam zu dem Ergebnis, dass knapp 30 Prozent der Wahlberechtigten in Deutschland «populistischen Aussagen grundsätzlich zu[stimmten] und damit populistisch eingestellt» sind (Vehrkamp/Wratil 2017: 9). Weiter wird berichtet, dass sich mehr als ein Drittel der populistisch Eingestellten selbst in der politischen Mitte verortete und jeweils ein knappes Drittel links bzw. rechts von der Mitte. Unter den Parteianhängern fand sich bei der AfD ein überdurchschnittlicher, bei SPD und Linkspartei ein durchschnittlicher und bei den anderen Parteien ein (leicht) unterdurchschnittlicher Anteil populistisch Eingestellter. Offensichtlich sammelt die AfD nicht alle Wahlberechtigten mit antipluralen, populistischen Einstellungsmustern. Das Bedürfnis nach populistischer Politik verteilt sich über alle Parteifarben hinweg.

Der Blick über die Grenzen offenbart ein breites politisches Spektrum populistischer Politik: der lateinamerikanische Linkspopulismus der 1990er Jahre, Syriza und Podemos in Südeuropa, der Corbynismus in der Labour Party oder, weniger spektakulär, die Sozialisten in den Niederlanden auf der linken Seite, die politisch weitgehend amorphe Fünf-Sterne-Bewegung in Italien und die bekannten rechtspopulistischen Parteien in Mittelost-, Nord- und Westeuropa bis hin zu Trump in den USA. Die jüngere bundesdeutsche Geschich-

te zeigt ebenfalls, dass populistische Politik unterschiedliche politische Färbungen kennt. Deren methodische Grundstruktur besteht darin, einer vermeintlich gegebenen sozialen Basis mit eindeutiger Identität («Volk») einen Machblock («Elite») gegenüberzustellen. Dieses Muster findet sich auch in neoliberal geprägten Mobilisierungen (etwa bei der FDP unter Guido Westerwelle und Philipp Rösler), in denen ein Marktvolk aus ökonomisch rational handelnden Individuen konstruiert wurde,

Offensichtlich sammelt die AfD nicht alle Wahlberechtigten mit antipluralen und populistischen Einstellungsmustern. Das Bedürfnis nach populistischer Politik verteilt sich über alle Parteifarben hinweg.

das sich angeblich gegen einen raffgierigen Steuer- und Verbotsstaat wehren muss. Die Anrufung der «normalen Leute», der «Mitte der Gesellschaft» oder der «Menschen draußen im Lande» (Helmut Kohl), die gegen den Streit zwischen Rechten und Linken oder das «Parteiengetzänk» im politischen Betrieb aufbegehren, folgt einem vergleichbaren Muster. Auch linker Populismus neigt dazu, eine Homogenität etwa der «99 Prozent» oder die Identität einer «Arbeiterklasse» schon vor dem Kapitalverhältnis zu unterstellen (vgl. Möller 2017: 271 f.).

Populistische Politikformen setzen die demokratische Verfasstheit eines Staatswesens oder zumindest dessen Berufung auf die «Volkssouveränität» voraus. Es geht ihnen nie nur um einzelne Sachthemen; «vielmehr erinnern sie daran, dass die eigentliche Macht in demokratischen Gemeinwesen dem Volk als verfassungsgebender Gewalt zukommt. [...] Populistische Politikformen berufen sich auf genau diese Grundstruktur, wenn sie zeigen

wollen, wie weit sich bestehende Eliten oder Organgewalten von den grundlegenden Interessen und Bedürfnissen ihrer sozialen Basis entfernt haben» (ebd.: 259).

Populismen lassen sich nach der Art und Weise unterscheiden, wie sie den Gegensatz zwischen «Volk» und Machtblock konstruieren. Rechtspopulismus lässt sich als exklusiver Populismus kennzeichnen, der eine vorgegebene soziale Basis («das Volk» oder «Etablierte») gegen Eindringlinge, Neuankömmlinge und Untergang schützen will und den Machtblock («die Eliten») des Verrats an den Lebensinteressen des «Volkes» bezichtigt. Linkspopulismus kann demgegenüber als inklusiver Populismus verstanden werden, der auf eine Ausweitung und Verallgemeinerung des Wohlfahrtsstaates auf der Basis der Gleichheit aller Menschen zielt. Eine weitere mög-

der politischen Auseinandersetzung, in dessen Verlauf sich das «Volk» zusammenfindet. Zwar gibt es im demokratischen Populismus auch Tendenzen der Vereinheitlichung, jedoch unterscheiden sie sich dadurch, dass die Schließung ausschließlich nach «oben», gegen den Macht- und Herrschaftsblock erfolgt. Die Unzufriedenheit mit der Herrschaft hat keine gleichartige Substanz. Der demokratische Populismus «muss sein Volk aber stets unter den Vorbehalt stellen, dass andere oder neue unterworfen soziale Gruppen auftreten, deren Interessen und Bedürfnisse genauso Teil des Volkes sind. Die Frage besteht darin, ob Bewegungen beanspruchen, das Volk der Machtunterworfenen zu repräsentieren, das tendenziell die nationalstaatlichen Grenzen und sozialen Gruppenidentitäten überschreitet, oder ausschließlich ein identitär bestimmtes, geschlossenes Volk» (ebd.: 275; zu den historischen Verlaufsformen unterschiedlicher Populismen: Jörke/Selk 2017).

Die Gründe für populistische Erfolgswellen sind, folgt man diesen Unterscheidungen, vor allem in einer als größer werdend wahrgenommenen Kluft zwischen dem Versprechen einer «Herrschaft des Volkes», der Volkssouveränität in der politischen Ordnung und der Privilegierung spezifischer Interessen in der politischen Wirklichkeit zu suchen. Teile des «Volkes» sehen sich in den politischen Entscheidungen nicht mehr repräsentiert. Die Unzufriedenheit setzt sowohl an den Normen als auch an der Realität der liberalen repräsentativen Demokratie an. Normativ herrscht formale Gleichheit hinsichtlich des Einflusses auf politische (Wahl-)Entscheidungen, doch real sind die «Produktionsmittel des Politischen» (Bourdieu) wie Informationen und Bildung, Kommunikationsfähigkeit und -mittel, Organisation und Repräsentation sozial höchst ungleich verteilt.¹ Die realen Defizite entstehen nicht unmittelbar aus der sozialen Ungleichheit bei der Verteilung der Produktionsmittel des Politischen, sondern dann, wenn diejenigen, die

Der autoritäre Populismus folgt einer Dynamik, in der die Annahme eines «Volkes» und dessen innere Gleichartigkeit beständig verstärkt und gegen ein allgemeines Außen oder Anderssein verteidigt wird.

liche Unterscheidung ergibt sich aus der Art und Weise, aus den Regeln und Formen, wie die Bestimmung der sozialen Basis, des «Volkes», und die Abgrenzung gegenüber der «Elite» vorgenommen wird: autoritär oder demokratisch. Der autoritäre Populismus folgt einer Dynamik, in der die Annahme eines «Volkes» und dessen innere Gleichartigkeit beständig verstärkt und gegen ein allgemeines Außen oder Anderssein verteidigt wird. Die Bedeutung des Gegensatzes von «Volk» und Machtblock schwindet zugunsten des Gegensatzes von «Volk» und «den Anderen». Der demokratische Populismus setzt nicht auf eine vorhandene soziale Basis, sondern auf einen Prozess

Die Bezeichnung einer politischen Kraft als populistisch steht somit immer im Verdacht, durch die negative Etikettierung die Rückkehr des Politischen in eine entpolitisierte Arena der Sachzwang- und Expertenpolitik abwehren zu wollen.

sich unter den herrschenden Produktionsbedingungen des Politischen selbst kein Gehör verschaffen können, nicht mehr repräsentiert werden, also weder direkt noch indirekt Einfluss nehmen können auf Agenda Setting und Entscheidungen. Populistische Bewegungen, die an diesen Defiziten ansetzen, können in einer moderaten Variante zur Korrektur der Defizite in der Repräsentation führen und in einer radikalen Variante zur Ersetzung der bestehenden repräsentativ-demokratischen Institutionen durch eine plebiszitäre und autoritäre Unmittelbarkeit des «Volkswillens».

Repräsentationslücken sind nicht neu in der bundesdeutschen Parteiengeschichte. Wieder lassen sich zwei Pole, besser Dynamiken ausmachen. Repräsentationslücken können davon geprägt sein, dass neue soziale Schichten und Milieus in der Gesellschaft heranreifen, die nach einer eigenen politischen Form drängen. Beispiele hierfür sind die Partei der Grünen in den 1980er Jahren oder die kurze Erfolgsgeschichte der Piratenpartei, die keine festere Milieubeziehung herstellen konnte. Diese Art von Repräsentationslücke setzt, wo sie sich politisch behaupten kann, eine in die Zukunft gerichtete Veränderungsdynamik in Gang. Politische Repräsentationslücken können auf der anderen Seite von sozialen Schichten und Milieus hervorgerufen werden, wenn diese aus der politischen Repräsentation herausfallen oder dies zumindest so wahrnehmen. Dies galt in Teilen der alten Bundesrepublik für die Partei der Republikaner, in der neuen Republik für DIE LINKE in den Jahren 2005 bis 2013 und für die AfD seit 2013. In allen diesen Fällen ging es nicht darum, einen weiteren erwarteten Verlust an Einkommen, Status und Einfluss zu verhin-

dern und erlittenen Verlust rückgängig zu machen. Gemeinhin werden diese Gruppen unter dem Begriff Modernisierungsverlierer zusammengefasst, wodurch fundamentale Unterschiede verwischt werden wie der zwischen der Verteidigung von Arbeitnehmerrechten und der von patriarchalen Vorrechten.

Eine weitere gängige Erklärung für populistische Erfolge verweist auf die wiederholten Großen Koalitionen zwischen den beiden Volksparteien SPD und CDU bzw. allgemeiner auf das Verschwinden deutlicher Unterschiede zwischen konservativen und sozialdemokratisch-sozialistischen Positionen. Aus Interessenvertretung, so der Vorwurf, sei Wahlstimmenmaximierung geworden. Eine «Konsenselite» habe sich herausgebildet, die grundsätzliche Sichtweisen auf Politik und Gesellschaft teile, wodurch die notwendige antagonistische Kraft verschwunden sei. Gegen diese Alternativlosigkeit revoltierten unterschiedliche Kräfte, die von den allermeisten Beobachtern dann an den politischen «Rändern» angesiedelt werden. Die Bezeichnung einer politischen Kraft als populistisch steht somit immer auch im Verdacht, durch die negative Etikettierung die Rückkehr des Politischen in eine entpolitisierte Arena der Sachzwang- und Expertenpolitik abwehren zu wollen. Ein Populismusbegriff, der weder rechts noch links kennt, sondern das formale Verhältnis zu den eingeschliffenen, herrschenden Verfahren liberal-repräsentativer Demokratie in den Blick nimmt, läuft Gefahr, zum Schwert entpolitisierter bzw. Politik abwehrender Institutionen zu werden (Möllers 2017). Die Vorstellung, dass Politik bestmögliche Verwaltung zu sein habe und ihre Institutionen

rein sachorientiert zu wirken hätten, passt zu einem Bild von den Wählenden, die nach ihren wirtschaftlichen Interessen Entscheidungen treffen. Staunend blickt man dann auf Wählerinnen und Wähler, die eine Partei gewählt haben, die in ihrem Programm das Gegenteil von dem will, was ihren naheliegenden materiellen Interessen entspräche. Die «falsch» Wählenden über ihre «wahren» oder «objektiven» Interessen und die «wirklichen» Ziele der von ihnen bevorzugten Partei aufklären zu wollen, unterstellt anmaßend, dass erst ab einem bestimmten materiellen Sicherungsniveau andere als wirtschaftliche Interessen entscheidend sind und sich auf politische Positionierungen auswirken können, also etwa Haltungen zur gleichgeschlechtlichen Ehe, für Abtreibung, gegen Einwanderung oder für offene Grenzen. Politisierung kann über andere als höchstpersönliche Probleme erfolgen und weit mehr umfassen als ein auf vordergründige ökonomische Rationalität zurückgestütztes «Interesse».

Ein inhaltlich unbestimmter Populismusbegriff vermag das Aufkommen populistischer Bewegungen und Parteien als Aufbegehren gegen einen entpolitisierten «Lauf der Dinge» zu deuten. Auch sind notwendige Differenzierungen zwischen verschiedenen Prägungen und Dynamiken des Populismus möglich, die es erlauben, die Kippunkte zu benennen, an denen etwa die Bezeichnung rechtspopulistisch nur noch verharmlosend für eine völkisch-nationale Parteidynamik wirkt. Zumindest zwei zentrale Fragen können politikwissenschaftliche Erklärungen jedoch nicht befriedigend beantworten: Warum sind in Deutschland die Rechtspopulisten erfolgreicher als die Linkspopulisten? Und: Wie erklärt sich der aktuelle Erfolg der AfD, der Verbindungen zwischen unterschiedlichen ideologischen und sozialen Gruppen stiftet? Eine politikwissenschaftliche Antwort auf die erste Frage ließe sich mit Verweis auf die emotionale Hürde finden, die der westdeutsche An-

tikommunismus für den Wechsel von sozialdemokratischen Wählerinnen und Wählern zu einer aus der kommunistischen Traditionslinie kommenden Partei darstellt. Auch erreicht das Insistieren auf dem Gegensatz zwischen oben und unten bzw. zwischen Kapital und Arbeit grundsätzlich eher nur sozialdemokratische Wählermilieus. Im Gegensatz dazu kann die AfD an eine verbreitet schlummernde nationalkonservativ-völkische Traditionslinie anknüpfen und mit den Gegensätzen «Volk vs. Elite» und «Wir vs. die Anderen» in deutlich mehr und unterschiedliche ideologische und soziale Milieus hineinwirken – sofern sich in diesen Milieus selbst zuvor die traditionellen Parteibindungen gelockert oder weitgehend aufgelöst haben. Doch was sind die tiefer liegenden Beweggründe und sozialen Veränderungen, die solchen Ablösungsprozessen von traditionellen Parteipräferenzen und den politischen Suchbewegungen nach Repräsentation zugrunde liegen (könnten) und die erst Aufschluss über mögliche Dynamiken in dieser politischen Neuformierung geben können?

2 Abnutzung traditioneller Deutungs- und Ordnungsmuster

Die politischen Zäsuren des Jahres 2017 bringen Verwerfungen im Verhältnis von etablierten Parteien und Bürgerinnen und Bürgern zum Ausdruck, die einen weit längeren Vorlauf als aktuelle Krisenerscheinungen haben. Viele Analysen befassen sich mit Rechtspopulismus unter den Vorzeichen von Markt und Ökonomie, von Gewinnern und Verlierern wahlweise der Modernisierung, der Globalisierung oder der Digitalisierung und verlieren dabei aus dem Auge, dass es auch andere, ideologische oder «seelische Notlagen» (Koppetsch 2017a) gibt. Wahlentscheidungen für und gegen bestimmte Parteien folgen ideologischen Grundmustern und Ordnungsvorstellungen, in deren Rahmen das zukünftige Handeln der präferier-

ten Partei erwartet wird. Dieser Vertrauensvorsprung geht verloren, wenn Parteien ihre angestammten Flugbahnen verlassen, aber größere Teile der Wählerschaft diese Bewegung nicht mitvollziehen, etwa weil dann alles, was ihr Lebensführungsmodell ausmacht, in eine tiefe Krise stürzen würde.

Die klassischen ideologischen Deutungsmuster der drei großen gesellschaftspolitischen Grundströmungen Konservatismus, Liberalismus und Sozialismus, die die bundesdeutsche parlamentarische Demokratie über Jahrzehnte prägten, haben sich abgenutzt. Sie bringen keine konsistenten Deutungs- und Ordnungsangebote mehr hervor, nach welchen Regeln die Gesellschaft funktionieren sollte, keine weltanschaulichen Leitplanken des Handelns, die Verbindungen herstellen könnten zwischen dem politischen System und den vielschichtigen Alltags- und Lebenswelten.

Konservatismus

Das Bündnis aus wert- und nationalorientiertem Konservatismus mit der katholischen Soziallehre, das um Familie, Nation, (christliche) Religion und den sozial verantwortlichen Patron des rheinischen Kapitalismus kreiste, begann sich nach dem Verlust der Regierungsmacht 1998 und angesichts weiterer Stimmenverluste in großen Städten mit wachsender Geschwindigkeit zu modernisieren. Bis dahin identitätsstiftende Grundpfeiler konservativer Politik wurden von der Christdemokratie geschliffen: Die Abschaffung der Wehrpflicht, die Einführung von Frauenquoten, die Abkehr von der Hegemonie des christlichen Familienbildes, Deutschland als Einwanderungsland oder die «Ehe für alle» führten zur Entfremdung manch wert- und nationalkonservativer Anhänger, vor allem aber dazu, dass konservative Politik in diesen Kreisen als prinzipienlose Anpassung an sich ständig verändernde komplexe wirtschaftliche Bedingungen und Anforderungen erschien.

Aus wertkonservativer Perspektive bedeutete

die Amtszeit der beiden Schröder-Fischer-Regierungen nicht nur den Verlust von Regierungsmacht. Sie erschien gleichzeitig als Niederlage im Kampf um Einfluss bei den neuen Bildungsbürgerschichten, im beharrlichen Kampf gegen die kulturelle Modernisierung, die von der 68er-Generation in die Institutionen getragen worden war. Ideale wie Individualität, Authentizität oder Selbstverwirklichung standen hoch im Kurs, ebenfalls die Gleichwertigkeit von Lebensweisen, Identitäten und Kulturen, aber auch die mit Pluralismus und Toleranz, Liberalisierung und Individualisierung einhergehende Relativierung von konservativ geprägten Wahrheitsansprüchen in Wissen und Moral. Eine konservative Partei, die selbst zur Geburtshelferin entsprechender Gesetze wird, die vormals feststehende Haltepunkte des konservativen Weltbildes relativiert, die ernsthaft erwägt, dass der «Islam zu Deutschland gehört», und überraschend propagiert, dass Deutschland doch ein «Einwanderungsland» sei, und zwar weil die Kapitalverbände einen Arbeitskräftemangel befürchten – eine solche Partei kann ihre traditionelle Rolle als wertkonservatives Bollwerk nicht mehr erfüllen.

Traditionsorientierten Wert- und Nationalkonservativen ging ihre angestammte politische Heimat verloren. Einige Mitglieder versuchten, sie durch Gründung konservativer Kreise in der Union zu retten, viele Anhänger waren bereit, die Partei zu wechseln. Themen der Familien- und Geschlechterpolitik bildeten schichtenübergreifende Brücken zu einer neuen rechten Partei.

Liberalismus

Der Liberalismus spaltete sich in Deutschland bereits im 19. Jahrhundert in einen sozialliberalen und einen nationalliberalen Flügel, wodurch er über lange Perioden eher ein politisches Schattendasein führte. Individuum, Bürgergesellschaft, Markt und Staatsferne stehen im Zentrum der politischen Vorstel-

lungen. Nach dem Ende der sozialliberalen Ära platzierte der parteiförmige Liberalismus sich als Speerspitze des ideologischen Neoliberalismus, der eigenverantwortlichen und deregulierten Bereicherung an den Märkten, der Privatisierung öffentlicher Unternehmen sowie des Staats- und Gemeinwohlskeptizismus. Gesellschaft wurde gedeutet als Ellenbogengesellschaft, in der sich der Stärkste durchsetzt, wobei ihm der Staat möglichst wenige Steine in den Weg zu legen habe.

Nach vier Jahren Regierungskoalition mit der CDU/CSU und dem Ausscheiden aus dem Bundestag 2013 kam es in der FDP zu kei-

die Folgen ihres Handelns nicht auf die Allgemeinheit abwälzen können. Sie beklagten nun einen Bruch mit zentralen ideologischen Grundsätzen der Marktwirtschaft, wonach jeder Akteur die Verantwortung und die Folgen für sein wirtschaftliches Handeln selbst zu tragen habe.

Ein weiterer Punkt war die Verbindung des verbliebenen «DM-Nationalismus» mit der Frage, ob die Europäische Union zwecks Rettung der Währung zu einer Schuldentransferunion werden dürfe. Dieser Währungsnationalismus fußt einerseits auf den im kollektiven Unbewussten verwurzelten Entwertungserfahrungen von 1923/24 (Hyperinflation) und 1948 (Währungsreform), bekommt andererseits aber neue Nahrung durch die politisch erzwungene partielle Privatisierung der Alterssicherung. Wenn die kapitalgedeckte

Die ideologische Zuspitzung des Wirtschaftsliberalismus erwies sich in der politischen Auseinandersetzung um die Bankenrettung und die Euro-Schuldenkrise als Spaltinstrument.

nem Comeback des Sozialliberalismus. Vielmehr wurde die nationalliberale Tradition wiederbelebt und gestärkt: Ein marktradikales Wirtschafts- und Sozialprogramm, eine protektionistische Einwanderungspolitik als «Bestenauslese» und die staatlich geförderte freie Fahrt für den Einsatz digitaler Technologien bilden nun das programmatische Zentrum. Entscheidender noch als die Programmatik war für die Rückkehr auf die parlamentarische Bühne die Inszenierung personalisierender, populistischer Politikmethoden, wie sie auch von Sebastian Kurz in Österreich oder Emmanuel Macron in Frankreich bevorzugt werden. Die ideologische Zuspitzung des Wirtschaftsliberalismus erwies sich in der politischen Auseinandersetzung um die Bankenrettung und die Euro-Schuldenkrise als Spaltinstrument. Die Argumentation, die Banken müssten gerettet werden, weil sie «systemrelevant» seien, war ordnungspolitisch ein Schlag ins Gesicht aller Familienunternehmer und Selbstständigen, die die Verantwortung für

Altersvorsorge oder andere Formen der privaten Eigenvorsorge ins sozialstaatliche Leitbild integriert werden, also nicht mehr als «zusätzlich» gelten, so muss jede Politik, die den Zinssatz für die privaten Geldanlagen zu senken droht, nicht nur mit dem Vorwurf der «Enteignung der Sparer» rechnen, sondern kann auch grundsätzliches Misstrauen gegen die «etablierte Politik» schüren.

Zum Gründungsmythos der AfD, den vor allem ehemalige CDU- und FDP-Leute geschaffen haben, zählten so der Vorwurf des «Verrats» zentraler wirtschaftsliberaler bzw. wertkonservativer ideologischer Grundsätze durch die vormals eigene Partei und ein radikaler Wettbewerbsnationalismus, der die vorgeblich durch Leistungsbereitschaft und harte Reformen erarbeiteten Wohlstandsvorteile gegenüber «faulen» Nationen zu verteidigen versprach. Die Abnutzungserscheinungen der konservativen wie der liberalen Grundströmungen mündeten in der organisatorischen und politischen Formierung einer zunächst

nationalliberalen und wertkonservativen parteiförmigen Sammlung, die 2013 nur knapp den Einzug in den Bundestag verfehlte. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament zeigten sich vor allem im Südwesten der Republik weitere starke Absatzbewegungen von der CDU und CSU. Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt verwiesen Wahlanalysen auf eine große soziale Heterogenität der AfD-Anhängerschaft und auf massive Wählerwanderungen auch von links zur AfD. Grundsätzlich ist dies nicht verwunderlich, wenn man berücksichtigt, dass sich auch im linken Lager schichtenübergreifend konservative ideologische Orientierungen finden lassen (Vester 2017). Erklärungsbedürftig allerdings ist, warum sie nicht mehr dort gebunden sind.

Sozialismus und Sozialdemokratie

Die größte ideologische Lücke hinterlassen, wenn es etwa um das Wahlverhalten von Arbeiterinnen und Arbeitern geht, indes die vormals wirkmächtigen Deutungen von Sozialdemokratie bzw. Sozialismus. Diese gesellschaftspolitische Grundströmung ruhte auf den Säulen Betrieb (statt Familie) als prägende Alltagswelt und Bezugspunkt politischen Handelns, auf der Zugehörigkeit zu einer Klasse (Arbeiterklasse), später allgemeiner Lohnarbeit (statt Zugehörigkeit zu Volk oder Nation), auf Sozialstaat und Sozialeigentum (als Pendant bürgerlichen Eigentums) als Grundlage sozialer Demokratie und internationaler Solidarität (statt Denken und Handeln in den Grenzen des Nationalstaates). Der industrielle Großbetrieb hat seine prägende Rolle in der Lebenswelt verloren, der Stolz auf eine Klassenzugehörigkeit ist kaum noch präsent, und der sozialdemokratisch-sozialistische Internationalismus steht unter dem Vorbehalt der Sicherung der nationalen sozialstaatlichen Erregenschaften. Der Bankrott der realsozialistischen Staaten brachte zudem lange Zeit jegliche Politische Ökonomie, die auf staatliche und demokratische Regulation und Inter-

vention setzt, in Verruf. Doch wie entstand eine gerade in der traditionellen Arbeiterschaft weit verbreitete Haltung, dass von der Sozialdemokratie bzw. kollektivem politischen Handeln nicht viel mehr zu erwarten sei?

Mitte der 1970er Jahre erreichte die deutsche Sozialdemokratie den Höhepunkt der Machtentfaltung, die auf dem Wege des Gebrauchs des allgemeinen Stimmrechts erreichbar schien: Politische und staatliche Institutionen waren erobert, sozialstaatliche Institutionen waren geschaffen, die betriebliche Mitbestimmung war verankert, wenn auch davon zentrale Eigentümerfunktionen bei Investitionen nicht berührt wurden. Jedoch: Unter veränderten weltwirtschaftlichen Bedingungen ab 1973 erwiesen sich die keynesianischen Instrumente als unzureichend, um ausreichend Wachstum und Arbeitsplätze zu generieren. Entscheidend für eine erste Desillusionierung ihrer Anhängerinnen und Anhänger war indes, dass das Vollbeschäftigungspostulat des Wachstums- und Stabilitätsgesetzes von 1967, aus sozialdemokratischer Sicht eine kompromisslerische Umschreibung des Rechts auf Arbeit, als politische Leitorientierung von der politischen Bühne verdrängt wurde. Die Sozialdemokratie in Politik, Betrieben und Aufsichtsräten erwies sich als weitgehend ohnmächtig, wenn es um die Verhinderung von Betriebsschließungen und die Verlagerung ganzer Branchen in andere Länder (z. B. Textil, Stahl und Werften) ging. Bereits in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre setzte daher eine erste Welle der Wahlenthaltung und des Rückzugs aus der Politik ein, vornehmlich in der Arbeiterschaft und in großindustriell geprägten Stadtvierteln, mithin in sozialdemokratischen Hochburgen. Immerhin blieben zentrale sozialstaatliche Sicherungsversprechen erhalten. Arbeitslosigkeit wurde auch unter maßgeblichem Einfluss des christlichen Arbeitnehmerflügels der CDU/CSU, einer wichtigen sozialen Basis des «rheinischen Kapitalismus», durch neue Instrumente wie

Vorruhestandsgeld, Altersübergangsgeld und Auffanggesellschaften sozialstaatlich abgefördert. Auch die massive Verschärfung der Arbeitsmarktkonkurrenz durch den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes mit der weitgehenden Zerstörung der DDR-Industrie im Gepäck änderte daran zunächst wenig. 1996 dann doch beschlossene massive sozialstaatliche Kürzungen bei der Lohnfortzahlung und der Rentenversicherung führten zu einer erneuten Mobilisierung sozialstaatlich orientierter Kräfte, die die SPD 1998 mit den

in anderen Schichten in der Ära Kohl gleichfalls aufgestauten Modernisierungshoffnungen erfolgreich unter der Wahlkampflosung «Innovation und Gerechtigkeit» verband.

Die SPD erzielte damals einen großen Mobilisierungserfolg, auch unter Nichtwählern. Allerdings gelang es ihr in der Regierung nicht, das europäische sozialdemokratische Bündnis herzustellen, das die notwendige Regulierung der Finanzmärkte hätte durchsetzen können. Stattdessen schwenkte sie auf den Weg der Stärkung der deutschen Exportwirtschaft durch Innovation und Lohndruck ein. Vor allem anderen gab sie die Rolle als sozialstaatliche Schutzmacht der «kleinen Leute» auf, die ihr in der eigenen Anhängerschaft noch verblieben war. Bei Erwerbslosigkeit drohen nun seit Einführung der sogenannten Hartz-Reformen nicht nur materielle Einbußen, sondern auch der soziale Absturz vom Status des «Arbeitnehmers» auf den des alimentierten «Fürsorgeempfängers».

Gleichzeitig schwanden durch Ausbau des Niedriglohnssektors bei Stagnation der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung die Aussichten, neue Rechtsansprüche erwerben

zu können. Zu den Einschnitten ins kollektive und individuelle Sozialeigentum kamen Reallohnverluste für große Teile der abhängig Beschäftigten. Die Folge: Millionenfach wandten sich 2005 und 2009 sozialdemokratische Traditionswähler aus der Arbeiterschicht ab und wurden mehrheitlich zu Nichtwählern.

Die ursprüngliche soziale Machtbasis der SPD nach 1945 waren die großindustriellen Betriebskollektive und die mit ihnen eng verwobenen Alltagswelten der Industrieviertel. Parallel begann sich für viele Angehörige der

alten Industrie- und Landarbeiterschichten ein zweites sozialdemokratisches Versprechen insbesondere für ihre Kinder zu erfüllen: nämlich in einer sozialstaatlich durchlässig gehaltenen Leistungsgesellschaft individuellen sozialen Aufstieg durch Bildung erreichen, materiellen Wohlstand und soziale Aner-

kennung mehr zu können. Bereits Ende der 1960er Jahre war die SPD-Führung davon ausgegangen, dass ihre traditionelle Massenbasis in der Arbeiterschicht erodieren würde. Sie entdeckte die «linke Mitte» der modernen, oft bereits akademisch gebildeten Angestellten.

Zunächst gelang es noch, die alten Arbeitermilieus mit den sich entwickelnden neuen Milieus ideologisch und politisch zu verbinden. Für die Enkelgeneration galt dies schon nicht mehr. Die Kinder der sozialen Aufsteiger der ersten beiden Generationen bezogen räumlich wie kulturell eigene Lebenswelten, die sich von denjenigen, die den sozialen Aufstieg nicht geschafft hatten, demonstrativ abgrenzten. Durch diese soziokulturelle und nachfolgend auch sozialräumliche Entmischung stand die Sozialdemokratie, wollte sie Erfolg haben, zugespitzt formuliert, vor der Aufga-

Bereits Ende der 1980er Jahre setzte daher eine erste Welle der Wahlenthaltung und des Rückzugs aus der Politik ein, vornehmlich in der Arbeiterschaft und in großindustriell geprägten Stadtvierteln, mithin in sozialdemokratischen Hochburgen.

be, zwei eher gegensätzliche Milieus – soziale Aufsteiger in Akademikermilieus und traditionelle Arbeitermilieus – verbinden zu müssen. Die Entscheidungen der «Agenda 2010» signalisierten stattdessen das Gegenteil. Ein sozialdemokratisches Leitmilieu war bereit, Modernisierungspolitiken gegen ein anderes Leitmilieu durchzusetzen, nachdem es in der Partei die Oberhand gewonnen hatte (Goodhart 2017; Walter 2017).

Für einen erheblichen Teil der sozialdemokratischen Wählerschaft brachten die vergangenen 30 Jahre eine Reihe von Erlebnissen mit sich, die ihnen den schleichenden Machtverlust der Gewerkschaften in den Betrieben, Verwaltungen und Institutionen sowie der Sozialdemokratie in Politik und Gesellschaft vor Augen führten. Allmählich verdichteten sich daraus Erfahrungen des eigenen Bedeutungsverlustes, der Ohnmacht, der Hilflosigkeit, der Repräsentationslosigkeit, und zwar nicht als ein individuelles, sondern als ein kollektives Schicksal.

Zu dieser Wahrnehmung trug bei, dass die schleichende (wie die schockartige) Entindustrialisierung (in West wie Ost) immer auch eine sozialräumliche Verdichtung fand: in sozial und kulturell verarmenden Vierteln, im Rückzug öffentlicher Einrichtungen, im Verschwinden von Parteimitgliedern und -büros aus dem Alltag.

Die ideologische Loslösung von der Sozialdemokratie folgte den realen Erfahrungen mit linker politischer Wirkungslosigkeit gegenüber Arbeitsplatzverlusten durch Kapitalentscheidungen, mit dem Verlust von lokaler Handlungsmacht infolge der Privatisierung kommunaler und genossenschaftlicher Unternehmen und mit der wahl- und machtpolitisch motivierten Erschließung neuer Wählerschichten, die mehr und mehr auf Kosten der traditionellen ging, weil es zu keiner Erneuerung der Ressourcen sozialdemokratischer Politik (wirtschaftliches Wachstum, gesellschaftliche Solidarität, Primärverteilung) kam.

Das Bündnis mit den 68ern

Die Partei Die Grünen entwickelte in den 1980er Jahren ein ideologisches Hybridmodell, in dem öko-sozialistische Anschauungen mit wertkonservativen und libertär-kommunitaristischen Vorstellungen verknüpft wurden. Ausgehend von den Inseln alternativer Ökonomie entstand um die Partei herum ein sozialökologisch geprägtes Neubürgerliches Milieu, welches sich mehr und mehr als Avantgarde einer besseren – «gesunden» und «nachhaltigen» – Lebensweise verstand und versteht. Als politische Erbin der gesellschaftlichen Emanzipations- und Liberalisierungsbewegungen der 1960er und 1970er Jahre waren sie die treibende Kraft der kulturellen Modernisierung.

Sozialdemokraten und Grüne zählen beide zum linken politischen Lager. Ihre Zusammenarbeit in Regierungskoalitionen trug zur wachsenden Entfremdung zwischen traditionellen Arbeitnehmermilieus und neuen Mittelschichten bei, deren eigentliche Basis indes die abnehmende Bedeutung der industriellen Arbeiterberufe einerseits und die gleichzeitig wachsende Bedeutung der neuen Mittelschichtberufe andererseits waren. Der Umbau des Sozialstaates – die Verwandlung von Anspruchsberechtigten in Kunden, die mit der Einforderung von mehr Eigenverantwortung verbundene Erwartung der Selbstvermarktung und die Teilprivatisierung der Alterssicherung – war nicht nur ein nicht auf die Lebenswirklichkeit der klassischen Arbeiterberufe zugeschnittenes «Reformprojekt», sondern dokumentierte zugleich, dass die «Weltsicht» der sozialen Aufsteigerinnen und Aufsteiger, der neuen Dienstklassen die vormals dominante Sicht des «fordistischen Arbeitnehmers» abgelöst hatte.

Die linke sozialdemokratische Abspaltung einer «Wahlalternative für soziale Gerechtigkeit», die mit der PDS zur Partei DIE LINKE verschmolz, konnte nur den kleineren Teil der von der SPD Enttäuschten bei den Wahlen 2005

und 2009 auffangen. Hierauf dürften der tief verwurzelte westdeutsche Antikommunismus einerseits und das fehlende Vertrauen in die tatsächliche Wiedergeburt sozialdemokratischer Politik andererseits ausschlaggebend gewesen sein. Um im Westen erfolgreich zu sein, mussten die ehemaligen Sozialdemokraten demonstrativ zeigen, dass sie nicht von den «SED-Nachfolgern» dominiert wurden. In dem Maße, wie der westdeutsche Einfluss in der Partei stieg, ging der Charakter der PDS als Anwalt «ostdeutscher Interessen» verloren und wurde DIE LINKE zu einer westdeutschen Partei wie andere auch.

Für viele war die Stimme für die Linkspartei also nur ein Zwischenstopp auf dem Weg hin zur Abwendung von der Politik oder hin zu einer neuen «Protestpartei», deren Wahl Aufmerksamkeit versprach. Gleichzeitig entstand in Ostdeutschland eine spezifische Repräsentationslücke, die die besonderen Erfolge der AfD im Osten seit 2014 zu erklären vermag.

3 Politik in Zeiten umfassender sozialer Transformation von Klassengesellschaften

Der Erfolg der rechtskonservativen und völkisch-nationalistischen Sammlungsbewegung gründet auf langfristigen politischen und kulturellen Entfremdungsprozessen, die durch kurzfristige politische Ereignisse wie die Krise der Flüchtlingspolitik geformt und so verdichtet werden, dass sie die politische Dynamik weitertreiben.

Die kapitalistische Produktionsweise erlebt eine grundlegende Umwälzung, denn betroffen sind sowohl die Produktivkräfte, also Technologie und Organisation der Produktion, wie auch die Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, die Produktionsverhältnisse. Die Wandlungen und Zäsuren in einem politischen System erschließen sich vollends nur vor dem Hintergrund dieser weitreichenden sozialen Transformationsprozesse. Die deutsche Gesellschaft befindet sich in einer technologisch

getriebenen revolutionären Situation, in der eine grundlegende Neuzusammensetzung von Kapital und Arbeit auf der Tagesordnung steht und hart umkämpft ist. Digitale Technologien haben ein Entwicklungsstadium erreicht, das in nahezu allen Arbeits- und Lebensbereichen tief greifende Umwälzungen möglich machte und weiterhin erwarten lässt, gleichzeitig aber nicht mehr national begrenzt ist. Immer auch geht es um den Platz der nationalen Ökonomie in der globalen politökonomischen Arbeitsteilung.

Der umfassende Charakter der Umwälzung schlägt sich auch auf der individuellen Ebene nieder. Auch hier handelt es sich nicht mehr um die auf einen Bereich, etwa den der Wirtschaft, beschränkte Einführung einer neuen Technologie, wodurch die Arbeitsorganisation und die beruflichen Qualifikationsanforderungen verändert werden. Die Umwälzungen finden klassenübergreifend im sozialen und ökonomischen Bereich, auf der kulturellen und ideologischen Ebene und in der persönlichen Lebenswelt mittlerweile meist gleichzeitig statt. Sie stellen eine enorme Herausforderung an die Individuen hinsichtlich Bereitschaft und Fähigkeit zur Umstellung und Anpassung auf mehreren Ebenen zugleich dar.

Die Veränderungen in der Berufswelt sind von entscheidender Bedeutung. War vor 25 Jahren noch fast jeder zweite Beruf mit einer Ausbildung im dualen System erreichbar, so waren es jüngst nicht einmal mehr 30 Prozent. Gleichzeitig verlangt nun fast die Hälfte aller Berufe als Einstieg eine akademische Qualifikation. Der Anteil der un- und angelernten Berufe blieb mit einem Viertel konstant. Es gab erhebliche Verschiebungen zwischen den Wirtschaftssektoren, weg vom industriellen Sektor hin zu Verwaltungs-, Organisations- und Kommunikationsdienstleistungen sowie vor allem hin zu personen- und haushaltsnahen Dienstleistungen (Weber-Menges 2016). Der Übergang zur Wissensgesellschaft führte

zu keiner allgemeinen Höherqualifikation der Berufswelt, sondern vor allem zu einer qualifikatorischen Aufwertung der Einstiegsqualifikationen für die mittleren Etagen der Arbeitswelt, also bei den Facharbeiterberufen. Bei dieser Aufwertung wurden die Stelleninhaberinnen und -inhaber teilweise innerbetriebliche «mitgenommen»: Mehr als ein Fünftel der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten übt Berufe aus, für die sie gemäß ihren beruflichen Zertifikaten unterqualifiziert sind (Bauer et al. 2018). Bei einer Stellenausschreibung würde ihre Bewerbung vorab wegen fehlender formaler Qualifikation aussortiert werden, Entlassung bedeutete mithin

massive berufliche Entwertung. Es ist unmittelbar nachvollziehbar, dass gerade bei älteren Erwerbstätigen, die schon zwei oder drei technologische Innovationsrunden mitgemacht haben, die Sorge, ob sie auch bei der nächsten noch mithalten können, groß ist.

Parallel zu den veränderten Qualifikationsprofilen kristallisierte sich eine neue Teilung der Arbeitsmärkte heraus. Aus der Sicht der Individuen geht es dabei vor allem um die Frage, welche dieser Arbeitsmärkte aufgrund der Qualifikation, der familiären Situation und der weiteren Lebensplanung zugänglich sind bzw. welche Zumutungen sie bereithalten. Die globale Vernetzung der Unternehmen, Freizügigkeitsregelungen und moderne Kommunikationstechniken förderten transnationale Arbeitsmärkte, auf denen sich zu bewegen bestimmte Qualifikationen wie Sprachkenntnisse, soziale Kompetenz, Mobilität, also besonderes soziales und kulturelles Kapital (Bourdieu), erfordert.

Ein zweiter Arbeitsmarkt wird durch die auf nationaler oder regionaler Ebene agierenden Unternehmen und Institutionen geschaffen. Hier spielen für die geforderten Qualifikationen Hochschulabschlüsse eine geringere Rolle. Ortsansässige, «heimische», besser:

etablierte Arbeitskräfte besitzen auf diesem Arbeitsmarkt Vorteile und Vorrechte.

Als dritter Arbeitsmarkt hat sich ein Arbeitsmarkt für «einfache» Dienstleistungen verfestigt, der durch geringe Qualifikationsanforderungen, niedrige Löhne und geringen sozialstaatlichen Schutz gekennzeichnet ist. Auch große Teile der «atypischen» Arbeitsverhältnisse zählen dazu. Hier finden sich gering-

Der Erfolg der rechtskonservativen und völkisch-nationalistischen Sammlungsbewegung gründet auf langfristigen politischen und kulturellen Entfremdungsprozessen.

qualifizierte wie infolge von Betriebsschließungen dequalifizierte sowie zugewanderte Arbeitskräfte. Über die Jahre hat sich über die Verfestigung von Erwerbsbiografien ein modernes Dienstleistungsproletariat herausgebildet.

Es sind diese Veränderungen in der Arbeitswelt – der Aufstieg neuer Berufe, die Ausweitung der Frauenarbeit, die Dominanz akademischer Qualifikationen bereits auf mittleren Ebenen und die damit verbundene Dominanz der auf soziale Distinktion bedachten Sprechweisen, Lebensführungsmodelle, Kulturtechniken –, die den Nichtaufsteigenden den Bedeutungsverlust ihrer Werte und Lebensstile alltäglich vorführen. Es sind insbesondere Angehörige dieser neuen akademischen Eliten, die den Zugang zu Arbeitsmärkten, zunehmend aber auch zu Wohnungsmärkten blockieren, indem sie in den urbanen Wachstumszentren die Wohnungspreise hochtreiben.

Politisch werden diese Konflikte in Deutschland zwischen den Grünen als politischer Agentur des neuen kosmopolitischen Bürgertums, der FDP als neuer politischer Bewegungsform des «unternehmerischen Selbst» und der AfD als Sammlungsbewegung der

Deklassierung umfasst sowohl materielle Verschlechterungen als auch Bedeutungs- und Statusverluste sozialer, kultureller oder politischer Art. Sie kann absolut sein, aber auch relativ.

politischen Verlierer des alten Bürgertums ausgefochten. Die AfD verfügt dabei bislang mit «Männlichkeit», «Nation» und «Volk» sowie «ethnischer Homogenität» über die wirkmächtigeren «Brückentechnologien», mit denen sie Verbindungen zu anderen sozialen Schichten aufbauen kann. Bei allen Wahlen seit 2013 erzielte die AfD unter erwerbstätigen Männern ab 40 Jahren und unter Wahlberechtigten mit mittleren Qualifikationen (10. Klasse und Abitur ohne Studium) deutlich überdurchschnittliche Zustimmung.

Dieser kurze Blick in die Berufswelt mag deutlich machen: In Zeiten grundlegender Veränderungen in der gesellschaftlichen Produktions- und Konsumweise geht es niemals nur um entweder materielle oder soziale bzw. kulturelle Fragen. Immer sind diese Fragen miteinander verwoben und betreffen meist mehrere Bereiche gleichzeitig.

Aufsteigende soziale Berufsgruppen, etwa «Informationsarbeiter» oder Software-Entwickler, haben eigene Umgangs- und Subjektivierungsformen, die mit ihrem Aufstieg, vom Unternehmer adaptiert, auch zu Anforderungen an andere Berufsgruppen werden können. Offensichtlich jedoch reagieren Menschen in ähnlicher sozialer Lage, die sich etwa in ihrem Status durch berufliche und/oder soziale Abstiege oder Verhaltenserwartungen der Modernisierung bedroht sehen, nicht auf die gleiche Weise mit Wut und Zorn oder dem Anschluss an eine wertkonservative, völkisch-nationalistische Bewegung. Hier kommen emotionale, affektive Triebfedern,

sozialpsychologische Tiefenströmungen ins Spiel. «Der Unterschied besteht in einer milieuspezifischen Deutung sozialer Statuskonflikte und Erfahrungen des Scheiterns, die mit spezifischen mentalen Panoramen sozialer Ungleichheiten und Gefühlskulturen einhergehen.» (Koppetsch 2017a)

Werden die gleichen Erfahrungen als Gruppenerfahrungen wahrgenommen, als Teil einer bislang etablierten Gruppe, einer vermuteten gesellschaftlichen Mehrheit oder als Einflussverlust des eigenen ideologischen Milieus, dann gelten die eigenen «Verluste» eher als Symptome eines gesamtgesellschaftlichen Niedergangs. Bedeutungsverluste, mit denen zusammen oft auch die Kraft der vertrauten Deutung der Welt schwindet, die man seinem Lebensmodell zugrunde gelegt hat, setzen «emotionale Dynamiken» frei (Koppetsch 2017b).

4 Soziale Deklassierung, autoritärer oder demokratischer Populismus

Die facettenartigen Verweise auf Umwälzungen in der gesellschaftlichen und beruflichen Arbeitsteilung, in der sozialen Hierarchie von Berufen und Schichten, sowie die parallel stattfindenden Ablösungen von vertrauten Weltbildern und Ordnungsmodellen, wie eine Gesellschaft funktionieren sollte, können die Veränderungen im politischen Feld erklären helfen. Sie sind aber vor allem zur Erfassung der zukünftigen möglichen politischen Dynamiken als gesellschaftspolitische Tiefenströmungen in den Blick zu nehmen.

Mit dem Begriff «soziale Deklassierung» ist im Verhältnis zu «Prekarisierung» oder «Abstiegsgesellschaft» ein erweitertes Verständnis sozialer Positionsveränderungen verbunden. Deklassierung umfasst sowohl materielle Verschlechterungen als auch Bedeutungs- und Statusverluste sozialer, kultureller oder politischer Art. Soziale Deklassierung kann absolut sein, aber auch relativ, das heißt, bei gleich-

bleibender eigener sozialer Position rücken andere Schichten auf oder überholen andere. Deklassierung umfasst Vergangenheit und Gegenwart, vor allem aber auch die Zukunftserwartungen, wenn man etwa davon ausgehen muss, dass das eigene Lebensmodell für die Kinder nicht mehr erreichbar sein wird. Ein wesentliches Moment, welches den spezifischen Charakter der Deklassierungserfahrung prägen kann, sind die zur Verfügung stehenden Anpassungs- und Bewältigungsstrategien im gesellschaftlichen Wandel. Diese individuellen Ressourcen werden beeinflusst vom verfügbaren sozialen und kulturellen Kapital und begrenzt durch die Beharrungskräfte von dem, was Theodor Geiger in der politischen Soziologie einst als «Mentalität» einführte und Pierre Bourdieu als «Habitus» entwickelte.

Der Aufstieg einer rechtspopulistischen, nationalistischen Partei in Deutschland kann somit als politischer Ausdruck sozialer Spaltungen verstanden werden. Allerdings spielen die wachsende soziale Ungleichheit zwischen oben und unten sowie materielle Wohlstandseinbußen eine untergeordnete Rolle. Vielmehr stehen Macht- und Geltungseinbußen spezifischer beruflicher und sozialer Gruppen im Mittelpunkt, die durch gesellschaftliche, kulturelle Modernisierungen und revolutionäre Umwälzungen in der Arbeitswelt bedingt und geprägt werden. Für die Art und Weise, wie in den einzelnen Schichten auf diese Veränderungen reagiert wird, sind die verfügbaren Ressourcen von entscheidender Bedeutung: die Gesellschafts- und Weltbilder bzw. ideologischen Welterklärungen, der sozialstrukturelle Wandel, die technologisch geprägte Neuzusammensetzung von Kapital und Arbeit, die damit verbundenen Verschiebungen in den bisherigen Macht- und Bedeutungsstrukturen und die Ebene der Affekte und Emotionen, des Rollenverständnisses und des Habitus.

Deklassierungen und Abstiegserfahrungen betreffen zumindest in tief greifenden gesellschaftlichen Umwälzungsprozessen nie nur ei-

ne einzige soziale Klasse oder Schicht, sondern sind ein «sozialstrukturelles Querschnittsphänomen» (Koppetsch 2017a: 235). So entspricht der oben angesprochenen Abwertung größerer Teile der Facharbeit eine gleichzeitige Entwertung akademischer Berufsgruppen, sofern sie zuvor eine Monopolstellung besaßen. Gleichzeitig erweitert die globale Ausweitung der (digitalen) Wissensgesellschaft den «Wissensmarkt», auf dem man reüssieren muss. Der Rechtspopulismus agiert entsprechend:

«Rechtspopulistische Proteste stellen Bewältigungsstrategien für soziale Geltungsverluste und Entwertungserfahrungen dar. [...] Die globalen Entgrenzungen von Ökonomie, Kultur und Lohnarbeit haben den gesellschaftlichen Raum neu strukturiert und den kosmopolitischen Lebensformen eine strategische Bedeutung bei der Entfaltung eines wissensbasierten Kapitalismus gegeben, wohingegen andere, ehemals etablierte Gruppen, deklassiert wurden und sich nun einer wachsenden Konkurrenz durch aufstrebende Außenseitergruppen, wie etwa Migranten, aufstrebende Frauen oder – in den USA – Schwarzen, ausgesetzt sehen.» (Koppetsch 2017b: 210 u. 212)

Deklassierte Gruppen bilden eine wesentliche Mobilisierungsbasis der Rechtspopulisten. Entscheidend sind nicht die materiellen, sondern die sozialmoralischen Auswirkungen. Nicht allein materielle Verluste, sondern Gefühle der Entfremdung, der Demoralisierung, des Ressentiments bewirken bei vielen Menschen einen Bruch mit den vorherrschenden Gesellschaftsbildern – zumal dann, wenn diese Ordnungsmodelle die eigene Situation nicht mehr zu deuten vermögen. Wenn zum Beispiel nicht mehr die Leistung zählt, sondern nur der Erfolg, hat das nichts mehr mit einer Leistungsgesellschaft zu tun. Oder, bezogen auf Mentalität und Habitus eines sozial verwurzelten traditionellen Männlichkeitsbildes: «Leute wie wir haben nichts mehr zu sagen.»

Das Versprechen der neuen Rechten besteht darin, die Deklassierung aufzuheben, indem ein neues Spiel begonnen wird, welches demonstrativ die herrschenden Regeln verletzt. Zu «Volk» und «Nation» zu gehören und darauf materielle wie kulturelle Ansprüche zu gründen, an traditionellen Familien- und Ordnungsbildern festzuhalten, all das bildet die Brücke vom national- und wertkonservativen altbürgerlichen Kern des Rechtspopulismus zu anderen sozialen Schichten und Gruppen. Der Ungleichheitskonflikt – der Deklassierung entspricht, dass andere soziale Gruppen in bedeutsamere Stellungen aufgerückt sind, die besseren Zugänge etwa zu «kosmopolitischen» Arbeitsmärkten haben usw. – ist kein

und aufstrebende Gruppen und Klassenfraktionen sehen für sich und die nachkommen Generationen eine Zukunft und (sozialen) Fortschritt. Einst war die «Arbeiterklasse» eine solche aufstrebende Gruppe, die soziale Bündnisse herstellen konnte. Die Zugehörigkeit zur industriellen Arbeiterschaft ist kein Zukunftsversprechen mehr. Daraus folgt nicht, dass sich deklassierte Gruppen zwangsläufig nach rechts wenden, aber dass dies wahrscheinlicher ist als eine Wendung nach links. Worum geht es dem Populismus? Im weitesten Sinne, so ließe sich zusammenfassen, geht es um den Umgang mit dem erfahrenen Verlust von Bedeutung und Kontrolle über die eigene Lebensführung. Die vielfältigen Verun-

Die Zugehörigkeit zur industriellen Arbeiterschaft ist kein Zukunftsversprechen mehr. Daraus folgt nicht, dass sich deklassierte Gruppen zwangsläufig nach rechts wenden, aber dass dies wahrscheinlicher ist als eine Wendung nach links.

klassischer Konflikt zwischen oben und unten, sondern eher einer zwischen auf- und absteigenden Gruppen und wird daher in erster Linie als ein Kulturkonflikt, als ein Konflikt um Gesellschaftsbilder und Ordnungsmodelle ausgetragen. Durch diese Brillen wird auf Verteilungsfragen, auf ökonomische Konflikte geschaut. Während Linke die Verteilungsverhältnisse zwischen oben und unten – weniger die zwischen Arbeit und Kapital – betonen, sind für die Rechten alle Fragen der Zuwanderung, von drinnen und draußen, das gesellschaftliche Hauptproblem. Nicht zuletzt im Anspruch von Etabliertenvorrechten gegenüber den Neankömmlingen und Zuwanderern drückt sich der Geltungsverlust einer ehemaligen Majorität aus.

Deklassierte Gruppen sind Gruppen, deren soziale Flugbahn (Bourdieu) sich in der Abwärtsbewegung befindet. Ihr Blick richtet sich eher in die Vergangenheit. Aufwärtsmobile

sicherungen im gesellschaftlichen und persönlichen Lebens haben in der Brexit-Kampagne für den Austritt aus der Europäischen Union mit «Take back control» weit mehr als einen plakativen Schlachtruf gefunden. «Take back control» kann als das populäre Signum gesellschaftlicher Auseinandersetzungen in postneoliberalen Zeiten gelten. Die Kontrolle über das eigene Leben, das Viertel, die Kommune oder das Land zurückzugewinnen, dieses Motiv hat die politischen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre in vielen Ländern in höchst unterschiedlichen, ja fundamental gegensätzlichen Formen geprägt. Die AfD führte einen erfolgreichen Bundestagswahlkampf, in dem sie mit der Parole «Uns unser Land zurückholen» gegen die vorgebliche «Überfremdung» und die das «Volk veratenden Eliten» mobilisierte. Ein Jahr zuvor hatte der Berliner Landesverband der Partei DIE LINKE auf das weit verbreitete Gefühl der

Entfremdung von der Entwicklung der eigenen Stadt mit der Frage reagiert «Wem gehört die Stadt?» und dem Versprechen «... und die Stadt gehört dir!». Von den Rechten werden als Gegner «Ausländer und Flüchtlinge», «Islam» und «Volksverräter» ausgemacht, von links werden «Immobilien- und Finanzspekulanten», «Gentrifizierung» und das «Primat ökonomischer Verwertungsinteressen» angegriffen. Die Kontrolle wiedergewonnen werden sollte auf der einen Seite mithilfe eines plebiszitären Autoritarismus, auf der anderen Seite mithilfe demokratischer Ermächtigung. Im Kern geht es um die Auseinandersetzung um autoritäre oder demokratische Auswege aus der Krise der liberal-demokratischen Repräsentation in Zeiten tief greifender, noch unüberschaubarer sozialer Transformationen.

Literatur

Ein Großteil des empirischen Materials, das den Hintergrund dieses Essays bildet, findet sich zusammengestellt in:

Falkner, Thomas/Kahrs, Horst (2018): Deutungsmuster zum Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2018, Arbeitsmaterial der Rosa-Luxemburg-Stiftung 1/2018, Berlin, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/2018-04-13_Falkner-Kahrs_AFD_Literaturbericht_Deutungsmuster.pdf.

Dieser Text versteht sich als «work in progress» und basiert auf vorherigen Texten und deren Literaturverweisen:

Kahrs, Horst (2016): Jenseits der Statistiken sozialer Ungleichheit. Facetten modernisierter Beziehungen zwischen Arbeitswelt, Lebenswelt und Politik, in: Sozialismus 7-8/2016, S. 5–10.

Kahrs, Horst (2017): Neuer Nationalismus – Verteidigungsstrategie in globalen Verteilungskämpfen, in: Sozialismus 4/2017, S. 17–24.

Kahrs, Horst (2018): Politische Suchbewegungen in Zeiten tiefer sozialer Transformation, in: Beck, Martin/Stützle, Ingo (Hrsg.): Die neuen Bonapartisten, Berlin, S. 125–144.

Kahrs, Horst (2018): Die AfD als Konkurrenz für DIE LINKE?, in: Häusler, Alexander (Hrsg.): Völkisch-autoritärer Populismus, Hamburg, S. 61–68.

Andererseits sind Vorträge und Materialien der Gesprächskreise der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu «Parteien und soziale Bewegungen» sowie zu «Klassen und Sozialstruktur» eingeflossen, die auf der Webseite der Stiftung ebenso auffindbar sind wie die angesprochenen Wahlanalysen.

Ebenfalls nicht im Sinne einer wissenschaftlichen Arbeit ausgewiesen sind Einflüsse von Arbeiten von und Debatten mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Hierfür wird ausdrücklich um Nachsicht gebeten.

Wichtige Anregungen bzw. Zitate stammen darüber hinaus von:

Bauer, Thomas K./Rulff, Christian/Tamminga, Michaela (2018): Formale Unterqualifikation in Deutschland – Empirie und wirtschaftswissenschaftliche Perspektive, Gütersloh.

Goodhart, David (2017): Einwanderung als aggressivste Form der Globalisierung. Die Linke in Großbritannien, in: Bröning, Michael/Mohr, Christoph P. (Hrsg.): Flucht, Migration und die Linke in Europa, Bonn, S. 346–361.

Jörke, Dirk/Nachtwey, Oliver (2017): Das Volk gegen die (liberale) Demokratie? Die Krise der Repräsentation und neue politische Herausforderungen, in: dies. (Hrsg.): Das Volk gegen die (liberale) Demokratie. Leviathan, Sonderband 32, Baden-Baden, S. 7–17.

Jörke, Dirk/Selk, Veith (2017): Theorien des Populismus zur Einführung, Hamburg.

Möller, Kolja (2017): Invocatio Populi. Autoritärer und demokratischer Populismus, in: Jörke, Dirk/Nachtwey, Oliver (Hrsg.): Das Volk gegen die (liberale) Demokratie, Leviathan, Sonderband 32, Baden-Baden, S. 257–278.

Möllers, Christoph (2017): Wir, die Bürger(lichen), in: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken; Bd. 818, S. 5–16.

Koppetsch, Cornelia (2017a): Aufstand der Etablierten? Rechtspopulismus und die gefährdete Mitte, in: Soziopolis, 12.4.2017, unter: <https://soziopolis.de/beobachten/kultur/artikel/aufstand-der-etablierten/>.

Koppetsch, Cornelia (2017b): Rechtspopulismus, Etablierte und Außenseiter. Emotionale Dynamiken sozialer Deklassierung, in: Jörke, Dirk/Nachtwey, Oliver (Hrsg.): Das Volk gegen die (liberale) Demokratie, Leviathan, Sonderband 32, Baden-Baden, S. 208–232.

Vehrkamp, Robert/Wratil, Christopher (2017): Die Stunde der Populisten? Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern vor der Bundestagswahl 2017, Gütersloh.

Vester, Michael (2017): Der Kampf um soziale Gerechtigkeit. Zumutungen und Bewälti-

gungsstrategien in der Krise des deutschen Sozialmodells, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen, Duisburg, unter: <https://nrw.rosalux.de/publikation/id/14744/der-kampf-um-soziale-gerechtigkeit/>.

Walter, Franz (2017): Die Weissagung des Michael Young, in: Neues Deutschland, 11.9.2017, S. 10.

Weber-Menges, Sonja (2016): Berufliche Arbeitsteilung und Prekarisierung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Papers, Berlin, unter: www.rosalux.de/publikation/id/9308/berufliche-arbeitsteilung-und-prekarisierung/.

¹ Vgl. hierzu die Analysen der Rosa-Luxemburg-Stiftung zur Wahlenthaltung unter www.rosalux.org.

Mario Candeias

DEN AUFSTIEG DER RADIKALEN RECHTEN BEGREIFEN

WIE HÄNGEN UNTERSCHIEDLICHE ERKLÄRUNGSMUSTER ZUSAMMEN? DIMENSIONEN EINER VERALLGEMEINERTEN KULTUR DER UNSICHERHEIT

Die AfD ist im Bundestag. In Sachsen-Anhalt wurde sie zweitstärkste Partei mit fast 20 Prozent der Stimmen (im Vergleich zur Landtagswahl ein Jahr zuvor ist dies sogar ein Verlust von fünf Prozent). In Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern sieht es ähnlich aus, in Sachsen wurde sie sogar stärkste Kraft, mit 27 Prozent noch vor der CDU. Sachsen-Anhalt ist für uns von der Rosa-Luxemburg-Stiftung jedoch von besonderem Interesse, da wir dort im Jahr 2017 ein handlungsorientiertes Forschungsprojekt begonnen haben.¹

Besonderen Anklang findet die Partei bei Männern: Ein Viertel der Männer im Osten gab ihr ihre Stimme. Natürlich ist die AfD kein Ostphänomen, ebenso wenig wie sie ein reines Männerproblem ist. Immerhin holte die AfD zwei Drittel ihrer Stimmen im Westen, im Ruhrgebiet erreichte sie zweistellige Prozentzahlen, ebenso in Teilen Baden-Württembergs. Bundesweit wählten 16 Prozent der Männer, aber immerhin auch 9 Prozent der Frauen die AfD. Auch im Osten wählten Frauen die AfD, nicht so viele wie bei den Männern (da waren es ein Viertel), aber immerhin 17 Prozent.

Es bedarf also sowohl übergreifender Erklärungen, weshalb die radikale Rechte in der Bundesrepublik und in so vielen anderen Ländern Europas so stark werden konnte. Aber es bedarf jeweils auch spezifischer Einsichten, weshalb bestimmte Gruppen und Klassenfraktionen, Geschlechter oder eben bestimmte Regionen besonders ansprechbar für eine radikale rechte Partei geworden sind.

Alles Rassisten, Hasskappen und Lumpenproletariat? Sicherlich: Es gibt die harten Kerne der Alt- und Jung-Nazis, der nationalkonservativen und völkischen Gruppen, der chauvinistischen, wütenden Professoren und rassistischen Kleinbürger, der depravierten und sozial isolierten Erwerbslosen. Im ersten Forschungsbericht unseres Projekts PSUREG (2018) wird beschrieben, welche Gruppen und Strömungen hinter der Entwicklung der AfD stehen. Dies erklärt aber noch nicht das Phänomen der AfD. Und wenn man Umfragen glauben darf, haben drei Viertel der Wähler_innen der AfD diese nicht aus Überzeugung, sondern aus Protest gewählt, zum Teil auch, obwohl sie das Programm der AfD ablehnen, sofern es überhaupt bekannt war.

Es ist von Interesse, weshalb nationalkonservative Milieus von der CDU/CSU zur AfD wandern oder warum radikale rechte Milieus nun eine politische Repräsentanz mit bürgerlicher Fassade gefunden haben. Von besonderer Relevanz für die Linke ist jedoch herauszufinden, weshalb Wähler_innen des sozialdemokratischen Lagers, aber auch der LINKEN nun für die AfD votieren. Allein bei der Bundestagswahl 2017 gaben 430.000 Wähler_innen, die sich vier Jahre zuvor noch für DIE LINKE entschieden hatten, ihre Stimme der AfD.

Obwohl Parteien wie die AfD oder der Front National und Bewegungen wie Pegida mehrheitlich von Gruppen aus der etablierten Mitte oder dem Kleinbürgertum – überwiegend von Männern – getragen werden, sprechen sie mittlerweile auch einen relevanten Teil der Arbeiter_innen und Erwerbslosen an (un-

abhängig davon, wie sich die Einzelnen bei Nachwahlumfragen selbst einordnen). Didier Eribon (2016) nennt deren Wahlentscheidung für die radikale Rechte einen «Akt politischer Notwehr», um überhaupt noch irgendwie im politischen Diskurs vorzukommen, wenn auch nur als «negative Selbstaffirmation». Dies trifft durchaus auch auf die Bundesrepublik zu. Verkauft von der Sozialdemokratie, enttäuscht

nistische Errungenschaften, Ausdruck eines spezifisch ostdeutschen Rassismus, Folge der «Kolonisierung» des Ostens, der medialen Aufmerksamkeitsökonomie oder des Zusammenwirkens längst vorhandener Einstellungspotenziale. Mal ist die rechtskonservative CDU (in Sachsen) dafür verantwortlich, mal der Mitte-links-Kurs der CDU (im Bund), mal der Neoliberalismus, der von den Sozialdemokraten eingeschlagene «Dritte Weg» oder ein übertriebener Kosmopolitismus. Außerdem firmiert das Phänomen unter verschiedenen Bezeichnungen: Rechtspopulismus, radikale oder extreme Rechte, Faschismus, autoritärer Neoliberalismus, völkischer Nationalismus etc. Dementsprechend

Kommen die verschiedenen Dimensionen einer verallgemeinerten Kultur der Unsicherheit zusammen, kann sich dies in einer manchmal an Panik grenzende Unsicherheit verdichten.

von der Wirkungslosigkeit der mittlerweile «etablierten» LINKEN, wenden sie sich einer machtvollen neuen Erzählung zu: dem Narrativ von der Verteidigung hart arbeitender Menschen, der Nation, der Kultur gegen andere, gegen «den Islam», gegen «die Flüchtlinge», die Globalisierung, die Schwulen und LGBTs, die «moralisierenden 68er» an der Macht etc. Die Verbreitung rechter und rassistischer Einstellungen ist nicht neu und gut erforscht (von Heitmeyer 2010 bis zu Flecker/Hentges 2004, um nur zwei Beispiele zu nennen) – auch weshalb in den 1990er und 2000er Jahren rechtspopulistische Parteien in Westeuropa Erfolge feierten, sich eine solche Partei in der Bundesrepublik aber nicht etablieren konnte (vgl. hierzu auch Candeias 2015). Dies hat sich geändert. Damit erhält das Phänomen sehr viel mehr Aufmerksamkeit, nicht immer trägt dies zur Klärung bei. So reiht sich eine Erklärung entweder folgenlos an die nächste oder wird gegen die anderen diskutiert. Demnach ist der Rechtspopulismus ein Ergebnis der Globalisierung (bzw. ein Phänomen der Globalisierungsverlierer), des rechten Kulturkampfes gegen Vielfalt und Antidiskriminierung, eine Reaktion traditioneller Männlichkeit auf femi-

ordnen sich die als sinnvoll erachteten Gegenstrategien in Politik und Bildung zwischen den beiden Polen «Skandalisieren und Immunisieren» und «Zuhören und Einbinden» an.

Angesichts der Vielzahl an Beschreibungen, Erklärungsansätzen und Handlungsstrategien erscheint es sinnvoll, zunächst einmal inezuhalten und zu klären, über welche Dimensionen und Facetten des Phänomens in jedem einzelnen Fall gesprochen wird. So ist beispielsweise zwischen Bewegungen bzw. Parteien einerseits und Anhänger_innen bzw. Wähler_innen andererseits zu unterscheiden. Außerdem gilt es die Entwicklung im Zusammenhang mit den Konjunkturen und der Krise des neoliberalen Kapitalismus, der jeweiligen gesellschaftlichen Lage sowie den Positionen, Motiven und Begründungszusammenhängen der Subjekte zu analysieren.

Hinzu kommt, dass Umfragen wie die Leipziger «Mitte-Studie» (Decker et al. 2016), die die Rosa-Luxemburg-Stiftung zusammen mit anderen Stiftungen gefördert hat, methodologische Probleme aufwerfen und eigentlich «Einstellungen» ohne Bedeutungsgehalt abbilden. Denn wir wissen nicht, was die Befragten zu einzelnen Items wirklich denken, welche Be-

deutung sie diesem oder jenem beimessen, welche Prioritäten sie setzen und wie sich Widersprüchliches im Alltagsverstand zueinander verhält etc. Vor allem aber erhalten wir aus solchen Erhebungen keine Hinweise, wie von links auf die Entwicklung reagiert werden kann, ohne sich rechten Parolen anzupassen. Aus Umfragen ergeben sich keine Handlungsperspektiven gegen rechts. Zu diesem Zweck bedarf es einer anderen Herangehensweise.

In der polarisierten Debatte, ob für den Rechtspopulismus eher soziale Faktoren ursächlich sind oder ein verbreiteter Rassismus, könnte man mit Stuart Hall (1980: 92) entgegnen: «Das Problem hier ist aber nicht, ob die ökonomischen Strukturen für «rassistische» Spaltungen relevant sind, sondern *wie* beide theoretisch verknüpft werden.» Auch ist nicht fraglich, ob Menschen rassistische Zuschreibungen vornehmen, «sondern welches die spezifischen Bedingungen sind, die dieser Form [rassistischer] Unterscheidung soziale Bedeutung und historische Wirksamkeit verleihen» (ebd.: 129). Das zu begreifende Phänomen ist dabei so heterogen und dynamisch, dass es sich eindeutigen Erklärungen entzieht. Dennoch gilt es, gegen ein «entweder oder» oder ein beliebiges Nebeneinander von Erklärungsansätzen einen spezifischen Zusammenhang zu erforschen. Warum konnte das Phänomen gerade jetzt so bedeutsam werden? Anders ausgedrückt: Zu prüfen wäre die These von einer verallgemeinerten Kultur der Unsicherheit, die unterschiedliche gesellschaftliche Dimensionen aufgreift und diese in einen Zusammenhang mit der Krise des Neoliberalismus stellt.

Kurz: Es geht hier um folgende Fragen: Die radikale Rechte ist ein allgemeines Phänomen in der Bundesrepublik und weiten Teilen Europas. Wie kommt das? Die radikale Rechte ist nichtsdestoweniger ein Phänomen, das in bestimmten Klassenfraktionen und Regionen sowie unter Männern auf besonders große Zustimmung stößt. Was also ist das jeweils

Spezifische? Zur Begründung des Aufstiegs der radikalen Rechten gibt es zahlreiche Erklärungen, fast jede hat ihre Berechtigung, erklärt aber nur einen bestimmten Aspekt. Meist stehen diese Erklärungen neben- oder gegeneinander. Wichtig wäre jedoch herauszufinden, ob es einen spezifischen Zusammenhang gibt, der sich theoretisch begründen lässt. Und politisch stellt sich die Frage: Wie erreichen wir jene gesellschaftlichen (Teil-)Gruppen, die sich von der Linken ab- und der radikalen Rechten zugewandt haben, aber auch jene, die keineswegs rechte Einstellungen vertreten, aber sich von «der Politik» verabschiedet haben? Und wie kann uns ein subjektwissenschaftlicher Forschungsansatz in Verbindung mit einer organisierenden Praxis dabei helfen?

1 Kein Ostphänomen - Konkurrenz und Verunsicherung im Neoliberalismus

Die Wende war nicht nur ein prägendes Ereignis im Osten, sondern auch im Westen. Das Jahr 1989 und mit ihm die deutsch-deutsche (Wieder-)Vereinigung sind Ausdruck eines historischen Bruchs, der seinen Ausgang mit der Krise des Fordismus der Nachkriegszeit 20 Jahre zuvor nahm. Wir erlebten mit der «samtenen Revolution» in der Tschechoslowakei und der DDR nicht nur den Zusammenbruch des SED-Staates und später des gesamten «real existierenden Sozialismus» in Ost- und Mitteleuropa, sondern auch die Abwicklung des westdeutschen und westeuropäischen Fordismus. Der Osten wurde zum Experimentierfeld für neoliberale Flexibilisierungs- und Prekarisierungsstrategien. Die Erfahrungen wurden nach und nach transferiert, der Druck der neuen «innerdeutschen» und europäischen Peripherie veränderte auch die Kräfteverhältnisse im Westen (vgl. hierzu ausführlich Candeias 1999).

Im weiteren Verlauf kam es zur Verallgemeinerung einer Kultur der Unsicherheit (Candeias

2008), die «Agenda 2010» steht emblematisch dafür (entsprechende Workfare-Programme gab es früher oder später in fast allen Ländern Europas und in den USA). Die Angst vor dem Abstieg wirkt auch in die vermeintlich gesicherten Milieus hinein. Denn Prekarisierung und Unsicherheit führen auch bei Teilen der «bedrohten Mitte» und der «vom Abstieg betroffenen Mitte» zu Vereinzelung und zum Rückzug ins Private, zu Anpassung und Zunahme psychischer Erkrankungen.² Die Prekarisierung der Arbeit, so Klaus Dörre (2005: 255), wird zur Produktion «gefügiger Arbeiter» und Bürger genutzt. Verletzte Gerechtigkeitsgefühle und der Appell an die «Tüchtigen und Fleißigen» gehen auf die «Erfahrung oder Befürchtung» von Beschäftigten zurück, dass sie «trotz harter Arbeit und vielfältiger Opfer ihren bisherigen Lebensstandard und sozialen Status nicht halten oder angestrebte Ziele» nicht erreichen können (Flecker/Hentges 2004: 139). Der implizite gesellschaftliche Vertrag – harte Arbeit gegen gesellschaftliche Absicherung und Anerkennung – wurde einseitig aufgelöst. Das führt zu Enttäuschungen und Aggressionen, die gegen Gruppen gerichtet werden, die diesen Zumutungen scheinbar ausweichen können, vermeintlich weniger leisten müssen und trotzdem gut leben: etwa Geflüchtete, Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger_innen.

Diese Begründungsfiguren sind gerade nicht beschränkt auf die sogenannten Modernisierungsverlierer, sondern finden sich auch und vor allem bei jenen, die sich vom Abstieg bedroht fühlen, und bei jenen, die nach ihrer Selbstwahrnehmung Leistungsträger sind und ihre sozioökonomische Position halten oder verbessern konnten, aber nur um den Preis erhöhter Arbeitslast, ausufernder Arbeitszeiten und hoher kraftzehrender Flexibilität.³ Oliver Nachtwey (2016) fand dafür das Bild der Rolltreppe, die nach unten fährt: Man darf nicht stehenbleiben, will man nicht absteigen, und man muss sich ganz schön an-

strengen, will man sogar gegen die Fahrtrichtung ein bisschen nach oben gelangen. Oben ankommen tun die wenigsten. Der Eintritt in die oberen Klassen ist versperrt, die Vermögenden schotten sich ab.

Solche Ängste, Unsicherheiten und Ohnmachtserfahrungen werden von rechts aufgegriffen, indem die Bevölkerung als passives Opfer übermächtiger Gegenspieler angesprochen wird; vergleichbar mit der nostalgischen Anrufung vermeintlich guter alter Zeiten und der Glorifizierung traditioneller Gemeinschaften.

Hier greift die rechtspopulistische doppelte Abgrenzung «des Volkes» (oder der «anständigen und fleißigen Mitte») nach oben gegen die Eliten und nach unten gegen die Ausgestoßenen (vgl. Hentges et al. 2003: 132), artikuliert als «Protest gegen soziale Ungerechtigkeiten» und «gegen den Druck der politischen Korrektheit» (Flecker/Hentges 2004: 146). Dabei handelt es sich um eine konformistische Rebellion, weil sie durchaus im Einklang mit vielen neoliberalen Prinzipien steht (Konsum- und Leistungsorientierung, «Sei deines eigenen Glückes Schmied», Aufstieg durch Bildung, Freiheit durch Individualität etc.).

Es kommt zur dramatischen Zunahme nicht nur von ökonomischer Ungleichheit. Es werden immer stärker Respektabilitätsgrenzen gezogen, vor allem von oben. Die vom Abstieg bedrohte Mitte grenzt sich gegen die weiter unten ab; die etablierte bürgerliche Klasse produziert populäre Bilder (siehe z. B. Sarrazin), die eine autoritäre Erziehung der Erwerbslosen, Migrant_innen und anderer subalternen Gruppen legitimieren sollen. Konservative wie Paul Nolte (2001 u. 2008) scheuten sich schon vor Jahren nicht, die verschärfte Polarisierung von Einkommen, Macht, Bildung und Konsumweisen als Neukonturierung der Klassengesellschaft zu bezeichnen. Angewidert von dem selbstentworfenen Bild der «gefährlichen Klassen» plädierte er sogar für mehr Klassenbewusstsein der bürgerli-

chen Klasse gegenüber den Unterklassen. Teile der «bedrohte Mitte», aber auch dem Prekariat Zugehörige machen sich diese von oben gezogenen Respektabilitätsgrenzen zu Eigen und richten sie gegen sich selbst (Versagens- und Schuldgefühle bis hin zum Selbsthass) und andere (Aufwertung der eigenen Position durch Abwertung anderer). Klassismus, Rassismus und Sexismus sind die gesellschaftlich wirksamsten Formen der Konstruktionen von Ungleichwertigkeit. Jedoch ist dies keineswegs ein Automatismus, nicht notwendige Folge.

Oft geht es um subjektiv erfahrene Ungerechtigkeit, der individuell nicht begegnet werden kann, was Ohnmachtsgefühle verstärkt. Dies bringt Teile der unteren Klassenfraktionen sowie der «bedrohten Mitte» auch immer mehr in Gegnerschaft zur vorhandenen Form der Vergesellschaftung (Laclau 1981: 80 f.). Das heißt nicht, dass die Einzelnen damit gleich rechte Einstellungen annehmen. Vielmehr kommt es auf die Kombination oder Artikulation einzelner (ideologischer) Elemente an (vgl. ebd.). Ein Beispiel: «Nation» kann unterschiedliche Bedeutungen annehmen: Antonio Gramsci analysierte die Nationalstaatsbildung durchaus als geschichtlich progressiv; bei aller Kritik waren auch Marx und Engels für die 1848er Bewegung; nationale Befreiungsbewegungen waren wichtige Akteure im anticolonialen Kampf, mit all ihren Widersprüchen. Befreiung und Emanzipation standen im Vordergrund. Verbindet sich «Nation» mit imperialistischer Expansion, zwangsförmiger Homogenisierung und Vernichtung anderer ethnischer oder nationaler Gruppen, wirkt das Konzept antiemanzipatorisch und herrschaftsförmig.

Grundlage der Verunsicherung ist die Infragestellung eines Bedürfnisses nach Orientierung und Sicherung der Existenz der gesellschaftlichen Individuen. Damit ist eine ganze Reihe

von Konflikten gemeint: um die Teilhabe an der gesellschaftlichen Produktion und damit verbunden ein ausreichendes Einkommen, um gesellschaftliche Positionen durch sozialen Abstieg bzw. mangelnde Aufstiegsmöglichkeiten, um soziale Rechte, um Geschlechteridentitäten (vor allem bei Männern), um kosmopolitische vs. nationale Lebensweisen, um Einwanderung und damit verknüpfte Si-

Der Osten wurde zum Experimentierfeld für neoliberale Flexibilisierungs- und Prekarisierungsstrategien. Die Erfahrungen wurden nach und nach transferiert, der Druck der neuen «innerdeutschen» und europäischen Peripherie veränderte auch die Kräfteverhältnisse im Westen.

cherheitsdiskurse, um die Reproduktion der nächsten Generation etc.

Damit verbunden ist eine Krise traditioneller Ideologieelemente und Werte wie (Industrie-) Arbeit, Familie, Nation, Geschlecht, Naturverhältnisse im Zuge der Durchsetzung einer neuen transnationalen informationstechnologischen Produktions- und Lebensweise (Candeias 2004), ohne dass im neoliberalen Managements dieses Übergangs eine neue Artikulation gesellschaftlicher Formen eine vergleichbare identitäre Sicherheit böte.⁴ Dies allein führt nicht zwangsläufig nach rechts, bietet doch die Verunsicherung überkommener Identitäten und gesellschaftlicher Individualitätsformen (Sève) einen erheblichen Freiheitsgewinn und kann zivilisatorischen «Fortschritt» bedeuten. Allein es fehlt das Aufgreifen der damit verbundenen Verunsicherung durch eine emanzipative Praxis.

Als weiterer Teil einer verallgemeinerten Kultur der Unsicherheit sind neben der Verunsicherung durch Prekarität folgende Dimensionen von besonderer Bedeutung: Verunsicherung durch die Krise der männlichen Subjektivität,

durch die Krise der weiblichen Subjektivität, durch Veränderung und Pluralisierung von Lebensweisen, durch «Bedrohungen von außen» und durch Entdemokratisierung und organisierte Verantwortungslosigkeit.

Verunsicherung durch die Krise der männlichen Subjektivität

Neue männliche Individualitätsform konnten im Neoliberalismus nie verallgemeinert werden (Stichworte: mehr «emotionale Intelligenz», selbstreflexive und konkurrenzfähige Kooperations- und Kommunikationsfähigkeiten, Gleichberechtigung, antisexistische Diskurse). Vielmehr erleben viele Männer eine Art «Verweiblichung» der Anforderungen – angefangen von der Arbeitswelt über den Haushalt und die Kindererziehung bis hin zur Zumutung, weniger Fleisch zu konsumieren, gar sich vegan zu ernähren. Neue Flexibilitätsanforderungen werden in zahlreichen Berufen begleitet von der Erfahrung, mit Frauen konkurrieren zu müssen, während Männern zugleich immer weniger der Status des alleinigen Familienernährers zukommt und sich Geschlechterhierarchien teilweise verkehren. Männlich dominierte Branchen und die mit ihnen verbundenen Formen der Naturausbeutung werden zunehmend infrage gestellt, vom Bergbau bis hin zur Automobilproduktion. Eine spezifische Form männlicher Facharbeit wird durch permanente neue technologische Anforderungen und durch den Druck zur Weiter- und Höherqualifikation entwertet. Daraus ergeben sich vielfältige Erfahrungen des Scheiterns und der Unfähigkeit, mit diesen neuen Anforderungen umzugehen, und eine Sehnsucht nach vermeintlich alten und stabilen Familienmodellen, Rollenverteilungen und Arbeitsformen. In einer solchen Situation kann ein breit verankerter Sexismus wieder stärker zum Tragen kommen und Widerstand gegen veränderte Geschlechterverhältnisse hervorrufen.

Verunsicherung durch die Krise der weiblichen Subjektivität

Emanzipationsversprechen über berufliche Integration stoßen an diverse «gläserne Decken». Allgegenwärtige Flexibilitätsanforderungen erweisen sich häufig als unvereinbar mit dem Familienleben. Selbst bei egalitärer Aufteilung der Reproduktionsarbeit oder bei Delegation an Dritte (häufig illegalisierte Migrantinnen) funktioniert das «neue Familienmodell» (Winker) häufig nicht aufgrund gestiegener Anforderungen in der Arbeitswelt, aber auch an Kindererziehung und Partnerschaft (Konkurrenzdruck in den Bildungsinstitutionen, eigene Anforderungen an «Quality Time» mit Kindern und Partner etc.). Durch das Zerrissensein zwischen den Fremd- und Eigenanforderungen kann eine Sehnsucht nach alten Familienbildern entstehen, inklusive einer Überhöhung von Mütterlichkeit, insbesondere wenn sich Erfahrungen der Überforderung mit konservativen Wertevorstellungen treffen.

Verunsicherung durch Veränderung und Pluralisierung von Lebensweisen

Die alte fordistische Lebensweise gilt nicht mehr als Norm, gleichzeitig beginnen sich alte Milieus und lokale Lebenswelten aufzulösen. Identifikationsangebote wie Nation und nationale Kultur (und wenn es nur über den Fußball oder die Sprache ist) werden unterlaufen durch die Europäische Union, Kosmopolitismus, globale Konkurrenz und Einwanderung. Die Erfahrungswelten des qualifizierten Facharbeiters gelten nicht länger als Maßstab, dieser fühlt sich abgewertet und wird stellenweise «proletarisiert». Seine Lebensweise gilt mittlerweile als überkommen und spießig und wird einem modernen urbanen Lebensstil gegenübergestellt (stark akademisiert, kosmopolitisch, multikulturell und multilingual, mit gendersensibler Sprache, ökologischer Lebensführung, Biokost, veganer Ernährung und Mülltrennung). Dazu gehört die (empfundene und medial vermittelte) Selbstverständ-

lichkeit einer zum Teil offensiv vertretenen Sexualität von LGBTs. Heterosexualität gilt fast schon als «Verklemmtheit», so die subjektive Sicht. Auch wenn andere Lebensweisen und sexuelle Identitäten nur etwas mehr ihre Sichtbarkeit einklagen gegenüber der immer noch dominierenden Heteronormativität, verstärkt dies vor dem Hintergrund der bereits erwähnten Krise männlicher und weiblicher Subjektivität bei einem Teil der Bevölkerung die eigene Verunsicherung und wird umso heftiger bekämpft. Die neuen Anforderungen werden als Druck zu «politischer Korrektheit» empfunden, teilweise auch tatsächlich so erlebt.

Verunsicherung durch «Bedrohungen von außen»

Hier kommt zu Erfahrungen mit dem Niedergang sozialer Infrastrukturen (insbesondere im Bildungssystem, im öffentlichen Nahverkehr, bei der Verwaltung und Polizei, im Bereich öffentlicher Sicherheit) hinzu, dass die Verantwortung hierfür von der neoliberalen Politik auf äußere Eindringlinge und Bedrohungen von außen verschoben wird. Stichworte hierfür sind: «Einwanderung in die Sozialsysteme», «Kanackisierung der Schulen» und «Parallelgesellschaften», sogenannte NAFrls (Nordafrikanische Intensivtäter) oder «islamistischer Terror». Zudem werden in vielen Bereichen Arbeitsplätze abgebaut, was häufig auf europäische Reformen und sogenannte Arbeitnehmerfreizügigkeit, das Agieren ausländischer Konzerne und die Billiglohnkonkurrenz im Ausland zurückgeführt wird. Vielfach trifft dies auf verankerte rassistische Einstellungen. Hinter den auch durch die Medien meist übertrieben dargestellten Bedrohungen stecken vielfach reale Problemlagen, deren Ursachen jedoch «entnannt» werden, auch weil komplexe Zusammenhänge etwa in den Nachrichten oder den neuen Medien auseinandergerissen und in einigen Fällen bizarr (etwa basierend auf verschwörungstheoretischen Mustern) wieder zusammengefügt werden.

Verunsicherung durch Entdemokratisierung und organisierte Verantwortungslosigkeit

Wer entscheidet über die neuen Anforderungen? Welche Lebensweisen und Identitäten werden noch repräsentiert? Wo darf und kann ich noch mitreden (angefangen von der Familie über meine Identität und der Frage, wie ich leben will, bis hin zur Arbeit in transnationalisierten Produktionsketten oder unter der Despotie im Niedriglohnssektor)? Der ökonomische Imperialismus lässt die Frage nach konkreten Verantwortlichkeiten verschwinden. An einen übermächtigen globalisierten Markt kann man keine Ansprüche stellen. Die Politik scheint sich zugunsten der Märkte (selbst) entmachteter zu haben, erscheint nur noch als abgehoben und korrupt. Demokratie erscheint als Schauspiel, ohne reale Mitwirkung und Mitsprache zu ermöglichen. Auch hier stehen hinter den oftmals unglücklich formulierten Problembeschreibungen und Anschuldigungen vielfach reale Erfahrungen. Die Erfahrung der Einflusslosigkeit und Ohnmacht, keine Kontrolle mehr über das eigene Leben und die eigenen Lebensumstände zu haben, kann umschlagen in Rückzug und «adressatenlose Wut» (Detje et al. 2011). Häufig ist diese mit einem «extremen Fatalismus» (Haug 1993: 229) gepaart, nach dem Motto: «Man kann doch sowieso nichts ändern.»

Kommen die verschiedenen Dimensionen zusammen, kann sich dies zu einer «manchmal an Panik grenzenden» Unsicherheit verdichten (Balibar/Wallerstein 1990: 271). Tatsächlich mobilisiert und schürt die radikale Rechte «moralische Paniken», so Alex Demirović (2018: 29) im Anschluss an Stuart Hall. Die Subalternen werden durch diese auch medial verstärkten Paniken «ermutigt, jene vom Denken, vom Begreifen zunehmend abgespaltenen Gefühle in Ressentiments, rassistische Praktiken, Kälte und Entsolidarisierung zu übersetzen – und dafür belohnt mit Aufmerk-

samkeit und Bekümmernis von oben: «Wir haben verstanden, wir nehmen die Sorgen der Menschen ernst» (ebd.: 32).

Diese Dimensionen einer verallgemeinerten Kultur der Unsicherheit sind vielfältig untersucht. Ihre Zusammenhänge, ihre Wirkungen und die Bedeutung, die sie für den Aufstieg der radikalen Rechten haben, müssen im Laufe des erwähnten Forschungsprojekts noch genauer analysiert werden.

2 Bizarrer Alltagsverstand und rechter Populismus

Vielfach handelt es sich beim «bizarr zusammengesetzten Alltagsverstand» (Gramsci) nicht um ein geschlossenes Weltbild, sondern um «protoideologisches Material» (Haug 1993: 52), also um noch nicht ideologische Impulse und Elemente des Fühlens und Denkens. Der Impuls der Unzufriedenheit ist noch nicht selbst ideologisch. Ob er dazu wird, hängt davon ab, wie er sich mit anderen Elementen artikuliert oder artikuliert wird. Die Unzufriedenheit kann in solidarische, horizontale Praxen der Selbstvergesellschaftung von unten gewendet werden oder eben in herrschaftsförmige, hierarchische, abwertende und ausgrenzende Praxen.⁵

Trotz der unterschiedlichen gesellschaftlichen Stellungen der von vielfältigen Verunsicherungen betroffenen Bevölkerungsgruppen weisen sie eine Gemeinsamkeit auf: Sie alle – vom abgehängten Erwerbslosen über den verunsicherten Facharbeiter oder Ingenieur bis zum zornigen Ökonomieprofessor oder an den Rand gedrängten Nationalkonservativen – sind abgeschnitten von den zentralen Positionen im herrschenden Machtblock. Eine Mehrheit der Bevölkerung ist davon überzeugt, dass eine politische Einflussnahme durch die Bürger nicht mehr möglich ist, dass sich das «Establishment» oder die «politische Kaste» (wie es bei Podemos heißt, hier im Kontrast zu radikalen Rechten mit klar emanzipatorischer Absicht) verselbständigt hat.

Darin liegt der Kern des Populismus (*populus* = Volk), der links wie rechts ausgerichtet sein kann. Das Wort Volk kann den Gegensatz zwischen oben und unten, zwischen Herrschern und Beherrschten benennen und eine Vielheit populärer Klassen meinen (die Bedeutung von *pueblo*) oder essentialistisch ein homogenes, gar «reinrassiges» Volk (die Bedeutung von Volksgemeinschaft).⁶

Der Populismus (Laclau 1981) betont also zunächst nur den Widerspruch zwischen Regierten und Regierenden und ist getragen von einem Misstrauen gegenüber der «politischen Klasse». Doch es geht um die konkrete Artikulation und Verbindung der ideologischen Elemente. Denn hinzu kommt häufig ein widersprüchlicher Anti-Intellektualismus und eine Ablehnung kleiner Reformschritte. Häufig wird konservativ eine vermeintlich «gute alte Zeit» heraufbeschworen, während gleichzeitig voluntaristisch ein diffuses Durchgreifen und Aufräumen im Sinne einer Tabula rasa gefordert wird. Eindeutig nach rechts gewendet wird der Populismus in Verbindung mit gruppenbezogenen Abwertungsdiskursen etwa gegen «Sozialschmarotzer», «Asylanten» oder «Schwule». Ein rechter Populismus steht also eher für Klassismus (gegen Klassenfraktionen am unteren Rand der Gesellschaft) anstatt für eine Klassenpolitik; er vertritt einen völkischen, rassistischen oder chauvinistischen Nationalismus anstatt eine Politik der souveränen Selbstbestimmung von Bevölkerungen (z. B. gegen transnationale Kapitalinteressen); er propagiert eine essentialisierende heteronormative Geschlechteridentität mit antifeministischen Haltungen anstatt offene Identitäten und Geschlechtergerechtigkeit. Ein rechter Populismus setzt auf Entlastung, Selbststabilisierung, Selbstfeindschaft (Holzkamp) und eben auf die Verschiebung Letzterer auf andere anstatt auf eine erweiterte gemeinsame Handlungsfähigkeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen aller.

Die radikale Rechte ermöglicht den Einzelnen einen nonkonformistischen Konformismus, bei dem sich die widerständige Haltung rhetorisch zwar gegen die Instanzen der Herrschaft richtet, sie aber zugleich praktisch aufruft zur Abwertung und Ausgrenzung des «Anderen», der Migrant_innen etc.

Es geht also, will man den Rechtspopulismus besser verstehen, nicht so sehr um rechte Einstellungen, sondern darum, wie bestimmte durchaus widersprüchliche protoideologische Impulse, Gefühle, Denkformen, Begehren und Hoffnungen, die auch unverbunden neben- und gegeneinander im Alltagsverstand (eben bizarr zusammengesetzt) existieren können, in ein politisches Projekt eingebaut und «kohärent gearbeitet» werden. Dies ist kein einseitiger Prozess: Das protoideologische Material wird einerseits durch die ideologischen Instanzen, etwa Medien oder Parteien, aber auch die Schule, Betriebe, Vereine oder die Familie, in fortwährenden Diskursen geformt. Andererseits schreiben sich die Einzelnen aktiv im Sinne der Subjektivation in solche politischen Diskurse ein, passen sie ihre jeweiligen Bedingungen an, sodass sie dadurch tatsächlich eine zumindest relative restriktive Handlungsfähigkeit erlangen. Die Frage ist, «wie die einzelnen sich einbauen in die vorhandenen Strukturen (und Diskurse) und dabei sich selber formen» (Haug 1983: 16).⁷ Zu fragen ist natürlich auch, weshalb linke oder solidarische Diskursangebote in Deutschland weniger erfolgreich sind als andernorts, etwa in Spanien oder Griechenland (vgl. Candeias/Völpel 2013).

Nun ist jeder Versuch, die Verfügungsgewalt über die eigenen Lebensbedingungen zu erweitern, mit dem Risiko verbunden, mit den Herrschaftsinstanzen in Konflikt zu geraten. Insofern muss sich jeder individuell immer in einem Widerspruch bewegen, «zwischen der Erweiterung der Lebensmöglichkeiten und der Vorwegnahme des Risikos des Verlusts der

Handlungsfähigkeit durch die Herrschenden» (Holzkamp 1987: 16 f.) – durch Arbeits- und Sozialverwaltungen, Schulbehörden, alltägliche Kontrolle und polizeiliche Überwachung sowie die «kleinen Unteroffiziere» (Marx) des Kapitals, oft auch in Person oftmals nicht gerade üppig entlohnter Abteilungsleiter und Vorarbeiter mit ihren kruden Management- und Gängelmethoden im Niedriglohn- oder im informellen Sektor. Insofern liegt es nahe, sich mit einer beschränkten Handlungsfähigkeit im Rahmen der bestehenden Verhältnisse zufriedenzugeben, «also quasi eine Art von Arrangement mit den jeweils Herrschenden in einer Weise zu treffen, dass man an deren Macht so weit teilhat, oder zumindest deren Bedrohung so weit neutralisiert, dass man in diesem Rahmen noch einen bestimmten Bereich an freiem Raum» hat (ebd.: 17). Eine solche restriktive Handlungsfähigkeit ist zugleich immer wieder durch die Gewalt der gesellschaftlichen Widersprüche bedroht. Die verallgemeinerte Unsicherheit mit ihren dennoch sehr unterschiedlichen Formen und Graden der Betroffenheit wirkt als permanente latente oder manifeste Bedrohung und kann selbst diese restriktive Handlungsfähigkeit zersetzen. Die Auflösung kann anomische Zustände herbeiführen, Rückzug, Verdrängung sowie psychische und physische Krankheiten hervorrufen, aber auch das widersprüchliche Risiko des Verlusts von Handlungsfähigkeit und der subjektiven Notwendigkeit, aktiv und kollektiv die eigenen Handlungs- und Lebensmöglichkeiten zu erweitern, zugunsten der Letzteren verschieben. Wenn die Erfahrung mit solidarischen Praxen fehlt, es keine positiven Erwartungen in

Bezug auf ihr Gelingen gibt, kann dies in eine eigensinnige Dissidenz führen, wie sie von der radikalen Rechten vertreten wird: Sie steht zugleich für eine konservative Bewahrung gegebener gesellschaftlicher Verhältnisse wie auch für eine partielle Infragestellung von rechts. Von kleinen Gruppen abgesehen, dominiert ein extremer Fatalismus, der um seine Machtlosigkeit gegen «die da oben» weiß, die rebellische Geste inszeniert und mit einem «extremen Voluntarismus» (Haug 1993: 229) verbindet, gegen schwächere gesellschaftliche Gruppen, im Wissen darum, dass die Gefahr einer Sanktionierung gering ist. Diese Haltung steht in «Opposition zum herrschenden Block», ist aber nur ««gefährlich», wo nicht an die Grundlagen der Herrschaft gerührt werden soll» (ebd.: 222). Die radikale Rechte ermöglicht den Einzelnen einen nonkonformistischen Konformismus, bei dem sich die widerständige Haltung rhetorisch zwar gegen die Instanzen der Herrschaft richtet, sie aber zugleich praktisch anruft zur Abwertung und Ausgrenzung des «Anderen», der Migrant_innen, der «Arbeitsscheuen», der «versifften 68er», der Feministinnen etc. Dies kann als Stabilisierung restriktiver Handlungsfähigkeit unter verschärften Bedingungen der Unsicherheit erlebt werden. Die Einzelnen brauchen dann weniger «Angst zu haben, mit den staatlichen Sanktionen und ihrem Zwangscharakter Bekanntschaft zu machen» (Deppe 1981: 89).

Der neue Autoritarismus kann als Bemühen gelesen werden, «ein Bündnis von oben her mit Gruppen des Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse herzustellen, ohne dass die bürgerliche Klasse Zugeständnisse machen müsste. Er funktioniert wie eine Art Kurzschluss zwischen Kräften der Bourgeoisie und den Subalternen» (Demirović 2018: 34). Dabei kommt es nicht zu einer Ablehnung, sondern zu einer reaktionären Umarbeitung von Demokratie. Es handelt sich um «eine plebiszitäre Strategie, die entlang rassistischer, na-

tionalistischer, religiöser, sexistischer oder naturausbeuterischer Linien spaltet und mobilisiert, den bizarren Alltagsverstand reproduziert und die Subjekte neurotisiert» (ebd.). Diese Form der Mobilisierung ist mit einer imaginierten Ermächtigung der Subalternen verbunden. Sie operiert angesichts der verbreiteten Ohnmachtserfahrungen mit dem Versprechen, «Kontrolle» und «Sicherheit» gegenüber den vielfältigen inneren und äußeren Bedrohungen zurückzugewinnen. Im Kern handelt es sich dabei um eine Fraktionierung der Klasse der Subalternen und um die Einschreibung einer spezifischen Klassenerfahrung in eine – eben diese Klassenerfahrung wieder «entnennende» – (Volks-)Gemeinschaft. Sind die verschiedenen Elemente einmal in dieser Weise artikuliert und verknüpft, ist es ungleich schwieriger, sie wieder voneinander zu lösen.

3 Von der Repräsentationslücke zu neuen Repräsentationsverhältnissen

Vor dem Hintergrund einer verallgemeinerten und vielfältigen Kultur der Unsicherheit etablierten sich in Europa schon in den 1990er Jahren modernisierte neurechte Parteien als ungehörige Geschwister des Neoliberalismus. In der Bundesrepublik verschwanden solche Parteiprojekte nach kurzer Zeit wieder, nicht jedoch autoritäre und rassistische Einstellungen. Mit dem Erfolg der AfD ist die BRD offenbar in der «europäischen Normalität» angekommen (Opratko 2016). Das Erstarken der AfD ruft eine Veränderung des gesamten politischen und ideologischen Feldes hervor. Sie füllt die seit Langem beobachtete Repräsentationslücke, bildet ein «neues Repräsentationsverhältnis» aus (Demirović 2018: 28). Die «adressatenlose Wut», die Detje et al. (2011) bei ihren Befragungen von Beschäftigten feststellten, hat eine Instanz gefunden, die diese Wut artikuliert, allerdings nicht im Sinne eines einfachen «Ausdrucks», sondern in einer ganz

spezifischen Weise: rechtspopulistisch zunächst und zunehmend radikaler.

Am Anfang der AfD stand der Wunsch nach einer Rückkehr zur D-Mark. Die Parteigründer verbanden ihre Ablehnung der europäischen Gemeinschaftswährung mit der Forderung nach der Wiedereinführung einer Visapflicht für rumänische und bulgarische EU-Bürger_innen zur Begrenzung unkontrollierter Zuwanderung, propagierten die Beibehaltung der Austeritätspolitik in Deutschland und Europa als Klassenprojekt und vertraten ein zutiefst konservatives heteronormatives Familienbild. Man könnte sagen, dass die AfD auf die allgemeinen Verunsicherungen, die mit der Krise noch größer geworden waren, zunächst mit Nationalismus und strukturellem Rassismus reagierte. Der Versuch, Selbststabilisierung zu erreichen, mündete in der Suche nach dem, was Benedict Anderson «imagined communities» genannt hat: Gemeinschaften ohne Klassen oder andere gesellschaftliche Gegensätze. Ethnische oder nationale Konstruktionen wie Volk, Vaterland oder christliches Abendland eignen sich als ideologische Gedankenformen, mit deren Hilfe Konkurrenz- und Unsicherheitserfahrungen subjektiv bewältigt werden können: gegen den neoliberalen Kosmopolitismus.

In diesem Fall müsste man wohl Andersons Begriff variieren: Die Sehnsucht nach einem überschaubaren und beeinflussbaren Währungs- und Wirtschaftsraum beschwört das Bild einer «imagined economy» herauf, von weitgehend souveränen Volkswirtschaften, die es so längst nicht mehr gibt. Jahrzehntlang hat sich die kritische Wissenschaft bemüht zu begreifen, wie sich eine transnationale Bourgeoisie und ein Ensemble transnationaler staatlicher Apparate und Abkommen entwickeln, um intensive transnationale Produktions- und Distributionsnetze zu flankieren. In diesem Prozess werden örtliche, regionale, nationale, supranationale und internationale Ebenen in einem Geflecht transna-

tionaler Herrschaftsräume verwoben (Haug 2013; Candeias 2004; Altwater/Mahnkopf 1996). Dies hat keineswegs zur beschworenen Überwindung der Nationalstaaten oder zu Entnationalisierung geführt (Habermas 1998; Beck 1998). Vielmehr spielen «nationale Wettbewerbsstaaten» (Hirsch 1995) eine entscheidende Rolle im Prozess der Transnationalisierung. Sie selbst sind dabei «Verdichtung und Materialisierung» inter- und transnationaler Kräfteverhältnisse (Poulantzas 2001: 55).

Die Eurokritik allein hätte den Aufstieg der AfD ohnehin kaum konsolidieren können. Zu deutlich wäre der Klassencharakter der Partei der wütenden marktradikalen Professoren zutage getreten, die eher mit Arroganz und Verachtung den Subalternen gegenübertraten. Dazu passte, dass die AfD des Weiteren auf eine strikte Austeritätspolitik setzte: zusätzliche Kürzungen bei Sozialleistungen, eine Verschärfung der Hartz-IV-Regelungen und eine Einschränkung demokratischer Rechte («Wahlrecht nur für Nettosteuerzahler»; vgl. hierzu Wiegel 2014: 86). Der Spitzensteuersatz sollte auf 25 Prozent gesenkt werden. Hinter den Forderungen nach einer Auflösung der Eurozone standen vor allem die Verbände der klein- und mittelständischen Familienunternehmen (vgl. Heine/Sablowski 2013). Die populären Klassen der Unzufriedenen ließen sich damit nur bedingt mobilisieren.

Erst das strategische Aufgreifen und Verstärken von antifeministischen, antimuslimischen, homophoben, antiliberalen und gegen Minderheiten gerichteten – und auch explizit rassistischen – Positionen ermöglichten es der AfD, entgegen ihrer Klassenzusammensetzung auch Missstimmung «von unten» in populäre Zustimmung zu verwandeln (vgl. Hall 1982: 114): gegen «die da oben» und «die weiter unten». In ihrem Kulturkampf brach die Partei mit vermeintlichen Tabus der Political Correctness, sprach aus, was man angeblich nicht laut sagen durfte (aber als verbreitete Volksmeinung behauptet wurde) – eine Tak-

tik, wie sie bereits von Thilo Sarrazin erfolgreich angewandt worden war. Die Forderung lautete: «Die Schere zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung muss sich wieder schließen» (AfD 2014: 7). Nicht zuletzt mit den Polemiken gegen die «Einwanderung in unsere Sozialsysteme» gelang das Aufgreifen und eine «Ethnisierung der sozialen Frage» (Wiegand 2014: 83). Die AfD behauptet, die «prekäre Wohlstandsinsel Deutschland» vor illegitimen fremden Ansprüchen schützen zu wollen: vor Sinti und Roma aus Rumänien und Bulgari-

Vor diesem Hintergrund mindestens ebenso gefährlich ist die Normalisierung radikal rechter Positionen im politischen Diskurs, insbesondere bei der CDU/CSU.

en, vor «überhöhten Ansprüchen» der Sozialempfänger_innen, vor Rettungsaktionen für die Krisenländer in Südeuropa, vor den Eurokraten und den globalisierten Bankkonzernen. Sie verspricht auch, gegen die Bedrohung von Identitäten durch «Überfremdung» durch Einwanderung oder «Umerziehung» durch die Post-68er vorgehen zu wollen. Was zunächst als spezifischer Elitendiskurs begann, wurde zu einer populären Stimmung, die dann später zum Beispiel von Pegida aufgegriffen wurde (vgl. ausführlich zur Entwicklung der AfD PSUREG 2018).

Hier zeigen sich bereits deutlich gesellschaftliche Faschisierungstendenzen. Umso mehr es gelingt, innerhalb der AfD eine Art «völkisch-sozialen Flügel» aufzubauen, auch betrieblich, umso stärker könnte sich die radikalisierte Rechte mit ihrer «ausschließenden Solidarität» in Teilen der Arbeiterklasse verankern – zumindest solange es ihren Anhängern egal ist, dass die Partei zugleich soziale Verbesserungen für Deutsche als auch neoliberal-

le Reformen auf ihre Kosten predigt. Das Spiel mit der Uneindeutigkeit und der Relativierung von Wahrheit ist (noch) Teil ihrer Stärke. Das rechtspopulistische Momentum erwies sich als geeignet, die anderen Elemente rechter Ideologien neu zu artikulieren und zu radikalisieren.

Vor diesem Hintergrund mindestens ebenso gefährlich ist die Normalisierung radikal rechter Positionen im politischen Diskurs, insbesondere bei der CDU/CSU, in den Feuilletons, in den Talkshows des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und darüber hinaus. Die AfD wirkt dabei wie ein Türöffner, sie sagt das (vermeintlich) Unsagbare. Es folgen meist nicht ernst gemeinte Entschuldigungen und daraufhin weitere vermeintliche Tabubrüche. In der Öffentlichkeit, die anfangs mit moralischer Empörung darauf reagierte, fand rasch eine Gewöhnung statt. Während es weiterhin immer noch unaufgeregten und guten Qualitätsjournalismus gibt, ebnete das Gros der im neoliberalen Meinungskorridor beheimateten Medienmacher_innen den Rechten den Weg. Dies geschieht durch die Wiedergabe einer rechts grundierten Volksmeinung oder durch eine aufgeregte Daueraufmerksamkeitsschleife zugunsten der AfD, mit der zugleich andere zentrale gesellschaftliche und soziale Fragen und Bewegungen (auch Gegenbewegungen zu Pegida und AfD) marginalisiert werden.

Dabei zeichnet sich die AfD-Taktik – nicht durchgängig, aber mit System – durch eine offene Gegnerschaft zum Parlamentarismus aus, zumindest durch eine Anti-Parteien- und Anti-Parlaments-Orientierung, die die demokratischen Verfahren verunglimpft, umgeht und das Parlament nur als Bühne nutzt. Natürlich hat die Entdemokratisierung durch eine Aushebelung demokratischer Verfahren schon mit den Neoliberalen eingesetzt und wurde bzw. wird weiterhin von Leuten wie Berlusconi, Orban oder Trump offensiv betrieben. Hier arbeitet die radikale Rechte mit ihrem allenfalls taktischen Verhältnis zum

Parlamentarismus einem neuen Autoritarismus von oben zu. Dazu kommt der Versuch einer politischen Kontrolle der Judikative (beispielsweise in Polen und Ungarn sowie in den USA und in der Türkei), die Einschränkung der Pressefreiheit, die Relativierung von «Wahrheit» und der Einsatz von Fake-News und Verschwörungstheorien, häufig verbunden mit einem groben Geschichtsrevisionismus. Minderheiten-, Frauen- und Gewerkschaftsrechte sowie die Wissenschaftsfreiheit werden in mehr und mehr Ländern grundlegend missachtet. Eine gewaltförmige Sprache und affirmativ-relativierende Positionen gegenüber physischer Gewalt von rechts führen zu einer weiteren Brutalisierung des Alltags, worauf wiederum mit Sicherheitsdiskursen und Forderungen reagiert wird, die repressiven Apparate weiter aufzurüsten. Die Erweiterung des Raums des Sagbaren («Man wird es ja mal sagen dürfen») erweitert auch den Raum des Handelns: von Hassäußerungen bis hin zu Gewalttaten. Kurzum: Wir können vielfältige Tendenzen der Faschisierung erkennen, die eine demokratische und solidarische Lebensweise infrage stellen. Eine zentrale Rolle spielen dabei die Konstruktion und Bekämpfung des «Anderen».

4 Rassismus von unten als restriktive Handlungsfähigkeit und reaktionäre Selbstermächtigung

Die wesentliche gesellschaftliche Wirkung des Rassismus ist die Verschiebung des vertikalen Klassenkonflikts hin zu einem horizontalen Konflikt innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen.⁸ Von oben, von herrschaftlicher Seite eingesetzt, dient der Rassismus zur Spaltung der Arbeiterklasse. Die immer schon enorme Heterogenität der lohnarbeitenden Klasse kann zwar auch in solidarischer und horizontaler Vielheit fruchtbar verbunden werden. Diese Heterogenität bietet aber auch die Grundlage für gezielte Spaltungsprozesse von

herrschender Seite durch Fraktionierung und Einbindung von Teilen der Arbeiterklasse in hegemoniale Projekte.

Diese weiter oben bereits geschilderte Praxis trifft auf im Alltagsverstand vorhandene chauvinistische, rassistische, sexistische und klassistische Überzeugungen und Haltungen, aber auch auf berufsständische Abgrenzungen, von Konsum- und Lebensstilen etc. Ein verbreitetes Muster ist, die drohende oder bereits erfolgte eigene Abwertung durch Abwertung anderer zu kompensieren, denn das Gefühl der eigenen Würde und der gesellschaftlichen Stellung ist ein relationales. Man vergleicht sich mit der Position anderer. Weise ich anderen eine Stellung weiter unten in der gesellschaftlichen Hierarchie zu, bin ich selbst nicht ganz unten, eventuell sogar Teil der Mitte, gehöre dazu, zumindest als Angehöriger einer Nation, in diesem Fall einer erfolgreichen Export- und Fußballnation. Chauvinismus, Rassismus und Nationalismus gehen Hand in Hand.

Rassismus ist strukturell in Gesellschaften eingelassen, in denen die kapitalistische Produktionsweise dominiert. Er ist immer vorhanden. Es geht nicht um die Klasse, die zunächst vorhanden ist und dann durch den Rassismus (oder Geschlechterverhältnisse) gespalten wird. Es gibt nicht das dominierende gesellschaftliche Verhältnis, das den anderen vorausgeht. Rassistische Verhältnisse und ethnische Spaltungen, Geschlechterverhältnisse, generationelle Zusammensetzungen etc. gehen immer schon in die konkrete Konstitution der Klasse (oder sogar in die konkrete Ausprägung der Produktionsweise) ein. Entscheidend ist die konkrete Artikulation, das «Verhältnis der Verhältnisse» (Lipietz)⁹ und ihre spezifische Verdichtung in geschichtlichen Projekten – die Frage: Warum gerade jetzt?

Während der Rassismus so im Bewusstsein zwar stets vorhanden ist, blieb er doch in einer untergeordneten Rolle, kam hier und da zum Ausbruch, aber nicht systematisch – und doch «ist er bereits der innere Überschuss des

Nationalismus [...] Er entwickelt eine regressive Vorstellung von einem Nationalstaat, in dem die Menschen von Natur aus «zu Hause» sind, weil sie «unter sich» sind (unter ihresgleichen)», eine gegen «die «äußeren Feinde» vereinte Gemeinschaft», in der unablässig «der Feind «im Inneren»» gesucht wird, dem die Zeichen oder Merkmale zugeschrieben werden, «die nur das wahnhaftige Produkt» der gesellschaftlich erzeugten Spaltungen sind. Die Bedeutungszunahme des Rassismus ist damit auch «Symptom eines Mangels im Bereich des Klassenkampfes» (Balibar/Wallerstein 1990: 259). Im Moment der Verallgemeinerung einer Kultur der Unsicherheit und einer Krise des alten hegemonialen Projekts (des Neoliberalismus) verändert sich die Artikulation der Verhältnisse: Was vorher randständig oder weniger bedeutend war, kann nun eine andere Position in der ideologischen Struktur erhalten, gar zu einem Verdichtungspunkt eines neuen bzw. alten Projekts werden.

Von herrschender Seite wurden immer schon Teile der Subalternen aus der Klasse herausgebrochen und in ein hegemoniales Projekt integriert. Auf diese Weise wird der «Klassenkampf intern auf[ge]spalten» (Hall 1994: 131). Dies ist kein Bewusstseinsphänomen, sondern mit der Realisierung realer Interessen verbunden. Im Fordismus resultierte dies angesichts der Kräfteverhältnisse und einer erstarkenden Arbeiterbewegung in einem Klassenkompromiss mit breiter Basis, der auch ein Außen produzierte sowie patriarchal und paternalistisch geprägt war. Im Neoliberalismus wurde die Basis der Klassenkompromisse immer schmäler, begrenzte sich mehr und mehr auf sogenannte Kernbelegschaften und aufsteigende Hightech-Spezialisten. Der Export- und Standortnationalismus, erkaufte mit Austerität und Lohnzurückhaltung, sichert aber immer noch für Teile der Klasse eine gewisse, wenn auch umkämpfte Teilhabe. Diese Art des Klassenkompromisses ist verbunden mit hohen Kosten wie erzwungener Unterordnung,

verschärften Flexibilitäts- und Leistungsanforderungen etc. Dieser Klassenkompromiss mit seinen immer geringeren Zugeständnissen mobilisiert zugleich ungeheure «Ängste, im universellen Kampf aller gegen alle nicht mithalten» zu können (Haug 1993: 228).

Evidenz erhält dies durch immer neue Belastungen, etwa steigende Sozialversicherungsbeiträge und Steuern bei sinkenden Leistungen des Staates, was mit der Wiedervereinigung, der steigenden Arbeitslosigkeit, mit der Europäischen Union und nun mit der Ankunft Hunderttausender Geflüchteter in Verbindung gebracht wird. Die «Mittelschichten» als die hart Arbeitenden und «Leistungsträger» der Gesellschaft, so die Wahrnehmung, werden immer mehr belastet. Auch wenn die wahre Belastung durch die dramatische Umverteilung von unten nach oben entsteht, so ist diese weniger sichtbar und schwer zu artikulieren, müsste man sich doch gegen jene wenden, die «mir und meinesgleichen» (meiner Klassenfraktion) die Teilhabe am Klassenkompromiss gewährt haben, wenn auch in untergeordneter Position. Evidenz erhält dies auch durch die verschärfte Konkurrenz um geringqualifizierte Jobs, bezahlbaren Wohnraum, den Zugang zu öffentlichen Räumen, Dienstleistungen und Infrastrukturen (Kits, Schulen). Auch wenn die Ursache in der permanenten neoliberalen Restrukturierung liegt, so wird nun erwartet, dass durch die Ankunft der Geflüchteten noch weniger für die eigene Gruppe übrigbleibt.

Alle diese Anforderungen und Zumutungen sollen auch – und zwar verschärft – für andere gelten. Das geht bis hin zur Forderung nach einer Aberkennung individueller und sozialer Bürgerrechte. Umso stärker der Druck, desto heftiger die Aufkündigung der Solidarität gegenüber den Gruppen außerhalb des Klassenkompromisses. Ein Teil der von Ausschluss Bedrohten oder der real Ausgeschlossenen will mit Vehemenz dazugehören, kämpft um gesellschaftliche Anerkennung, übernimmt

dafür die Abgrenzung und Abwertung gegenüber der eigenen Gruppe, um sich abzusetzen. Das herrschende deutsche Exportregime geht außerdem einher mit dem Export von Unsicherheit in Form von Austerität, verschärfter Konkurrenz, erzwungener Schwächung von Sozial- und Arbeitsrechten sowie ungerechten Handelsverträgen, die zum Teil ganze lokale Ökonomien in ärmeren «Partnerländern» zerstören, es beinhaltet Waffenexporte und Kriegseinsätze, die ganze Regionen destabilisieren und Flucht und Migration nach sich ziehen, bis hin zum Terrorismus als schlimmste Reaktion. Dieser Export von Unsicherheit gehört zum erfolgreichen deutschen Wirtschaftsmodell, ist Teil des Kompromisses, den die Einzelnen nicht beeinflussen können, weswegen sie eine

Verantwortung dafür auch von sich weisen – manchmal umso heftiger, je stärker diese eingefordert wird. Die Ursache wird bei den Anderen, in der Unfähigkeit und Unmoral bestimmter Menschentypen, «Rassen» oder Religionen gesucht. So kommt zur Abgrenzung nach innen die Abgrenzung nach außen hinzu. «Der ideologische Klassenkampf ist gerade dort am wirkungsvollsten, wo er die internen Widersprüche der Klassenerfahrung mit dem Rassismus artikuliert und so die beherrschten Klassen für das Kapital nutzbar macht» (Hall 1994: 133).

Wenn es zutrifft, dass «die rassistische Ideologie im Wesentlichen eine Ideologie der Zwischenklassen ist», nicht nur im Sinne relativ ab- oder aufsteigender Klassensegmente, sondern in Verbindung mit «einer aktiven Negation der Klassensolidarität» (Balibar/Wallerstein 1990: 263), dann werden auch die radikale Rechte

und die AfD im Speziellen als übergreifendes Klassenbündnis verständlich: bestehend aus absteigenden Teilen der Lohnabhängigen, aus vom Abstieg bedrohten Teilen der ins Kleinbürgertum gewechselten Facharbeiter, die ihr Eigenheim und erreichtes Konsumniveau verteidigen, aus aufstiegsorientierten Leistungsindividualisten, aus durch die Globalisierung unter Druck geratenen mittelständischen Unternehmerfamilien und auch aus jenen bürger-

lichen Intellektuellen, die eine Marginalisierung ihrer Positionen erfahren haben und unter fehlender Anerkennung leiden. Bei den absteigenden Klassenfraktionen kann sogar von einem Übergang von der Verunsicherung hin zu einer manifesten bzw. drohenden sozialen Deklassierung (vgl. Kahrs in diesem Heft) gesprochen werden, während

die aufsteigenden Gruppen um ihre Position in der umkämpften Neuzusammensetzung des Machtblocks ringen.

Die Mischung aus verschärften Anforderungen und Zumutungen, eigenen Abwertungserfahrungen, Unsicherheiten, Versuchen der Selbststabilisierung über imaginäre Gemeinschaften und rassistische und andere Formen der Abwertung anderer ergibt eine radikal rechte Artikulation zunächst unabhängiger Phänomene. In der Kategorie der Migration fällt «das rassistische Stigma mit dem Klassenhass» gegenüber denjenigen Gruppen zusammen, die in der gesellschaftlichen Hierarchie weiter unten angesiedelt sind (Balibar/Wallerstein 1990: 249). «In dem Maße, wie sie ihre Ängste und Ressentiments, ihre Verzweiflung und ihren Trotz auf die Fremden projizieren, bekämpfen sie nicht nur die Konkurrenz, wie es heißt, sondern versuchen sie,

Die Mischung aus verschärften Anforderungen, Zumutungen, eigenen Abwertungserfahrungen sowie Versuchen der Selbststabilisierung über rassistische und andere Formen der Abwertung anderer ergibt eine radikal rechte Artikulation zunächst unabhängiger Phänomene.

sich von ihrem eigenen Ausgebeutetsein zu distanzieren. Sie hassen sich selbst als Proletarier oder als Menschen, die in die Mühle der Proletarisierung zu geraten drohen» (ebd.: 258). So ergibt sich eine ständige Wechselwirkung und Verschränkung von «Klassen-Rassismus» und «ethnischem Rassismus» (ebd.) gegen weiter unten und außen. Die Anrufung des Rassismus (oder auch des Antisemitismus bzw. der Judenfeindschaft) wirkt «mit einem Schlag, wie wenn man einen Magneten auf zerstreute Eisenfeilspäne richtet», der das ganze politische Feld «umordnen kann». Es ist nun möglich, einen «Populismus von rechts zu organisieren, d. h. eine Volkskonstitution herrschaftlichen Typs vorzunehmen» (Haug 1993: 222).

Vor diesem Hintergrund wird die Bedeutungszunahme und neue Zentralität des Rassismus und Chauvinismus im Alltagsverstand verständlich als kohärent arbeiten und einbauen in neue ideologische Angebote aus der autoritären Mitte und von radikal rechts. Hier erfolgt der aktiv produzierte Übergang von einem latenten und manifesten Alltagsrassismus in ein politisches Projekt, das eine offen rassistische Lebensweise legitimiert (in der solches Verhalten nicht mehr wirklich sanktioniert wird). In diesem Übergang erleben wir das «In-Erscheinung-Treten, das Aktiv-Werden» (ebd.) von Zwischenschichten und -klassen, die noch nicht oder kaum mehr sichtbar waren. Auch wenn sie dabei von den herrschenden Klassen kaum etwas zu erwarten und für ihre eigene Lebenssituation kaum etwas zu gewinnen haben, soll (auch im Wissen, das die Migrant_innen keineswegs in großer Zahl abgeschoben werden können) zumindest gesichert werden, dass die Konkurrenz durch Unterschichtung des Arbeitsmarktes abgemildert wird, indem Geflüchtete und Neuankömmlinge ihrer Sozial- und Arbeitsrechte weitestgehend beraubt werden.

Dies ist mehr als eine «Verführung» durch rechte Rattenfänger, vielmehr handelt es sich

um eine aktive Subjektivation, um das Einschreiben in ein rassistisch-nationalistisches Projekt, das eine beschränkte restriktive Handlungsfähigkeit und reaktionäre Selbstermächtigung ermöglicht. «Rasse» wird dann zu einer «Modalität, in der Klasse <gelebt> wird, das Medium, in dem Klassenverhältnisse erfahren werden, die Form, in der sie angeeignet und <durchgekämpft> werden. Dies hat Konsequenzen für die Klasse insgesamt, nicht nur für ihr <rassistisch definiertes> Segment – Konsequenzen im Sinne einer inneren Fraktionierung und Spaltung der Arbeiterklasse» (Hall 1994: 133). Die Subjektivation in eine autoritär-populistische Folgebereitschaft «erweitert die Spielräume bestimmter Fraktionen des Machtblocks und schränkt zugleich den Bewegungsspielraum der populär-demokratischen Kräfte ein, die sich nicht (mehr) wie selbstverständlich auf die emanzipatorischen und solidarischen Tendenzen bei den Subalternen beziehen können» (Demirović 2018: 41).

5 Ein Ostphänomen - industrieller Abriss und Entwertung von Lebenswegen

Auch wenn es sich um einen allgemeinen Prozess handelt, hat er regionale Besonderheiten. Eingangs haben wir bereits die auffällig hohen Wahlergebnisse der AfD im Osten erwähnt. Insofern gibt es auch eine Ostspezifik, die es zu beleuchten gilt, etwa mit biografischen Interviews, in denen die Einzelnen schildern, wie ihr Lebensweg aussah, was prägende Erfahrungen und Beweggründe waren, sich dann auch politisch in der einen oder anderen Weise zu artikulieren.

«Es fehlen Erinnerungsmuster, die Lebenslagen gerechter werden, als das bisher der Fall ist. Welche psychischen und physischen Zerreißproben der industrielle Abriss für die Ostdeutschen bedeutet, ist kaum ausgeleuchtet» (Rohnstock 2017).

Wer nach der Deindustrialisierung der ehemaligen DDR noch Arbeit fand, tat dies unterhalb

ihrer oder seiner Qualifikation, oft befristet und prekär, schlecht entlohnt. Wer nach diversen Maßnahmen der Arbeitsämter und später Jobcenter wieder arbeitslos wurde oder es blieb, «musste einsehen, abgehängt zu sein» (ebd.) bzw. in einer Art Schleife «sekundärer Integration» (Land 2005) gefangen zu sein, also in Erwerbsverläufen, bei denen die Menschen zwischen Leistungsbezug, Maßnahmen der Jobcenter und kurzfristiger Beschäftigung hin und her pendeln. Zur beruflichen Dequalifizierung trat eine Entwertung des Wissens und der Erfahrung hinzu, oftmals ganzer Lebenswege. «Die Vita eines Menschen will gewürdigt sein» (Rohnstock 2017). Genau dies wird im Osten oft nicht so empfunden. «Das Gefühl nicht anerkannter Lebensleistungen» und Lebenswege (Fischer/Hoff 2017) in der DDR, aber auch und gerade in den schwierigen Zeiten der Wende war bzw. ist weit verbreitet.

Dies sind keineswegs nur individuelle Erfahrungen entwerteter Lebensbiografien und -perspektiven, sondern kollektive Erfahrungen, insbesondere in ehemaligen Industrieregionen oder ländlichen Gebieten, in denen die identitätsbildenden ökonomischen und sozialen Kerne des Lebens verloren gingen, sei es der VEB, die Grube oder die LPG. Selbst dort, wo der ökonomische Umbruch weniger dramatisch verlief, erlebten die Menschen diesen vielfach als eine Art Kolonialisierung aus dem Westen, da mit ihm der Austausch von Führungspersonen in Betrieben, Verwaltung, Universitäten verbunden war ebenso wie die Anpassung von Regeln, Konventionen und Lebensweisen. Angesichts dieser Erfahrungen kommt es nicht selten zu einer Idealisierung der Vergangenheit, aber auch dazu, dass sich die Menschen für ihre Herkunft und Geschichte schämen.

Gebrochene Identitäten können mithin «besonders anfällig für Propaganda» sein, die Menschen finden darin ein Ventil für ihre Enttäuschung und ihre Wut. Und wer sich derart in seiner Identität erschüttert sah, «konnte nur

mit Mühe den eigenen Kindern ein Halt sein» (Rohnstock 2017). Wie viele Beziehungen zerbrachen, weil sie den Belastungen nicht gewachsen waren? Die erzwungene Mobilität, um im Westen einen Arbeitsplatz zu finden, tat ihr Übriges. Über zwei Millionen Menschen zogen seit der Wende 1990 aus den ostdeutschen in die westdeutschen Bundesländer oder ins Ausland – ganz überwiegend (junge) Frauen. Für die Zurückgebliebenen bedeutete dies oft auch einen Verlust an Zusammenhalt, an Freundschaften und Beziehungen. Mit besonderer Härte traf dies Männer mit geringer beruflicher Qualifikation und mit geringem «kulturellem Kapital» in strukturschwachen Regionen.

Interregionale, internationale oder interkontinentale Mobilität war immer schon «eines der spezifischen Merkmale proletarischer Existenz» (Wallerstein/Balibar 1990: 249). Hier gibt es durchaus reale Anknüpfungspunkte im Alltagsverstand der Einzelnen – bis hin zur (negativen) Erfahrung des Zurückbleibens. Wenn große Teile der aktiven (und weiblichen) Bevölkerungen aus ländlichen Regionen (nicht nur) Ostdeutschlands abwandern, ist auch das eine Migrationserfahrung (oft mit ähnlichen Erfahrungen der Fremdheit und Andersartigkeit), die Verständnis für die Ursachen des Fortgehens ahnen lässt. Deutschland war schon immer ein Aus- und ein «Einwanderungsschland» (so der Titel von Heft 1/2017 der Zeitschrift *LuXemburg*), ein Land mit berühmten Flüchtlingen: von Karl Marx über Walter Benjamin bis Bertolt Brecht. Dazu gehören «Heimatverlust, verloren gegangene Sehnsuchtsorte, Fremdheitsgefühle und Abwertungserfahrungen», so Naika Foroutan (2018). Sie wundert sich, dass über diese ja auch spezifisch ostdeutsche Erfahrung «jetzt nicht gesprochen wird», und beklagt verschiedene Formen der Diskriminierung: «Jammer-Ossis», heißt es, es wird ihnen vorgeworfen, nie richtig im neuen Deutschland angekommen zu sein, nie wirklich gelernt zu

haben, effizient und produktiv zu arbeiten, sich in der sozialen Hängematte auszurufen und von Sozialleistungen oder dem Sollen zu leben, nicht «demokratiekompatibel» zu sein (ebd.). Insbesondere die «Annahme, Ostdeutschland sei insgesamt rassistisch, macht etwas mit den Ostdeutschen, die sich nicht zu diesem Rassismus bekennen. Auch die fangen an, plötzlich eine verteidigende Identität einzunehmen. Das haben wir (umgekehrt) bei ganz vielen Muslimen gesehen», warnt Foroutan.

Franz et al. (2018: 136) vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung schlussfolgern aus ihrer quantitativen Wählerbefragung: «Generell schneidet die AfD in weniger verdichteten Regionen mit ungünstiger demografischer Entwicklung vergleichsweise gut ab – ein Phänomen, das in ostdeutschen Wahlkreisen häufiger auftritt als in westdeutschen. Diese Beobachtung lässt die Vermutung zu, dass die demografische Entwicklung in den weni-

wählt wird als im Westen, zum anderen ließe sich aber auch fragen, warum sie in der wohlhabendsten ostdeutschen Region, Sachsen, am stärksten abschnitt. Die gleiche Frage stellt sich für den Westen der Republik, wo die AfD in Baden-Württemberg und Bayern die besten Ergebnisse erzielt. Zoomt man näher heran, werden Differenzierungen deutlich, die oftmals in der Unterscheidung von Stadt-Land bzw. wachsenden und schrumpfenden Regionen oder als Teilung in Zentrum und Peripherie gefasst werden, wobei letztere wiederum auch auf «wachsende» Städte selbst angewandt werden kann.»

Die geschilderten Probleme treffen also insbesondere Räume, die zunehmend infolge der verstärkten «Ungleichwertigkeit» der Lebensverhältnisse im Land peripherisiert wurden. Horst Kahrs (2018: 7) fasst es wie folgt zusammen: «Abwanderung meist der Qualifizierteren wegen fehlender Aussichten auf Arbeit und Einkommen, sinkende Geburtenraten und abnehmende Bevölkerungszahl, oftmals lange Pendelzeiten zu weit entfernten Arbeitsplätzen in ohnehin dünn besiedelten Regionen. In der Folge werden Gebietsreformen durchgeführt, Schulen, Krankenhäuser, Ämter und Polizeistation-

Was die Anfälligkeit des Ostens für radikale rechte Einstellungen angeht, existieren viele Stereotype und geschichtlich verbrämte Zuschreibungen. Hier bedarf es jedoch eines genaueren Blicks und einer Berücksichtigung konkreter Erfahrungswelten.

ger verdichteten Räumen auch ein Gefühl der Perspektivlosigkeit mit sich bringt, wodurch Vertrauen in etablierte Parteien zu erodieren droht.» «Die Stimmenanteile der AfD nehmen zudem in Wahlkreisen zu, in denen das Haushaltseinkommen unterhalb des Bundesdurchschnitts liegt» (ebd.: 144). Natürlich gibt es keinen direkten Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Lage und rechter politischer Orientierung. Falkner und Kahrs (2018: 24) nähern sich daher vorsichtiger: «Bezogen auf Ostdeutschland stellt sich zum einen die Frage, warum die AfD im Osten häufiger ge-

nen geschlossen, Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge, aber auch Einkaufsmöglichkeiten schlechter erreichbar und öffentliche Orte der Kommunikation verschwinden. In «überalterten» Regionen verbreitet sich die Auffassung, vom Gemeinwesen, vom Staat allein gelassen zu werden. Die Rückkehr des Wolfes ist dafür eine oft beschworene Metapher. Es entstehen «demokratiefeerne Räume», wie es in einer Studie der Amadeu-Antonio-Stiftung heißt, in denen politische Schwarzmarktphantasien gedeihen können. Und der soziale Alltagsraum, in dem sich das Leben abspielt, und

der politische Raum, in dem Entscheidungen getroffen werden, fallen immer mehr auseinander.» Damit wird auch deutlich, dass nicht unbedingt die eigene prekäre sozioökonomische Lage ursächlich für die Bewegung nach rechts ist, sondern der drohende oder bereits manifeste Verlust eines als lebenswert erfahrenen gemeinschaftlichen Sozialraumes, eine Transformation, die subjektiv nicht beeinflusst werden konnte.

Derzeit erleben wir die Zusammenlegung von Kreisen und Bezirken, vor allem im Osten, was mit der Gefahr einhergeht, dass die staatlichen Dienstleitungen sich räumlich von den Bürger_innen entfernen, an vielen Orten keine Leistungen mehr angeboten werden können, von der Schule über die Gesundheitsversorgung bis zur Polizei, vor allem im ländlichen Raum. Wir beobachten eine «Demokratieentleerung», die sich «über Jahre fortentwickelt» hat (Trepzdorf 2018: 7). «Es entstehen unbesetzte Räume», die von der radikalen Rechten «gefüllt werden». «Viele Menschen haben keine positive Wahrnehmung mehr von Demokratie, weil sie keine positive Alltagserfahrung damit machen. Sie meinen zu erleben, dass der Staat sich zurückzieht – gerade in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern» (ebd.).¹⁰

Die Peripherisierung trifft auch städtische Gebiete, zum Beispiel Stendal-Stadtsee, die mit dem Abriss von Plattenbauten, dem Rückbau von sozialen Infrastrukturen, der Schließung der Post, kleiner Läden, der Grundschule etc. konfrontiert sind. Schlimmer noch ist die Entmischung der Bevölkerung: Wer kann, zieht weg. Es bleiben die Alten, die Gruppen mit geringerem Einkommen oder von staatlichen Transfers Abhängige. Das Viertel verliert an Ansehen, erhält einen schlechten Ruf, produziert ein Stigma für die verbliebenen Bewohner_innen. Letzteres ärgert viele, obwohl das Bild im Viertel selbst reproduziert wird. Und dann kamen die neu Angekommenen, die Geflüchteten hinzu, so der Tenor aus den ersten

Gesprächen und Haustürbefragungen unseres erwähnten Forschungsprojektes in Stadtsee. Für einige die Bestätigung des Verfalls, der Abwertung des eigenen Sozialraums. Allzu oft fehlt es den betroffenen Kommunen an Mitteln, die Infrastrukturen wieder auszuweiten, sodass mehr Menschen mit weniger auskommen müssen. Dies verstärkt durchaus vorhandene Vorurteile und Rassismen gegenüber den Neuangekommenen und ihrer «Kultur». Gemeint sind andere Lebensweisen, Vorlieben und vor allem das Aussehen.

Auch die bereits erwähnte Studie von Hillje, die ebenfalls auf Haustürbefragungen beruht, sieht das Zusammentreffen von drei Elementen als zentral an: die Annahme, dass eigene Interessen weniger anerkannt werden als jene der Geflüchteten («Denen wird geholfen, meine Probleme werden nicht wahrgenommen»), die Annahme, die Politik würde sich weigern, bestehende Probleme wahrzunehmen und anzugehen (Kritik an der falschen Prioritätensetzung in der Politik), sowie der Eindruck, verlassen worden zu sein, aufgrund der Ausdünnung von Sozial- und Verkehrsinfrastruktur, was «zu einem persönlichen Entwertungsgefühl» führe (Hillje 2018: 20). Wobei das Gefühl, verlassen worden zu sein, nicht nur mit mangelhaften Infrastrukturen und dem Verfall sozialer Zusammenhänge zu tun hat, sondern auch mit der Abwesenheit von (Partei-)Politik und zivilgesellschaftlichem Engagement.

Was die Anfälligkeit des Ostens für radikale rechte Einstellungen angeht, existieren viele Stereotype und geschichtlich verbrämte Zuschreibungen. Hier bedarf es jedoch eines genaueren Blicks, da das Phänomen benachteiligte Regionen im Westen und Osten sowohl in Europa und in den USA besonders betrifft. Uns interessieren daher die konkreten Erfahrungswelten in einem konkreten Sozialraum, in einem benachteiligten Viertel: Stendal-Stadtsee in Sachsen-Anhalt. Auch hier verzeichnete die AfD bei den jüngsten Wahlen überproportionale Erfolge: sowohl in Stadtsee

selbst wie auch in fünf weiteren Wahllokalen der Stadt Stendal mit Ergebnissen von deutlich über 20 Prozent. Im Wahllokal «Pestalozzischule» in Stadtsee erzielte die AfD ein Spitzenresultat von 29 Prozent. Bernd Linke (vgl. PSUREG 2018) hat den Aufstieg der AfD auf der kommunalen Ebene nachgezeichnet und analysiert die Praxis der AfD, seit sie in die Landes- und Kommunalparlamente in Sachsen-Anhalt eingezogen ist.

6 Subjektorientierte Forschung und aufsuchende verbindende Klassenpolitik

Es sind also vielfältige Dimensionen einer verallgemeinerten Kultur der Unsicherheit in der organischen Krise des alten neoliberalen Projekts bei der Analyse des Erfolgs rechter Bewegungen und Parteien zu berücksichtigen: Verunsicherung im Erwerbsleben, in der Familie, in der Nachbarschaft oder Region, Verunsicherung, was die eigene Geschichte und (geschlechtliche) Identität sowie die Zukunftsperspektiven angeht. Diese Verunsicherung bietet die Grundlage für subjektive Bewältigungsstrategien, die in Zeiten mangelnder Erfahrung solidarischer Praxen von rechts ein Angebot zur Erweiterung eigener, restriktiver Handlungsfähigkeit und reaktionärer Selbstermächtigung erhalten. Auf derselben Grundlage lässt sich aber auch von links anknüpfen, da bei vielen Wähler_innen der AfD kein geschlossenes Weltbild vorherrscht, sondern eben ein bizarres Alltagsbewusstsein, in welchem zum Teil ganz gegensätzliche Impulse wirksam sind. Zwar ist es schwieriger, Menschen für solidarische Praxen zurückzugewinnen, wenn sie sich bereits selbst in ein radikal rechtes Projekt eingeschrieben haben, das gerade versucht, den bizarren Alltagsverstand zu einer kohärenten rechten Weltauffassung und rassistischen Lebensweise auszuarbeiten. Dennoch wissen viele, dass auch die AfD keine Lösung für ihre Verunsicherungen und ihre alltäglichen Probleme parat hat. Sie verspüren

ein Unbehagen mit den Rechten. Wie also von links anschließen an die Unsicherheit?

Wie erreichen wir jene gesellschaftlichen Gruppen, die sich von der Linken ab- und der radikalen Rechten zugewandt haben? Aber auch jene, die keineswegs rechte Einstellungen vertreten, aber sich von «der Politik» verabschiedet haben – denn das sind viele, viel mehr als die Rechten.¹¹ Es gibt seit einigen Jahren eine Debatte in der gesellschaftlichen Linken über eine neue verbindende Klassenpolitik (vgl. hierzu das Sonderheft der Zeitschrift *Luxemburg* 2017), in der politische Ansätze diskutiert werden, die versuchen, über die «üblichen Verdächtigen» (Candeias 2017) hinausgehend in konkreten Projekten vor Ort Menschen zu gewinnen und neue Bündnisse zu schmieden. Das heißt, auch einfach Dinge zu tun, die manchmal so schwer erscheinen: etwa die Leute aufzusuchen, an ihren Wohnungstüren zu klingeln, vor allem in bestehenden oder ehemaligen Hochburgen der LINKEN, insbesondere in benachteiligten Vierteln, bundesweit (vgl. Steckner 2017a; Pieschke 2016). Verbindungen knüpfen, zuhören, diskutieren, zu lokalen Treffen einladen, die sich um lokale Alltagsprobleme drehen, etwa um das Thema Wohnen, wiederkommen, es noch einmal versuchen – all das braucht einen langen Atem. Dabei kann es für beide Seiten eine überraschende Erfahrung sein, überhaupt einmal gefragt zu werden bzw. persönlich in ein Gespräch über Alltagsprobleme und Politik zu kommen.

Dabei sind Aktivist_innen bei bundesweiten Haustürbefragungen «immer wieder auf vorurteilsbeladene Ressentiments, Alltagsrassismus und sprachliche Gewalt gestoßen, auch bei gegenüber der LINKEN aufgeschlossenen Personen. Die wenigsten davon verfügen jedoch über ein geschlossenes Weltbild oder sind mit Argumenten völlig unerreichbar – anders als die gegenwärtige Debatte um postfaktisches Denken vermuten ließe. Vielmehr besteht die Herausforderung darin, «über

kluge Nachfragen oder knapp gehaltene Vorschläge gemeinsame Interessen – da wo vorhanden – zur Sprache zu bringen und dabei weder die eigenen Positionen zu schleifen noch den Leuten ihre Erfahrungen abzusprechen», meint Anne Steckner (2017b) bei einer ersten Auswertung der Haustürbefragungen. Genau hinschauen und die Erreichbaren unter den Befragten ernstnehmen, Gemeinsamkeiten so weit ausloten, wie es möglich ist, ohne sich zu verbiegen. Und Ansichten so hinterfragen, dass man das Gegenüber nicht ganz verliert: «Meine Erfahrung von heute sagt mir, dass es nicht nur falsch, sondern auch gar nicht nötig ist, unseren Antirassismus zu verstecken oder gar abzulegen, um (wieder?) mit Menschen ins Gespräch zu kommen, deren Alltagsverstand zumindest von rassistischen Versatzstücken gespickt ist. Ich habe rassistische Äußerungen hinterfragt oder ihnen offen widersprochen, und konnte dennoch mit den Leuten über zu niedrige Renten und zu teure KITAS sprechen», so Felix Pithan, Landessprecher der LINKEN in Bremen.

Auch andere waren an den Türen. Es gibt eine Diskrepanz zwischen dem, was die Befragten «als ‹größtes Problem› des Landes ansehen», nämlich Migration, und dem, was im eigenen Alltag als Haupt Sorge gesehen wird, nämlich «unsichere Arbeitsbedingungen, Wegfall von sozialer Infrastruktur und so fort», so die Ergebnisse einer Studie von Johannes Hillje (2018), die ebenfalls auf Basis von 500 Haustürgesprächen entstanden ist.¹² «Die größten Alltagsprobleme der befragten Menschen [sind] wirtschaftlicher Natur oder beziehen sich auf Lücken der Daseinsvorsorge»: für die Stadtbevölkerung Arbeitsbedingungen (Lohn, Stressbelastung), für die Landbevölkerung der öffentliche Nahverkehr (ebd.: 15). «Bemerkenswert erscheint, dass die Befragten in Deutschland zwar Migration zum größten Problem des Landes erklären, aber wenn sie selbst als Politiker Veränderungen durchsetzen könnten, wären diese in erster Linie

sozialpolitischer Natur. Konkrete Maßnahmen, die vermehrt vorkommen, sind Mindestrente, höherer Mindestlohn, bedingungsloses Grundeinkommen und die Unterstützung Alleinerziehender» (ebd.).

Und weiter: «Wenn die Menschen politische Zusammenhänge mit ihren eigenen Worten schildern, spielen Islamisierung, Europaskepsis, pauschale Medienkritik oder die Betonung der nationalen Identität kaum eine Rolle», heißt es in der Kurzzusammenfassung der Untersuchung. Auch würden «Forderungen nach einem nationalistisch orientierten Kurs» im Wesentlichen auf dem Gefühl beruhen, «dass die Politik die falschen Prioritäten setzt». So würden «Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise oder außenpolitisches Engagement nicht grundsätzlich falsch» eingeschätzt, es wird aber die Überzeugung formuliert, dass dagegen «Anstrengungen und Investitionen vor Ort ausbleiben, um handfesten Herausforderungen im Alltag, wie dem steigenden ökonomischen Druck auf Geringverdiener oder Lücken in der Daseinsvorsorge, zu begegnen». Viele Befragte würden zudem glauben, «dass sozial und geographisch Gesellschaftsräume entstanden sind, aus denen sich die Politik zurückgezogen hat. Es herrscht ein Gefühl des Verlassenseins.»¹³ Weder der AfD noch dem Front National werden wirklich Lösungskompetenzen zugetraut (Hillje 2018: 10). Dass die Menschen wissen, dass die AfD nichts ändert, zeigte sich auch bei Haustürbefragungen immer wieder. Es geht häufig eher um den Wunsch, gehört zu werden, um einen anderen Modus, Politik zu machen: mehr entlang der alltäglichen Sorgen und Nöte, der «wirklichen Probleme» der Leute. Das öffnet Raum für linke Politikansätze jenseits von Parlament und Bürgersprechstunde. Hier bieten sich Möglichkeiten, um an solidarische Bearbeitungsformen sowohl sozialer Probleme als auch von vorhandenen Rassismen anzuknüpfen, die häufig nicht Teil eines geschlossenen Weltbildes sind. Ras-

sismen oder auch Sexismen und andere Formen der Konstruktion von Ungleichwertigkeit und Abwertung im Alltagsverstand können so in ihrer Bedeutung für die Einzelnen relativiert werden. Allerdings darf es zu keiner stillschweigenden Toleranz dieser Ideologien kommen. Vielmehr müssen sie aktiv bearbeitet werden, durch kontinuierliche Aufklärung und Schulung, vor allem aber durch die Schaffung von Gelegenheiten und Räumen, in denen eine solidarische Praxis wirksam und erfahrbar wird und in denen hier Lebende unabhängig von ihrem Migrationshintergrund und Neuangekommene zusammenarbeiten. Von dort kann es weitergehen: Wir brauchen die Organisation in benachteiligten Wohnvierteln, in sogenannten sozialen Brennpunkten, es bedarf vielfältiger Mieterinitiativen, der Beratung von Hartz-IV-Beziehenden, einer systematischen Unterstützung von Arbeitskämpfen, ob nun bei Amazon oder in den Krankenhäusern, und der Fortführung von sogenannten Willkommensinitiativen. Kurz: Es steht der Aufbau solidarischer Strukturen im Alltag an, als Ort wechselseitiger Hilfe und politischer Organisation. Wie das geht, kann gelernt werden. Einiges ist dazu bereits auf dem Weg, könnte jedoch noch systematischer und entschlossener weiterentwickelt werden. Dies ist bisher auch der einzige Weg, wie verlorene Teile der populären Klassen für die Linke zurückzugewinnen sind (vgl. Candeias 2015). Dabei sollten berechnete Ängste und Probleme der bedrohten Mitte und der Prekären, die sich nicht mehr repräsentiert und aus dem politischen Diskurs gedrängt sehen, aufgegriffen werden. Das bedeutet nicht, an alle Interessen dieser Gruppen von links anzuschließen: Gegenüber gruppenbezogenen Abwertungsdiskursen und antiemanzipatorischen, Herrschaft reproduzierenden Positionen muss eine Grenze gezogen werden. Schließlich kann es nicht darum gehen, auf demselben Terrain wie die Rechte zu agieren. Gern werden auch etwa jene acht Millio-

nen Menschen¹⁴ vergessen, die sich aktiv für Geflüchtete einsetzen (vgl. hierzu (Karakayali/Kleist 2015 u. 2016). Ihre Interessen und ihr politischer Einsatz für eine solidarische und demokratische Lebensweise finden in der öffentlichen Debatte weit weniger Berücksichtigung als der Protest der radikalen Rechten. Es kommt ganz darauf an, wovon die jeweilige Alltagserfahrung geprägt ist: von praktischer Solidarität in der Nachbarschaft und am Arbeitsplatz oder von Konkurrenz und Vereinzelung. Deshalb ist es auch alles andere als unmöglich, dass eine gelingende solidarische Praxis anziehender ist als ein rechtes Projekt, welches nur eine imaginierte Selbstermächtigung mit sich bringt. Denn (soziale) Rechte «vergrößern sich qualitativ durch die wachsende Zahl derer, die sie haben und sie fordern» (Balibar/Wallerstein 1990: 271). Ohne diese Erfahrung wird der Kampf um (soziale) Rechte auf die Verteidigung vermeintlicher Privilegien von wenigen Gruppen oder Einzelner reduziert. «Privilegien können nur durch die Verteidigung einer Exklusivität gesichert werden» (ebd.). Für die meisten dieser Verteidiger bleibt das Privileg ein vergiftetes Versprechen. Allerdings darf man zwei Dinge nicht unterschätzen: Erstens: Die «imaginierten Gemeinschaften» (Anderson, s. o.) wie die «Nation» wirken seit jeher enorm mobilisierend, während linke Organisation und die Bereitschaft, sich den wirklich Mächtigen entgegenzustellen, viel Geduld und Mut erfordern. Zweitens: Die Einordnung in ein rechtes Projekt verändert Teile der populären Klassen. Bizarren zusammengesetzte ideologische Elemente werden darin kohärent gearbeitet und fest verknüpft – sie wieder aufzulösen ist ungleich schwieriger. Dafür gilt es Praxen zu entwickeln und zu erproben, konkret und vor Ort. Etwa mit PSUREG – dem Projekt einer subjekt- und hegemonietheoretischen Untersuchung rechtspopulistischer Einstellungen und linker Gegenstrategien in Stendal/Altmark. In Kooperation mit der Hochschule in Stendal und

der Partei DIE LINKE sowie örtlichen Initiativen in Stendal haben wir einen Forschungsprozess begonnen, mit der Absicht, den Erfolg der AfD sowie die Verbreitung rechtspopulistischer Einstellungen in der Region zu untersuchen und Praxisprojekte zu entwickeln, die ihnen langfristig den Boden entziehen könnten. Ein besonderer Fokus liegt auf dem Stendaler Stadtteil Stadtsee sowie auf einem noch zu bestimmenden Dorf im Landkreis Stendal. Der Ansatz ist ein glokaler, weil wir den Rechtspopulismus im Norden Sachsen-Anhalts in den Blick nehmen und dessen Spezi-

wurden befragte Personen zu einem Frühstück im örtlichen Quartiersbüro der Stadt eingeladen, zum Kennenlernen und Reden. Später sollen Gruppengespräche folgen. Ziel ist es, zwei Untersuchungsgruppen zu bilden: 1. AfD-Sympathisant_innen, die nicht zum harten Kern gehören bzw. kein geschlossenes Weltbild haben, und 2. solidarisch und/oder links eingestellte Personen, auch mit migrantischem Hintergrund, die an einer Veränderung der Situation im Viertel interessiert sind, den wachsenden Rechtspopulismus mit Sorge betrachten und ihm entgetreten wollen.

Diese Verunsicherung bietet die Grundlage für subjektive Bewältigungsstrategien, die in Zeiten mangelnder Erfahrung solidarischer Praxen von rechts ein Angebot eigener, restriktiver Handlungsfähigkeit und reaktionärer Selbstermächtigung erhalten. Auf derselben Grundlage lässt sich aber auch von links anknüpfen, da bei vielen kein geschlossenes Weltbild vorherrscht, sondern eben bizarres Alltagsbewusstsein, indem ganz gegensätzliche Impulse nebeneinander stehen.

fika berücksichtigen werden und gleichzeitig davon ausgehen, dass die dortigen Verhältnisse Teil einer bundes- und europa-, ja weltweiten Entwicklung sind. Wir werden also das Verhältnis von Besonderem und Allgemeinem jeweils zu (er-)klären haben.

Nach Bestandsaufnahmen der Entwicklung der AfD in Bund, Land und vor Ort und einer Sozialraumstudie in Stendal-Stadtsee, einer großen Plattenbausiedlung, begannen wir in Stadtsee mit der Durchführung von Haustürgesprächen, um das Feld zu eruieren und Personen zu identifizieren, die wir für widerstandsorientierte und biografische (Tiefen-) Interviews gewinnen wollen. Unter anderem fand sich beispielsweise ein Mann mittleren Alters, der jahrelang die Partei DIE LINKE wählte, dann wütender AfD-Anhänger wurde und nun zur LINKEN zurückgekehrt ist. In einer zweiten Runde von Haustürgesprächen

Es ist geplant, parallel dazu Interviews mit Vertreter_innen von diversen parteipolitischen und zivilgesellschaftlichen Institutionen links der Mitte zu führen und sie zu fragen, welche Praxen in der Vergangenheit fruchtbar waren, was nicht funktionierte, was gar nicht erst versucht wurde etc. Denn der Erfolg der Rechten basiert ja nicht nur, aber auch auf dem Versagen linker und antirassistischer Strukturen, die durchaus verbreitet waren in der betreffenden Gegend oder dies immer noch sind.

Obwohl wir bei der Konzipierung des Projekts eine organisierende Perspektive angeregt haben, haben wir sehr deutlich gemacht, dass wir das von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Hochschule aus nicht leisten können. Im Verlauf der Projektentwicklung haben sich Menschen aus lokalen Initiativen und der LINKEN in Stendal aber entschieden, dennoch einen solchen organisierenden Ansatz

verfolgen zu wollen – mit unserer Begleitung und Unterstützung.

Als Forschungs- und Praxisprojekt greifen wir auf Strategien und Methoden zurück, die sich einerseits als subjektwissenschaftliche Handlungsforschung und andererseits als Variante des transformativen Organizing (vgl. z. B. Williams 2015) charakterisieren lassen. Erstere ist in der Kritischen Psychologie entwickelt worden, um die (potenzielle) Widersprüchlichkeit menschlichen Handelns in gesellschaftlichen Machtverhältnissen (restriktive Handlungsfähigkeit) nicht nur verstehend zu rekonstruieren, sondern auch konkrete Handlungsalternativen zu identifizieren und wirksam werden zu lassen (verallgemeinerte Handlungsfähigkeit) auf dem Weg zur gemeinsamen und solidarischen Zurückgewinnung der Verfügungsgewalt über die eigenen Lebensbedingungen – «Take back control», aber «for the many not the few».

Ein «hilfloser Antifaschismus» (Haug), der sich zu sehr auf die AfD und die radikale Rechte konzentriert und von einer Gegenmobilisierung zur nächsten hetzt, agiert letztlich nur defensiv und lässt sich das Terrain der Auseinandersetzung vorgeben. Ein entschlossener Widerstand gegen verschiedene Formen des Rechtsradikalismus ist unverzichtbar, jedoch braucht es als Basis einer eigenen linken Agenda konkreter Organisation, mit der gesellschaftliche Gruppen im Sinne einer neuen verbindenden Klassenpolitik (zurück-)gewonnen werden können (vgl. Candeias 2017).

Literatur

AfD (2014): Politische Leitlinien der AfD, unter: www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/05/Politische-Leitlinien-der-Alternative-für-Deutschland-Mai-2014-finale-Fassung.pdf.

Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (1996): Grenzen der Globalisierung, Münster.

Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel (1990): Klasse, Rasse, Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg/Berlin.

Beck, Ulrich (1998): Politik der Globalisierung, Frankfurt a. M.

Butler, Judith (2001): Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung. Gender Studies, Frankfurt a. M.

Candeias, Mario (1999): 1989–1999 – Die Wende als Ausdruck neoliberaler Verallgemeinerung, in: Das Argument 5/1999, unter: www.trend.infopartisan.net/trd7802/t127802.html.

Candeias, Mario (2004): Neoliberalismus. Hochtechnologie. Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen Produktions- und Lebensweise, Berlin/Hamburg.

Candeias, Mario (2008): Verallgemeinerung einer Kultur der Unsicherheit. Prekarisierung, Psyche und erweiterte Handlungsfähigkeit, in: Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis (Zeitschrift der DGVT) 2/2008, S. 249–268.

Candeias, Mario (2015): Gegenmittel gegen autoritären Neoliberalismus und Rechtspopulismus – Perspektiven einer verbindenden linken Partei, in: ders. (Hrsg.): Rechtspopulismus in Europa. Linke Gegenstrategien, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Materialien 12, Berlin, S. 55–73, unter: www.rosalux.de/publikation/id/8340/rechtspopulismus-in-europa/.

Candeias, Mario (2017): Eine Frage der Klasse. Neue Klassenpolitik als verbindender Antagonismus, in LuXemburg-Spezial «Neue Klassenpolitik», Oktober 2017, S. 2–13, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/luxemburg-spezial-zu-neuer-klassenpolitik/.

Candeias, Mario/Völpel, Eva (2013): Plätze sichern. ReOrganisation der Linken in der Krise, Hamburg.

Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2016): Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger «Mitte-Studie» 2016, Leipzig, unter: www.rosalux.de/publikation/id/8904/die-enthemmte-mitte/.

Demirović, Alex (2018): Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie, in: PROKLA 190, S. 27–42.

Deppe, Frank (1981): Einheit und Spaltung als Konstitutionsproblem der Arbeiterklasse, in: Lambrecht, Lars (Hrsg.): Entstehung der Arbeiterbewegung, Argument Sonderband 63, Berlin, S. 70–104.

Detje, Richard/Menz, Wolfgang/Nies, Sarah/Sauer, Dieter (2011): Ohnmacht und Wut, in: LuXemburg 2/2011, S. 52–61, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/ohnmacht-und-wut/.

Dörre, Klaus (2005): Prekarität. Eine arbeitspolitische Herausforderung, in: WSI-Mitteilungen 5, S. 250–258.

Eribon, Didier (2017): Rückkehr nach Reims, Berlin.

Falkner, Thomas/Kahrs, Horst (2018): Deutungsmuster zum Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017 – ein Bericht zu neueren empirischen Studien, Arbeitspapier 1/2018 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/2018-04-13_Falkner-Kahrs_AFD_Literaturbericht_Deutungsmuster.pdf.

Fischer, Alexander/Hoff, Benjamin (2017): Links ist da, wo Menschen eine sichere Heimat haben, in: Die Welt, 25.10.2017, unter: www.welt.de/debatte/kommentare/article169509675/Links-ist-da-wo-Menschen-eine-sichere-Heimat-haben.html.

Flecker, Jörg/Hentges, Gudrun (2004): Rechtspopulistische Konjunkturen in Europa, in: Bischoff, Joachim et al. (Hrsg.): Moderner Rechtspopulismus, Hamburg, S. 119–149.

Foroutan, Naika (2018): Ostdeutsche sind auch Migranten. Ostdeutsche und Migranten erleben Stigmatisierung gleichermaßen, in: die tageszeitung, 13.5.2018, unter: www.taz.de/!5501987/.

Franz, Christina/Fratscher, Marcel/Kritikos, Alexander (2018): AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker, in: DIW Wochenbericht 8, Berlin.

Habermas, Jürgen (1998): Die post-nationale Konstellation, Frankfurt a. M.

Hall, Stuart (1980): «Rasse», Artikulation und Gesellschaften mit struktureller Dominanz, in: ders.: Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften, Bd. 2, S. 89–136, Hamburg.

Hall, Stuart (1982): Popular-demokratischer und autoritärer Populismus, in: Neue soziale Bewegungen und Marxismus, Argument-Sonderheft 78, Berlin, S. 104–124.

Haug, Frigga (1983): Sexualisierung der Körper, Berlin/Hamburg.

Haug, Wolfgang Fritz (1993): Elemente einer Theorie des Ideologischen, Berlin/Hamburg.

Haug, Wolfgang Fritz (2013): Hightech-Kapitalismus, Berlin/Hamburg.

Heine, Frederic/Sablowski, Thomas (2013): Der deutsche Machtblock in der europäischen Krise, in: LuXemburg 2/2013, S. 108–113.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2010): Deutsche Zustände 8, Frankfurt a. M.

Hentges, Gudrun et al. (2003): The Abandoned Worker. Socio-Economic Change and the Attraction of Right-wing Populism, Wien.

Hillje, Johannes (2018): Rückkehr zu den politisch Verlassenen. Studie zu rechtspopulistischen Hochburgen in Deutschland und Frankreich, Berlin, unter: www.progressives-zentrum.org/die-verlassenen/.

Hilmer, Richard/Kohlrausch, Bettina/Müller-Hilmer, Rita/Gagné, Jérémy (2017): Einstellungen und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern, Working Paper 44, Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat, Berlin/Amsterdam.

Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus (1991 ff.): hrsg. von Wolfgang Fritz Haug et al., Hamburg/Berlin.

Holzcamp, Klaus (1987): Grundkonzepte der Kritischen Psychologie, in: AG Gewerkschaftliche Schulung und Lehrerfortbildung (Hrsg.): Wi(e)der die Anpassung, Soltau, S. 13–19, unter: www.kritische-psychologie.de.

- Kahrs, Horst (2017):** Wahlkampfbericht und erste Analyse der Bundestagswahl 2017, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/wahlanalysen/WNB_BTW_2017.pdf.
- Kahrs, Horst (2018):** AFD gewinnt in Stadt und Land, in: Jahresbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2017, Berlin.
- Karakayali, Serhat/Kleist, Olaf (2015 u. 2016):** Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland. Forschungsbericht, Teil 1 u. 2, Ergebnisse einer explorativen Umfrage, Berlin.
- Laclau, Ernesto (1981):** Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus, Faschismus, Populismus, Berlin.
- Land, Rainer/Willisch, Andreas (2005):** Die Probleme mit der Integration. Das Konzept des «sekundären Integrationsmodus», in: Bude, Heinz/Willisch, Andreas (Hrsg.): Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrlische, Überflüssige, Hamburg, S. 70–95.
- Locke, Stefan (2017):** Warum der Protest sich ausweiten könnte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.10.2017, unter: www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/afd-erfolg-unbehagen-im-osten-koennte-sich-ausbreiten-15225782.html.
- LuXemburg-Spezial 2017:** Neue Klassenpolitik, mit Beiträgen von Mario Candeias, Bernd Riexinger, Barbara Fried, Anne Steckner, Alex Demirović, Bernd Röttger u. Markus Wissen, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/luxemburg-spezial-zu-neuer-klassenpolitik/.
- Müller-Hilmer, Rita/Gagné, Jérémy (2018):** Was verbindet, was trennt die Deutschen? Werte und Konfliktlinien in der deutschen Wählerschaft im Jahre 2017, Report 2/2018, Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.
- Nachtwey, Oliver (2017):** Die Abstiegs-gesellschaft, Berlin.
- Nolte, Paul (2001):** Unsere Klassengesellschaft. Wie könnten die Deutschen angemessen über ihr Gemeinwesen sprechen?, in: Die Zeit, 4.1.2001, unter: www.zeit.de/2001/02/Unsere_Klassengesellschaft.
- Nolte, Paul (2008):** Wie sich die Mittelschicht neu erfindet, Interview, in: Die Welt, 6.8.2008, unter: www.welt.de/wirtschaft/article2279824/Wie-sich-die-Mittelschicht-neu-erfindet.html.
- Opratko, Benjamin (2016):** Mit der AfD kommt Deutschland in der Normalität an, in: Huffington Post, 3.2.2016, unter: www.huffingtonpost.de/benjamin-opratko/afd-deutschland-osterreich_b_9148352.html.
- Pieschke, Miriam (2016):** Vom kurzen Flirt zur langfristigen Beziehung. Organisation im Kiez als transformatorisches Projekt, in: LuXemburg 2/2016, S. 108–113, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/vom-kurzen-flirt-zur-langfristigen-beziehung/.
- Poulantzas, Nicos (2001):** Die Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Nationalstaat, in: Hirsch, Joachim/Jessop, Bob/Poulantzas, Nicos (Hrsg.): Die Zukunft des Staates, Hamburg, S. 19–70.
- PSUREG – Projekt subjekt- und hegemonietheoretische Untersuchung des Rechtspopulismus & Entfaltung emanzipatorischer Gegenmacht (2018):** Reaktionär, rassistisch, rechts: Die Entwicklung der AfD in Sachsen-Anhalt und Stendal, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Studien 1/2018, Berlin, unter: www.rosalux.de/publikation/id/38891/reaktionaer-rassistisch-rechts/.
- Reimer, Katrin (2011):** Kritische politische Bildung gegen Rechtsextremismus und die Bedeutung unterschiedlicher Konzepte zu Rassismus und Diversity. Ein subjektwissenschaftlicher Orientierungsversuch in Theorie- und Praxiswidersprüchen, Fachbereich Erziehungswissenschaft und Psychologie der Freien Universität Berlin, unter: <https://d-nb.info/102635840X/34>.
- Richter, Christoph/Bötsch, Lukas (2017):** Demokratieferne Räume? Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl 2017. Studie im Auftrag der Amadeu Antonio Stiftung, Institut für

Demokratie und Gesellschaft/Thüringer Dokumentations- und Forschungsstelle gegen Menschenfeindlichkeit, Heidelberg.

Rohnstock, Katrin (2017): Vergessene Lebenswege, in: Der Freitag 39/2017, unter: www.freitag.de/autoren/der-freitag/vergesse-ne-lebenswege.

Schäfer, Armin/Vehrkamp, Robert/Gagné, Jérémy (2013): Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, unter: www.wahlbeteiligung2013.de.

Schäfer, Armin/Roßteutscher, Sigrid (2015): Räumliche Unterschiede der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013: Die soziale Topografie der Nichtwahl, in: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2013, Wiesbaden, S. 99–118.

Steckner, Anne (2017a): «Die Asys müssen weg!» Warum die Linke mit den Leuten reden sollte, statt über sie, in: LuXemburg 1/2017, S. 74–81, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/kommunikationsstrategien-gegen-rechts/.

Steckner, Anne (2017b): Auswertung der bundesweiten Haustürbefragungen, Bereich Strategie und Grundsatzfragen, DIE LINKE, Berlin.

Trepsdorf, Daniel (2017): «Ein wichtiger Rückzugsraum», Interview, in: die tageszeitung, 12.4.2017, unter: www.taz.de/!5495690/.

Wiegel, Gerd (2014): Rechts der Union. Wie die AfD den Spagat zwischen Eliteprojekt und Rechtspopulismus versucht, in: LuXemburg 1/2014, S. 82–87, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/rechts-der-union/.

Williams, Steve (2015): Den Wandel organisieren. Eine Best-Practice-Studie zum Modell des «Transformative Organizing», hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, New York, unter: www.rosalux.de/publikation/id/1117/den-wandel-organisieren/.

Willis, Paul (1990): Erziehung zwischen Reproduktion und kultureller Produktion, in: Das Argument 179, S. 9–28.

1 Das Projekt «Subjekt- und hegemonietheoretische Untersuchung des Rechtspopulismus & Entfaltung emanzipatorischer Gegenmacht» (PSUREG) in Sachsen-Anhalt, Landkreis Stendal, wird durchgeführt von Mitarbeiter_innen der Hochschule Magdeburg-Stendal und des Instituts für Gesellschaftsanalyse (IfG) der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie von Mitgliedern der Partei DIE LINKE und Vertreter_innen von lokalen Initiativen. Die Projektleitung hat Katrin Reimer, die Projektkoordination Miriam Pieschke inne. Im ersten Forschungsbericht «Reaktionär, rassistisch, rechts. Die Entwicklung der Alternative für Deutschland (AfD) in Sachsen-Anhalt und Stendal» (PSUREG 2018) wird im Vorwort mit der Überschrift «Dem rechtspopulistischen Sog den Boden entziehen – transformative Forschung und Praxis von links organisieren» der Ansatz des Projekts erläutert (vgl. hierzu www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_1-18_Reaktionae_r_web.pdf). Der vorliegende Text ist nicht direkt Bestandteil dieses Projekts, sondern bemüht sich vor dem Hintergrund zahlreicher Publikationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Erfahrungen aus der aufsuchenden Arbeit der letzten Jahre um eine synthetische Sicht auf die Ursachen des Aufstiegs der radikalen Rechten. Ihm liegt die These von der Wirkmächtigkeit unterschiedlicher Dimensionen einer verallgemeinerten Kultur der Unsicherheit zugrunde. **2** In ihrer Analyse diverser quantitativer Studien zu den Ursachen des Rechtspopulismus kommen Falkner/Kahrs (2018: 8) zu dem Schluss, dass «die Mehrheit der (Besorgten) sich in der Mitte zwischen Oben und Unten sieht». **3** Hilmer et al. (2017: 13) resümieren in ihrer eher sozialökonomisch ausgerichteten quantitativen Analyse: «Zusammengefasst könnte man also insgesamt formulieren, dass es weniger reale Entbehrungen, sondern vor allem eine Kombination aus wahrgenommenen Abstieg in der Vergangenheit und Abstiegsängsten in Bezug auf die Zukunft sind, die dazu führen, dass Menschen AfD wählen oder es grundsätzlich in Erwägung ziehen. [Diese] befinden sich überwiegend nicht in einer finanziell prekären Situation, aber sie fühlen sich vor möglichen Krisen in der Zukunft nicht ausreichend geschützt.» **4** Die freiwillige Unterstellung unter eine bestimmte Form der Herrschaft ist in widersprüchlicher Weise mit den Bedürfnissen und der Handlungsfähigkeit der gesellschaftlichen Individuen in ihrem Alltag verknüpft. Dass die Individuen das «gesellschaftlich Gewünschte jeden Tag auch von sich aus wollen, ist Gegenstand einer nie abreißen Bearbeitung durch die ideologischen Mächte» (Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus 1991, Bd. 1: 148). Dabei meint Unterwerfung nicht einfach Unterordnung, sondern zugleich eine Sicherstellung und Verortung des Subjekts (Butler 2001: 87). Es ist ein dialektischer Prozess des «Erschaffenwerdens» und des «sich selbst Erschaffens» innerhalb (oder im Widerstreit mit) gegebenen Formen. **5** So ist in den letzten Jahren laut einer Untersuchung von Müller-Hilmer/Gagné (2018: 8) «der Ruf nach sozialstaatlicher Absicherung lauter geworden», und diese Forderung wird von einer deutlichen Mehrheit geteilt. Nun kann dies ganz unterschiedliche Anrufungen beinhalten: nach einer umfassenden Solidarität oder nach Formen exklusiver Solidarität. **6** Im Deutschen ist es insbesondere aufgrund des NS-Faschismus fast unmöglich, Volk mit einer emanzipativen Anrufung zu versehen, im romanisch-sprachigen Raum ist dies durchaus anders. **7** Die Einzelnen müssen dabei als «aktiv Aneignende», als kreative kollektive Produzenten ihrer Lebensweise begriffen werden (Willis 1990: 13 f.). Damit unterliegen Subjektivierungsprozesse immer dem Doppelcharakter von Unterwerfung und Selbstkonstitution, bilden spezifische Verhältnisse von Heteronomie und Autonomie heraus. Das Subjekt ist niemals vollständig konstituiert, sondern wird immer wieder neu unterworfen und produziert und eröffnet somit die Möglichkeit seiner Reartikulation. Die Widersprüchlichkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse selbst verhindert eine angeschlossene Identität im Prozess der Subjektivierung. Es handelt sich keineswegs um Widersprüche, die «nur im Denken vorkommen», die dann auf individuell psychischer Ebene gelöst werden könnten, es sind vielmehr «reale Widersprüche» (Holzkamp 1987: 14). Individuelle Lebensführung heißt dann aktive Realisierung der im Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse gegebenen widersprüchlichen Handlungsmöglichkeiten. Die Unmöglichkeit einer substanzialen Einheit, einer inneren Kohärenz, erzeugt dabei alltäglichen Widerstand und Eigensinn (vgl. Cand-

eias 2004). **8** Dabei wird der vertikale Gegensatz von oben und unten nicht einfach in einen Innen-außen-Gegensatz überführt. Vielmehr wird von der radikalen Rechten «die Erfahrung eines Mangels an Demokratie» und verschärfter »Ausbeutung« auf der einen Seite und die Zuwanderung auf der anderen Seite herrschaftskritisch artikuliert, indem der politischen Klasse eben Verrat an der eigenen Bevölkerung vorgeworfen wird» (Demirović 2018: 38). Dies gilt selbst dann noch, wenn die radikale Rechte selbst die Führung im Machtblock errungen hat, wie etwa Donald Trump oder die FPÖ in Österreich. Auch dort gelingt es ihnen vorerst, sich von oben als Anti-Establishment zu gerieren, auch wenn sie selbst autoritär neoliberale Politiken befördern. **9** Dieses «Verhältnis der Verhältnisse» geht zugleich durch jedes einzelne Subjekt als je spezifisches «Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse» (Marx) hindurch, begegnet dem Subjekt also nicht als Äußerliches, vielmehr geht es bereits in die Konstitution des Selbst ein. **10** Ein Beispiel: «Die Kinderklinik in Wolgast sollte geschlossen werde, [...] die einzige im weiten Umfeld in einer der strukturschwächsten Regionen [...] Der Protest gegen diese Pläne war ein identitätsstiftendes Projekt in der Region. Der AfD-Landtagsabgeordnete Ralph Weber hat im Prinzip über den Kampf um die Kinderklinik sein Mandat gewonnen. Wenn Politik sich mehr und mehr von den Bürger*innen entfernt, passiert genau das. Niemand hat bedacht, was diese Entscheidung für den Nahraum der Menschen bedeutet hätte. [...] Die Kreisgebietsreform von 2011 ist das Ganze in groß. Heute sind drei der fünf großen Landkreise der Republik in Mecklenburg-Vorpommern. Das sind enorme Gebiete. Der Kreis Mecklenburgische Seenplatte ist doppelt so groß wie das Saarland. [Dort] schaffen es viele Krise und Landtagspolitiker nicht mehr, sich in die entlegenen Ecken ihres Wahlkreises auf den Weg zu machen. Es mag aus Kostengründen vielleicht Sinn gemacht haben, diesen gigantischen Landkreis zu schaffen, aber wir sehen nun, was die Folgen sind» (Trepdsorf

2018: 7). **11** Untersuchungen von Armin Schäfer et al. (2013 u. 2015) bestätigten, dass vor allem Nichtwähler_innen in benachteiligten Vierteln besonders ansprechbar für Positionen der Linken wären. Richter und Bötsch (2017) erinnern uns erneut daran und empfehlen, «die Aufmerksamkeit insbesondere auf die große Gruppe der Nichtwähler_innen zu richten. [...] Diese ist mit ca. 23% die größte Gruppe, hinter den CDU-Wähler_innen und repräsentiert damit in etwa ein Viertel der Wahlberechtigten insgesamt [...] Diese Gruppe hat 2017 gar keine Partei gewählt und damit auch nicht die AfD. Hinsichtlich der im Verhältnis starken wirtschaftlichen und materiellen Deprivation in Wahlkreisen mit hohen Nichtwähleranteilen wäre es notwendig, innerhalb der Parteien Konzepte zu entwickeln, die über die soziale und materielle Teilhabe Nichtwähler_innen wieder in den demokratischen Diskurs integrieren» (zit. n. Falkner/Kahrs 2017: 34). **12** Diese qualitative Studie, die das Progressive Zentrum mit dem französischen Partner Liegey Muller Pons möglich gemacht hat, trägt den Titel «Rückkehr zu den politisch Verlassenen». Die 500 Haustürgespräche fanden in strukturschwachen Regionen mit einem hohen Anteil rechtspopulistischer Wähler_innen statt. Die Studie wurde durch eine repräsentative Befragung des Umfrageinstituts Civey ergänzt, in der unter anderem die Frage gestellt wurde: «Wenn Sie an Ihr Lebensumfeld denken, in welchem Bereich läuft es an Ihrem Wohnort schlecht?» 25 Prozent der Befragten nannten den öffentliche Nahverkehr, lediglich 17 Prozent die Migrationspolitik und 15 Prozent erklärten: «Es läuft nichts schlecht» (vgl. OXI-Redaktion, 15.3.18, unter: oxiblog.de/die-verlassenen-progressives-zentrum-studie-rechtspopulismus-strukturschwache-regionen-brd-frankreich/). **13** Zit. nach oxiblog.de/die-verlassenen-progressives-zentrum-studie-rechtspopulismus-strukturschwache-regionen-brd-frankreich/. **14** Vgl. www.sueddeutsche.de/politik/engagement-jung-weiblich-gebildet-fluechtlingshelfer-in-zahlen-1.3118324.

PUBLIKATIONEN ZUM THEMA RECHTSPOPULISMUS UND LINKE GEGENSTRATEGIEN

Deutungsmuster zum Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl (2018) von Thomas Falkner und Horst Kahrs, Arbeitsmaterial der Rosa-Luxemburg-Stiftung 1/2018, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/2018-04-13_Falkner-Kahrs_AFD_Literaturbericht_Deutungsmuster.pdf.

Reaktionär, rassistisch, rechts. Die Entwicklung der Alternative für Deutschland (AfD) in Sachsen-Anhalt und Stendal (2018) von Sebastian Friedrich u. Bernd Linke, Forschungsbericht Nr.1 von PSUREG – Projekt subjekt- und hegemonietheoretische Untersuchung des Rechtspopulismus & Entfaltung emanzipatorischer Gegenmacht, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_1-18_Reaktionaeer_web.pdf.

Rechtspopulismus und Rassismus im Kontext der Fluchtbewegung. Politische Orientierungen von jungen Auszubildenden in Baden-Württemberg (2017) von Josef Held, Johanna Bröse, Rita Hackl, Tuğba Çetiner, Janka Höld, Valérie-Charlotte Sarholz u. Barbara Schecher, unter: www.rosalux.de/publikation/id/37597/rechtspopulismus-und-rassismus-im-kontext-der-fluchtbewegung/.

Rechtspopulismus in Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche (2018) von Joachim Bischoff, Richard Detje, Bernhard Müller, Dieter Sauer u. Ursula Stöger, unter: www.rosalux.de/publikation/id/38492/rechtspopulismus-in-gewerkschaften/.

Ausgehöhlt. Die Tea Party, ein Erdsturz in Louisiana und die Abgründe Amerikanischer Politik (2016) von Arlie Russell Hochschild, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/ausgehohelt-die-tea-party-ein-erdsturz-in-louisiana-und-die-abgruende-amerikanischer-politik/.

Rechtspopulismus in Europa. Linke Gegenstrategien (2015), mit Beiträgen von Michael Löwy, Thilo Janssen, Gerd Wiegel, Mimmo Porcaro, Sebastian Chwala, Jacques Rancière, Richard Seymour, European Alter-Summit u. Mario Candeias, hrsg. v. Mario Candeias, Materialien 12, unter: www.rosalux.de/publikation/id/8340/rechtspopulismus-in-europa/.

Haltung zeigen. Gesprächsstrategien gegen Rechts (2017) von Frauke Büttner, Wiebke Eltze, Lisa Gutsche u. Juliane Lang, unter: www.rosalux.de/publikation/id/37599/haltung-zeigen/.

Der Kampf um soziale Gerechtigkeit. Der Rechtspopulismus und die Potenziale politischer Mobilisierung (2017) von Michael Vester, unter: <https://nrw.rosalux.de/publikation/id/14744/der-kampf-um-soziale-gerechtigkeit/>.

Sind Rechtsextremisten sozial ausgegrenzt? Eine Analyse der sozialen Lage und Einstellungen zum Rechtsextremismus von Toralf Stark, Carsten Wegscheider, Elmar Brähler u. Oliver Decker, Papers 2/2017, unter: www.rosalux.de/publikation/id/37644/sind-rechtsextremisten-sozial-ausgegrenzt/.

Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland.

Die Leipziger «Mitte-Studie» (2016) von Oliver Decker, Johannes Kiess, Eva Eggers, Elmar Brähler et al., unter: www.rosalux.de/publikation/id/8904/die-enthemmte-mitte/.

Durchmarsch von Rechts. Völkischer Aufbruch: Rassismus, Rechtspopulismus, rechter Terror (2017) 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, hrsg. v. Friedrich Burschel, unter: www.rosalux.de/publikation/id/8811/durchmarsch-von-rechts/.

Trügerische Ruhe im bedrohten Paradies? Zur Entwicklung von Ressentiments und rechtsextremen Stimmungslagen im Alltagsbewusstsein der Deutschen. Empirische Befunde und Erklärungsansätze (2015) von Max Lill, unter: www.rosalux.de/publikation/id/6856/truegerische-ruhe-im-bedrohten-paradies/.

Einwanderungsschland, Zeitschrift LuXemburg, Heft 1/2017, mit Beiträgen von Barbara Fried, Keeanga-Yamahtta Taylor, Christian Jakob, Katja Kipping, Stephan Lessenich, Juliane Karakayali/Birgit zur Nieden, Mira Wallis, Bini Adamczak, Elke Breitenbach/Katrina Schubert, Stefanie Kron, Anne Steckner, Trésor, Christoph Spehr, Lena Kreck/Jörg Schindler, Helene Heuser, Leoluca Orlando, Ulrike Hamann u. Olaf Bernau, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/einwanderungsschland-luxemburg-1-2017/.

Ihr Kampf – Europas Rechte gegen die Unterschichten, RosaLux – Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung 3/2011, mit Beiträgen von Gerd Wiegel, Petra Pau, Bernard Schmid, Sven Schönfelder, Johannes Kiess u. a., unter: www.rosalux.de/publikation/id/4912.

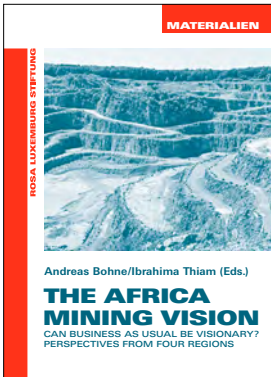
VERZEICHNIS DER AUTOREN

Gerd Wiegel ist Referent für Rechtsextremismus und Antifaschismus in der Linksfraktion im Deutschen Bundestag.

Horst Kahrs ist Referent für Politik des Öffentlichen/Sozialstrukturanalyse am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Mario Candeias ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

ZULETZT ERSCHIENENE «MATERIALIEN»



Andreas Bohne/Ibrahima Thiam (Eds.)

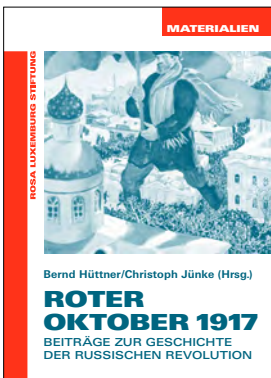
THE AFRICA MINING VISION CAN BUSINESS AS USUAL BE VISIONARY? PERSPECTIVES FROM FOUR REGIONS

MATERIALIEN Nr. 23

März 2018, 52 Seiten

Download und Bestellung unter:

www.rosalux.de/publication/id/38617



Bernd Hüttner/Christoph Jünke (Hrsg.)

ROTER OKTOBER 1917 BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE DER RUSSISCHEN REVOLUTION

MATERIALIEN Nr. 22

Juli 2017, 68 Seiten

Download und Bestellung unter:

www.rosalux.de/publication/37663



Horst Kahrs (Hrsg.)

WAHLENTHALTUNG ZWISCHEN ABWENDUNG, VERDROSSENHEIT UND DESINTERESSE

MATERIALIEN Nr. 21

Juni 2017, 52 Seiten

Download und Bestellung unter:

www.rosalux.de/publikation/id/37491

Impressum

MATERIALIEN Nr. 24

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2199-7713 · Redaktionsschluss: August 2018

Titelmotiv: «Fear» von [jmenj/flickr.com](https://www.flickr.com/photos/jmenj/) (CC BY 2.0)

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Gedruckt auf: Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

**«Es ist die Zeit der Monster.
In der organischen Krise des
alten neoliberalen Projekts
erleben wir fast überall in
Europa den Aufstieg des so-
genannten Rechtspopulismus.
«Take back control» - die
Rückgewinnung von Kontrolle,
so lautet das autoritäre
Versprechen der radikalen
Rechten.»**

MARIO CANDEIAS